



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

GZ-Interview mit Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer:

Erfolgreiche Standorte im ganzen Freistaat

Fleiß, Konsequenz, Innovationsreichtum und Kreativität sieht Bayerns Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer als Erfolgsfaktoren des ökonomischen Handelns im Freistaat. Von der im Ausland häufig vertretenen Meinung „Munich is Bavaria“ hält er wenig, denn im gesamten Freistaat gibt es erfolgreiche Wirtschaftsstandorte. Diese will er weiter stärken. Schließlich kann man letztlich immer nur soviel Geld ausgeben, wie man an anderer Stelle eingenommen hat. Das Gespräch mit dem Minister führten Constanze von Hassel und Jörg Kunstmann.

GZ: Herr Minister, Sie sind jetzt seit 77 Tagen im Amt des bayerischen Wirtschaftsministers. Haben Sie schon etwas erreichen können?

Pschierer: Natürlich hatte ich Startvorteile dadurch, dass ich zuvor Staatssekretär im Wirtschaftsministerium war und sowohl Themen als auch das Haus kannte. Dadurch war keine Einarbeitungszeit notwendig, und ich konnte mich gleich in die Arbeit stürzen. Dabei habe ich zwei Themen sofort in Angriff genommen: Die Stärkung des Tourismus und eine Priorisierung der Ansiedlungspolitik.

GZ: Was genau heißt Stär-

kung bzw. Priorisierung in diesem Zusammenhang?

Unternehmen für den ländlichen Raum gewinnen

Pschierer: Lassen Sie mich mit der Ansiedlungspolitik beginnen: Der Freistaat ist wirtschaftlich extrem gut aufgestellt. Wachstum finden Sie in allen Regie-

200 Jahre Verfassungsstaat / 100 Jahre Freistaat Bayern:

Bürgerfest der Demokratie

Auf Schloss Gaibach hieß es: „Wir feiern Bayern“

2018 feiert Bayern 200 Jahre Verfassungsstaat und 100 Jahre Freistaat. Dieses doppelte Jubiläum begingen Landtag, Staatsregierung und die Bayerische Einigung e.V. mit einem Bürgerfest unter dem Motto „Wir feiern Bayern“ im unterfränkischen Gaibach/Volkach. Dort erinnert die Konstitutionssäule im Schlosspark an die Geburtsstunde des modernen Bayerns.

Nach einem offiziellen Akt im Konstitutionssaal, bei dem sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder ins Goldene Buch der Stadt Volkach eingetragen hatte, erinnerte er in seiner Festansprache an die Historie des Ortes und das Jubiläum. Als sichtbares Zeichen wurde an der Kirche zur Heiligsten Dreifaltigkeit eine Verfassungslinde als lebendiges Monument der Demokratie gepflanzt.

Leben und leben lassen

In seiner Festrede betonte der Ministerpräsident, dass das Motto „Leben und leben lassen“ bereits vor 200 Jahren Grundla-

gungszentren. Allerdings profitieren gerade bei der Ansiedlung vor allem die großen Metropolregionen, allen voran München.

Wir haben uns auch in der Vergangenheit bemüht, Unternehmen für den ländlichen Raum zu gewinnen. Mit diesem Ziel haben wir in der Region Forschungseinrichtungen, Universitäten und Kompetenzzentren gegründet. Es ist Zeit, die Früchte dieser Anstrengungen zu ernten. Deshalb will ich ansiedlungswillige Unternehmen noch deutlich stärker auf die jeweils eigenen Qualitäten der Regionen aufmerksam machen und zusätzlich für die spezifischen Vorteile im ländlichen Raum werben, was Grundstückspreise, Lebenshaltungs-

kosten, Wohnraum und Mobilität betrifft. Dadurch schaffen wir nämlich nicht nur neues Wachstum und Arbeitsplätze im ländlichen Raum, sondern entlasten gleichzeitig die Ballungsräume.

GZ: Wie soll das funktionieren, wenn es internationale Un-



ternehmen immer wieder nach München zieht?

Vorteile in allen Landesteilen

Pschierer: Von außen betrachtet besteht Bayern oft nur aus

(Fortsetzung auf Seite 4)

Fakten für Familien

Zum Weltelterntag zeigte Familienministerin Kerstin Schreyer, wie Bayern Mütter und Väter unterstützt

„In den letzten Jahrzehnten haben sich Familien in Bayern stark verändert – und damit auch ihre Bedürfnisse. Heute ist die Ein-Eltern-Familie ebenso selbstverständlich wie Großfamilien mit vielen Kindern. Die Herausforderung an uns ist, alle Mütter und Väter so zu unterstützen, dass sie sich in jeder Lebenslage auf ihre Familie konzentrieren können“, beschreibt Bayerns Familienministerin die Herausforderung an eine moderne Familienpolitik.

Infrastruktur gravierend verbessert

Bayern hat in den letzten Jahren intensiv an der Infrastruktur für Familien gearbeitet. Hier einige aussagekräftige Zahlen: **Kitas in Bayern:** Im Jahr 2008: 7.776; 2017: 9.421. **Staatliche Ausgaben für Kitas:** 2008: 0,67 Milliarden Euro; 2017: 1,98 Milliarden Euro. **Plätze für Kinder**

unter 3 Jahren: 2008: 50.443; 2017: 128.019. **Familienstützpunkte:** 2008: 0; 2017: 132.

„Wichtig ist uns, dass Mütter und Väter schnell, einfach und unbürokratisch Unterstützung finden, wenn sie Rat suchen oder Fragen haben. Das gewährleisten wir mit unserem Netz an Beratungsangeboten in ganz Bayern. Ein Beispiel: unsere jetzt schon 142 Familienstützpunkte, wo Eltern mit ihren Herausforderungen – von Ernährung über Medienkonsum bis hin zur Pubertät – Ansprechpartner finden, die garantiert weiterhelfen können“, so Schreyer.

„Neben der Beratung ist es aber natürlich ebenso wichtig, dass Mütter und Väter in Bayern selbst entscheiden können, wie sie ihre Kinder betreuen wollen. Deshalb ist das Bayerische Familiengeld, das ab dem 1. September ausbezahlt wird, eine wirklich moderne, effektive und gelungene Leistung des Freistaats!“

Mehr Informationen zu allen Themen rund um die Familie finden Sie unter: www.familienland.bayern.de

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

Mobilisierungskampagne:

„Kommunal global engagiert“

Kommunale Entwicklungspolitik öffnet Türen! Deshalb hat die Servicestelle eine Mobilisierungskampagne gestartet.

Unter dem Titel „Kommunal global engagiert“ macht die Kampagne auf die vielfältigen Möglichkeiten zum Engagement und das entwicklungspolitische Potenzial von Kommunen aufmerksam und gibt dafür jede Menge Tipps und Einsteigerinformationen. Ziel der Kampagne ist es, möglichst viele neue Kommunen zu einem Engagement in der kommunalen Entwicklungspolitik zu motivieren.

Die neue Kampagnenseite im Internet bietet vielfältige Ideen. Bei „Engagement global“ stehen die Türen für Interessierte ganz weit offen!

Zur Kampagnenseite: <https://www.kommunal-global-engagiert.de/>
Kontakt: SKEW, Telefon 0228 / 20717-670; info@service-eine-welt.de

Neues von Sabriue



Gemeinsam mit ihrem Chef ärgert sich die Vorzimmerperle über das ständige Italien-Bashing. Wir Deutschen haben Fehler gemacht, als wir unsere Nachbarländer mit den Flüchtlingsströmen allein ließen, anstatt uns um deren Nöte solidarisch zu kümmern. Seite 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Von links: Florian Besold, Präsident der Bayerischen Einigung; Staatssekretär Gerhard Eck, MdL; Landtagspräsidentin Barbara Stamm, MdL; Manfred Ländner, MdL; Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL; Kitzingens Landrätin Tamara Bischof; Dr. Otto Hünnerkopf, MdL sowie Peter Küspert, Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes. Im Hintergrund Familie Graf von Schönborn.

Bild: Corinna Petzold /Landratsamt Kitzingen

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Rund 100 Mio. Euro für Bayerns Kommunen	2
Landkreis unterstützt Ankerzentren	2
BMI-Wettbewerb zur „Europäischen Stadt“	2
GZ-Kolumne Josef Mederer:	
Kompetente Hilfe aus einer Hand	3
Bezirke als Modell der Zukunft	3
Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2036	4
Kommunale Finanzthemen	5-8
Kommunale Energiethemen	8-15
Aus den bayerischen Kommunen	16-20

Landkreistag unterstützt Ankerzentren

Der Deutsche Landkreistag hat sich vor dem Hintergrund der jüngsten Skepsis einiger Länder im Hinblick auf die Einrichtung sogenannter Ankerzentren hinter diese Verabredung des Koalitionsvertrages gestellt. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: „Wir begrüßen die Einrichtung solcher zentraler Einrichtungen, wie sie seitens des Deutschen Landkreistages schon lange gefordert werden. Bei der Verwirklichung dieses Konzeptes ist darauf zu achten, dass Antragsteller grundsätzlich für die gesamte Dauer ihres Verfahrens dort untergebracht und – im Falle der Ablehnung ihres Antrags – auch von dort aus zurückgeführt werden.“ Darin liegt gerade Sinn und Zweck: Flüchtlinge erst im Falle der Anerkennung ihres Antrags auf die Kommunen zu verteilen.

Er unterstrich die Forderung des Deutschen Landkreistages, nur Schutzsuchende mit gesicherter Bleibeperspektive an die Kommunen weiterzugeben: „Nur so bekommen wir dauerhafte Planungssicherheit in der Flüchtlingsfrage. Was wir brau-

gen vor Ort schon begonnen haben.“

Sager hält die Unterbringung in Ankerzentren auch für zumutbar: „Bisher konnten wir auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen bereits Familien unterbringen. Zudem soll die Asylentscheidung im Ankerzentrum im Regelfall binnen sechs Wochen getroffen werden. Das ist zumutbar.“

Zumutbar im Sinne einer konsequenten Flüchtlingspolitik

Wer dagegen keinen Anspruch hätte, solle als Familie spätestens nach sechs Mo-

Bayerischer Integrationspreis 2018:

Integration in den Arbeitsmarkt

„Startklar für Ausbildung und Beruf – Integration in den Arbeitsmarkt“ lautete das Motto des Bayerischen Integrationspreises 2018, der im Landtag von der Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung Mechthilde Wittmann, Landtagspräsidentin Barbara Stamm und Innenminister Joachim Herrmann verliehen wurde.

Mit dem ersten Preis, dotiert mit 3.000 Euro, wurde das Trauma-Ersthelfertraining für Geflüchtete, Landsberg am Lech, ausgezeichnet. Träger ist das Bayerische Rotes Kreuz, KV Landsberg am Lech. Ziel ist die psychologische Unterstützung Geflüchteter bei der Bewältigung von Traumata durch die Ausbildung muttersprachlicher Trauma-Ersthelfer. Die Betroffenen sollen in akuten Belastungssituationen motiviert werden, ihre Situation zu begreifen und zu bewältigen.

Ermittlung individuellen Förderbedarfs

Der zweite Preis (2.000 Euro) ging an Learn4Work – Geflüchtete finden ihren Weg in den Arbeitsmarkt, Puchheim. Trägerin ist Marlies Eller, Koordinatorin von BIK-Schulen und Ausbildung. Durch die Betreuung junger Geflüchteter wird die gezielte Förderung an Schulen oder in der Ausbildung er-

naten entweder abgeschoben oder aus dem Ankerzentrum entlassen werden. „Auch das ist im Sinne einer konsequenten Flüchtlingspolitik zumutbar.“

Abschiebungen müssten zudem stärker forciert als bislang erfolgen. „Wir erwarten, dass die neue Bundesregierung dazu sehr zeitnah Vorschläge zu weiteren Verbesserungen unterbreitet.“ Außerdem stehen die Länder in der Pflicht, ausreichend viele Plätze in Haft- bzw. Ausreiseeinrichtungen vorzuhalten. Positiv zu bewerten seien auch die angekündigten Anstrengungen zur Stärkung der freiwilligen Rückkehr, so der DLT-Präsident abschließend. □

Rund 100 Mio. Euro für Bayerns Kommunen

Bauministerin Aigner präsentiert neue Förderinitiativen

Mit zwei neuen Förderinitiativen will Bauministerin Ilse Aigner Bayerns Kommunen beim Flächensparen und bei der attraktiveren Gestaltung ihrer Ortskerne unterstützen. Hierfür stehen dieses Jahr insgesamt 100 Mio. Euro zur Verfügung.

Mit der Initiative „Innen statt Außen“ übernehme der Freistaat 80% der förderfähigen Kosten für die Projekte der Kommunen. Dadurch unterstütze er diese bei der Belebung ihrer Ortskerne oder Stadtmitten, erklärte Aigner. Damit wolle sie erreichen, dass leerstehende Gebäude und Brachen in Ortskernen revitalisiert werden z.B. durch Modernisierung oder Instandsetzung. Hierfür stünden allein in diesem Jahr 75 Mio. Euro zur Verfügung. Für besonders finanz- und strukturschwache Gemeinden sei sogar eine Förderung von bis zu 90% möglich, führte die Ministerin weiter aus. Somit müssten die Kommunen bei einer Höchstförderung lediglich einen Eigenanteil von 20% bzw. 10% selbst tragen, den Rest übernehme der Freistaat.

Neue Grün- und Freiflächen attraktiv gestalten

Darüber hinaus will Aigner die Gemeinden beim Rückbau von Brachflächen, übergroßen Verkehrsflächen oder minder genutzten Gebäuden verstärkt unterstützen. So bekämen die recycelten Areale entweder eine neue Nutzung oder könnten als Park und Grünfläche umgestaltet werden. Davon profitiere sowohl die Bevölkerung als auch der Tourismus. Mit dieser zweiten Förderinitiative zur „Flächenentsiegelung“ unterstütze die Bayerische Staatsregierung im Rahmen der Städtebauförderung den öffentlichen Raum betonte die Ministerin. Dadurch könnten die Gemeinden ihre Brachflächen aufwerten und das Wohnumfeld mit neuen Grün- und Freiflächen attraktiver gestalten. Hierfür seien rund 25 Millionen Euro sofort verfügbar.

Beide Initiativen der Staatsregierung eröffnen den Kommunen die Möglichkeit, neben der bestehenden Städtebauförderung in Form von EU-, Bundes- und Landesmitteln für das laufende Programmjahr weitere zusätzliche Finanzmittel für ihre geplanten Projekte abzurufen. **rm**

Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann:

Maßnahmenpaket zur Eingliederung

Ausbildung und Arbeit bei Flüchtlingen in geplanten bayerischen Ankerzentren

Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann hat in Nürnberg Ralf Holtzward, den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu einem Fachgespräch getroffen. Themen waren unter anderem die Integration von Flüchtlingen in den bayerischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und die Einbindung der BA in die geplanten Ankerzentren in Bayern. Herrmann und Holtzward lobten das bisher Erreichte, insbesondere das Engagement der bayerischen Betriebe, die zahlreiche Flüchtlinge eingestellt haben und so einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration leisten.

Holtzward betonte: „Der im Jahr 2015 von der Staatsregierung zusammen mit den Arbeitsmarktpartnern geschlossene Pakt zur beruflichen Integration von Geflüchteten hat durch das enge Zusammenspiel aller Partner zu guten Ergebnissen geführt. Bayern hat die besten Integrationsergebnisse vorzuweisen. Wir dürfen jetzt nicht nachlassen, durch adressatengerechte Förderung Menschen mit Fluchthintergrund zu qualifizieren, sei es in der Ausbildung oder durch berufliche Weiterbildung. Der Arbeitsmarkt in Bayern benötigt Fachkräfte.“

seren geplanten Ankerzentren“, führte Herrmann an. „Denn wir brauchen schnell Klarheit, wer im Land bleiben darf und deshalb rasch integriert werden soll. Ich bin der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit deshalb sehr dankbar, uns in geeigneten Fällen unmittelbar in den Ankerzentren zu unterstützen.“ Klar ist laut Herrmann aber auch: „Wer kein Bleiberecht hat, muss unser Land möglichst schnell verlassen. Wer nicht freiwillig geht, muss konsequent und zügig abgeschoben werden.“ □

Bestmögliche Integration

Herrmann sicherte zu, sich als neuer bayerischer Integrationsminister dafür einzusetzen, Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive und anerkannte Flüchtlinge bestmöglich in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren. „Ein Arbeitsplatz ist wichtig für die Betroffenen, sich eine Existenz aufzubauen, und hilft ungemein bei der Integration“, erklärte der Minister. Gleichzeitig profitieren der Staat unter anderem von weniger notwendigen Sozialleistungen und die Wirtschaft vor allem von Fachkräften. „Das berücksichtigen wir auch bei un-

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Karin Ritter
96358 Reichenbach, Kr. Kronach
am 8.6.

Bürgermeister Hans Loy
83134 Prutting
am 17.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Weiß
91728 Gnotzheim
am 10.6.

Bürgermeister Thomas Falter
92442 Wackersdorf
am 11.6.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten unvollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Freie Wähler feiern Jubiläum

Kommunale Wählervereinigungen gibt es in Bayern seit der Nachkriegszeit. 1978 fanden sich einige Dutzend Vereine zusammen und gründeten den FW-Landesverband Bayern als ihren Dachverband. Zum Gründungsvorsitzenden wurde Armin Grein, Bürgermeister von Marktheidenfeld und späterer Landrat des Landkreises Main-Spessart, gewählt. 28 Jahre bekleidete Grein das Amt des Vorsitzenden. Im Jahr 2006 wurde Hubert Aiwanger sein Nachfolger.

Inzwischen zählt der bayerische Landesverband der Freien Wähler nach eigenen Angaben rund 920 Orts- und Kreisverbände, in denen über 40.000 Mitglieder organisiert sind. Über 500 Bürgermeister kommen aus den Reihen der Freien Wähler, dazu 12 Landräte und 20 Bezirksräte. Seit 2008 sind die Freien Wähler auch im Bayerischen Landtag vertreten.

Landesvorsitzender Hubert Aiwanger ist seither ihr Fraktionsvorsitzender. Zudem bekleidet er das Amt des Bundesvorsitzenden der Organisation, die sich lange als „Nicht-Partei Partei“ verstand.

Die Freiheit der eigenen Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen war es, die sich die Gründergeneration zur Maxime machte. Gezielt verzichtete man über viele Jahre und Jahrzehnte auf ein Parteiprogramm. Schließlich beschränkte man sich klar auf die Mitwirkung in den Organen der Kommunalen Selbstverwaltung und wollte sicherstellen, dass Sachentscheidungen völlig ideologiefrei getroffen werden konnten. Der Verein definierte sich als Gegenmodell zu den Parteiapparaten und bot den organisierten Mitgliedern in gewissem Umfang Unterstützung bei deren Wahlkampagnen.

Als der Wunsch nach Repräsentanz in Bund und Land von Teilen der Organisation immer lauter wurde, kam es fast zur Zerreißprobe. Und natürlich musste man sich für diese Wahlen auch ein Programm geben.

Zur Festveranstaltung am vergangenen Samstag im Münchner Kolping-Festsaal anlässlich des 40. Gründungsjubiläums hatte Landeschef Aiwanger vor allem Unterhalten-des ins Programm gehoben. Die längste Zeit war für Bernd Händel – Entertainer und Sitzungspräsident von Fastnacht in Franken – eingeplant. Generalsekretär Michael Piazzolo moderierte den Vormittag, an dem man Rückschau hielt und die Altvordenen ehrte. □

möglicht. Grundlage ist die Ermittlung des individuellen Förderbedarfs. Sowohl Stärken als auch eventuell vorhandene Handicaps oder vorliegende Traumata sollen so erfasst werden, um anschließend die passende Schule, den angemessenen Ausbildungsplatz oder Einrichtung zu vermitteln und weiter zu begleiten.

Über den dritten Preis (1.000 Euro) durfte sich StayWelcome e. V., München, freuen. Trägerin ist Margaux Metzke. Die intensive Vorbereitung der Bewerber durch Workshops, Mentoring-Programme und anderer Maßnahmen ermöglicht den Einstieg von geflüchteten Menschen ins Berufsleben. Die Betriebe werden nach der Anstellung der Geflüchteten bei der Überwindung bürokratischer Hürden unterstützt.

Stellenwert von Arbeit und Ausbildung

Mechthilde Wittmann würdigte den Stellenwert des Themas Arbeit bei der Integration. Ein wichtiger Baustein zur Teilhabe von legal und dauerhaft hier lebenden Zuwanderern in unsere Gesellschaft seien Arbeit und Ausbildung. Landtagspräsidentin Barbara Stamm betonte ihrerseits die Bedeutung von

Tag der Regionen 2018 ruft zum Mitmachen auf

Auch im Jubiläumsjahr sind wieder alle regional engagierten Initiativen, Vereine, Kommunen und Unternehmen dazu aufgefordert, sich am bundesweiten Aktionsprogramm rund um den Erntedanktagsonntag zu beteiligen. Der Tag der Regionen findet in diesem Jahr vom 21. September bis 7. Oktober statt.

Mit dem Slogan „Weil Heimat lebendig ist“ greift der Tag der Regionen 2018 die aktuelle gesellschaftspolitische Diskussion um den Begriff „Heimat“ auf und möchte ihn auf eine positive Art und Weise stärken. Aktionen in der Stadt und auf dem Land sollen zeigen, was die Menschen mit ihrer Heimat verbinden: worauf sie stolz sind, was gut funktioniert, welches Engagement vor Ort vorhanden ist und wie bei allem regionalen Selbstbewusstsein Weltoffenheit und ökologische wie auch soziale Verantwortung gelebt werden. In Hunderten von Projekten, Veranstaltungen, Festen, Ausflügen, Märkten und anderen Events zeigen die Veranstalter, wie sie einen Beitrag dazu leisten, regionale Kreisläufe zu erhalten.

Über die Webseite zum Aktionstag (www.tag-der-regionen.de) können ab sofort wieder Aktionen angemeldet werden. Außerdem lädt die Seite alle inte-

Beschäftigung weit über wirtschaftliche Aspekte hinaus. Der Arbeitsplatz sei ein wichtiger Ort der Begegnung und des sozialen Miteinanders.

Innenminister Herrmann bezeichnete „Sprache, Bildung, Arbeit und Wohnen, aber auch die Vermittlung unserer Werte, unserer Rechtsordnung und unserer Art zu leben“ als entscheidende Faktoren für eine gelingende Integration. Dem Motto des diesjährigen Preises entsprechend erklärte der Minister: „Wir haben in Bayern ein großes Interesse daran, die dauerhaft Bleibeberechtigten gut in unseren Arbeitsmarkt zu integrieren. Denn jeder anerkannte Flüchtling, der seinen Lebensunterhalt selbst verdient, trägt seinen Teil zur Gesellschaft bei und stärkt damit unsere Gemeinschaft.“ **DK**

Seehofer prämiert Werte:

Gesucht – Dein Stadtprojekt!

BMI lobt Wettbewerb zur „Europäischen Stadt“ aus

Seinen bundesweiten Wettbewerb „Die Europäische Stadt – Wandel & Werte“ startete das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Zur Auslobung des Wettbewerbs sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer: „Europas Städte sind einzigartig – durch ihre kulturelle Vielfalt, ihre Mischung aus Leben, Wohnen und Arbeiten und ihre besondere Integrationskraft. Sie sind sichtbares Gedächtnis und stiften Identität und Heimat. Daher müssen wir Acht geben, dass sich unsere Städte behutsam und aus ihrem jeweiligen Bestand heraus weiterentwickeln. Bestehendes muss bei Neuentwicklungen mitgedacht werden. Deshalb suchen wir im Rahmen des Wettbewerbs Beispiele für einen besonders guten und zukunftsweisenden Umgang mit dem baukulturellen Erbe in der Stadt und auf dem Land.“

Beitrag zum Europäischen Kulturerbejahr

Der Wettbewerb ist eine Aktion des BMI anlässlich des Europäischen Kulturerbejahres 2018. In Deutschland ist das Kulturerbejahr unter dem Titel „Sharing Heritage“ an fünf großen Themen ausgerichtet, darunter die Europäische Stadt und ihr Erbe. Bis zum 20. Juli 2018 können Städte und Gemeinden ihre Beiträge einreichen, Partner des Wettbewerbs sind die Länder und die kommunalen Spitzenverbände. Am 8. November 2018 werden im Rahmen der denkmal-Messe in Leipzig die besten Projekte ausgezeichnet.

Mehr Informationen und die Wettbewerbsunterlagen unter www.bundeswettbewerb-europaeische-stadt.de oder über Mail: info@bundeswettbewerb-europaeische-stadt.de. □

Bezirke als Modell der Zukunft

Neue Dokumentation bekräftigt den hohen Stellenwert der Höheren Kommunalverbände

Augsburg (bö). 2018 gibt es in Bayern viele politische Anlässe zum **Erinnern und Feiern: 40 Jahre Gebietsreform, 100 Jahre Freistaat, 200 Jahre Verfassungsstaat Bayern.** Zwar entstand das Buch, das nun beim **Bezirk Schwaben** vorgestellt wurde, anlässlich eines anderen, wenige Jahre zurückliegenden Jubiläums, doch es fügt sich inhaltlich gut in diese Jubiläumsreihe. Sind doch die bayerischen Bezirke eine Besonderheit der Verfassung, deren geschichtliche Wurzeln gar bis 1828 zurückreichen.

2014 fand in Kloster Irsee zum 60-jährigen Bestehen des Bezirks Schwaben eine hochkarätig besetzte Tagung mit Fachleuten aus der ganzen Bundesrepublik statt, bei der die Rolle der Höheren Kommunalverbände in Deutschland, zu denen auch die Bezirke zählen, beleuchtet wurde.

Das Buch „Die Höheren Kommunalverbände in Deutschland – Modell der Zukunft“ doku-

miert ihre besondere Rolle als Förderer regionaler Kultur mit ihrer identitätsstiftenden Leistung kann man mit Fug und Recht sagen: Die Bezirke sind ein Modell der Zukunft.“

Kostenanstieg in der Eingliederungshilfe

Entscheidend sei jedoch auch, wie die dritte kommunale Ebene



Buchpräsentation mit Vertretern des Bezirks und der Universität Augsburg – von links im Bild: Professor Josef Franz Lindner, Bezirksratspräsident Jürgen Reichert, Professorin Marita Krauss, Professor Christoph Becker und Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl

Bild: Daniel Beiter, Bezirk Schwaben

mentiert die dabei gehaltenen Vorträge und einen Teil des Gedankenaustausches. Der Band, erschienen in der Reihe „Augsburger Schriften zur Rechtsgeschichte“ im LIT Verlag, wurde nun von den Herausgebern, Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl und Professor Dr. Christoph Becker, Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht und Zivilverfahrensrecht, Römisches Recht und Europäische Rechtsgeschichte an der Universität Augsburg, beim Bezirk Schwaben vorgestellt.

Identitätsstiftende Leistung

„In den vergangenen Jahren wurden die Bezirke immer weiter durch Aufgabenzuweisungen gestärkt, zuletzt durch die Zuordnung der ambulanten Hilfe zur Pflege“, betonte Bezirksratspräsident Jürgen Reichert. „Durch die Bündelung der Kompetenz im Sozialhilferecht, was die weiteren kommunalen Ebenen entlastet, aber auch durch

ne von Bund und Land in die Lage gesetzt werde, ihre Aufgaben finanziell zu erfüllen. Den Anstieg der Kosten beispielsweise in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in den vergangenen Jahren könne die kommunale Ebene nicht alleine schultern, „speziell für die bayerischen Bezirke hat hier das Bundesteilhabegesetz keine Entlastung gebracht“, so Reichert.

Indes müsse man, insbesondere wenn man an die jüngere deutsche Geschichte denke, hervorheben, wie wichtig ein föderalistisches und demokratisches Element wie das der Bezirke im Staatsaufbau sei, „insbesondere wenn es um den Schutz und die Fürsorge von Menschen mit Behinderung geht.“

Das Plus an Demokratie in Bayern

Professor Josef Franz Lindner, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Medizinrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Augs-

burg, der für den Tagungsband auch einen Aufsatz über „Die Bezirke im bayerischen Staatsaufbau“ verfasst hat, wiederholte bei der Buchpräsentation zum Stellenwert der Bezirke: „Zur klassischen mittelbaren demokratischen Legitimation der Regierung als Staatsbehörde tritt für einen beachtlichen Anteil an gerade auch sensiblen Aufgaben die unmittelbare Legitimation durch die Bezirksbürger beziehungsweise den Bezirkstag hinzu.“ Dies bedeutet: Die Bezirke sind das Plus an Demokratie in Bayern, das diesen Kommunalverband als gewählte Selbstverwaltungsebene auch von vergleichbaren Institutionen in anderen Bundesländern unterscheidet.

Auskunft darüber finden Interessierte im Tagungsband in den Beiträgen beispielsweise von Wolfgang Kirsch, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Höheren Kommunalverbände oder auch von Senator e.h. Roland Klinger, dem Verbandsdirektor des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales in Baden-Württemberg.

Verfassungsrechtlich stark verankert

Wie Lindner ausführte, seien die Bezirke nicht nur als Organ stark verfassungsrechtlich verankert, sondern auch durch ihre sozialpolitische und gesellschaftliche Stellung. Er verwies dabei auf den Artikel 3 der Bayerischen Verfassung, der als Staatsziel die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land beinhaltet. „Das ist keine Verfassungslyrik, sondern hat objektiv bindenden Rechtscharakter“, so der Jurist. Der Staat alleine könne diesen Auftrag nicht erfüllen, „Gleichwertigkeit schafft man auf kommunaler Ebene.“ Hier und als Garant demokratischer Vielfalt in Bayern liege die Stärke der Bezirke.

Wichtige Träger sozialstaatlicher Verantwortung

Professorin Marita Krauss vom Lehrstuhl für Bayerische und Schwäbische Landesgeschichte erinnerte an den Ursprung der Bezirke: „Mit ihnen sollte auf Ebene der Mittelbehörde ein demokratisches Gegengewicht zur mächtigen Ministerialbürokratie geschaffen werden.“ Die Bezirke seien wichtige Träger sozialstaatlicher Verantwortung, so in der psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung und in der Behindertenhilfe, „aber sie nehmen ebenso in der Kultur- und Heimatpflege einen wichtigen gesellschaftspolitischen Auftrag für und mit der Stimme ihrer Bürger wahr.“

Garanten kommunaler Selbstverwaltung

Ein Fazit, das Dr. Helmut Rönz vom Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte Bonn in seinem Buchbeitrag bezogen auch auf die weiteren deutschen Höheren Kommunalverbände zieht: „Insofern sind auch heute Regionalverbände das, was sie seit fast 200 Jahren sind: Garanten kommunaler Selbstverwaltung, bürgerschaftlicher Partizipation, Sinnbild unserer subsidiären Verfasstheit und Aufsicht sowie Träger und Forscher regionaler Identität.“

Informationen zum Buch:

„Die Höheren Kommunalverbände in Deutschland – Modell der Zukunft“, Christoph Becker, Peter Fassl (Hg.), LIT Verlag Dr. W. Hopf Berlin 2017, ISBN 978-3-643-12919-2 (gebunden), ISBN 978-3-643-32919-6 (PDF). □

GZ

KOLUMNE
Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,

was ist zu tun, wenn die 85-jährige Mutter nach einem Sturz gehbehindert ist, der betagte Vater einen Schlaganfall erleidet oder durch eine Demenzerkrankung zum Pflegefall wird? Und wie geht es weiter, wenn zu wenig Geld da ist, um die Pflege der Eltern in ihrer vertrauten Wohnung zu finanzieren? Solche Fragen müssen viele Familien oft unvorbereitet beantworten. Sie wünschen sich dann schnelle, kompetente und verlässliche Hilfe – möglichst aus einer Hand.

Jeder Mensch hat das Recht auf angemessene Pflege und ein selbstbestimmtes Leben im Alter. Immer mehr Menschen möchten sich deshalb zuhause in ihren eigenen vier Wänden von ihren Angehörigen oder von einem ambulanten Pflegedienst pflegen lassen.



reibungslos abläuft. Im Idealfall sollen die Betroffenen gar nicht merken, dass sie ihre Leistungen von einem anderen Kostenträger erhalten – außer, dass den neuen Bescheid der Bezirk Oberbayern ausgestellt hat. Wir übernehmen die ambulante Pflege deshalb stufenweise: Bereits ab 1. September 2018 werden wir für die Landkreise Dachau, Fürstenfeldbruck und München sowie für Stadt und Landkreis Rosenheim zuständig sein. Die Hilfefälle aus den übrigen Landkreisen und kreisfreien Städten Oberbayerns ziehen dann zum 1. Januar 2019 zu uns um.

Besonders wichtig ist mir, dass sich wirklich niemand Sorgen zu machen braucht, künftig andere oder weniger Leistungen zu bekommen. Deshalb haben wir im Bezirkstag einen wichtigen Beschluss gefasst: Alle bisherigen Hilfeempfänger erhalten Bestandsschutz. Das heißt: Jede Person bekommt beim Übergang der ambulanten Hilfe zur Pflege auf uns ihre Leistungen weiter – und zwar unverändert im bisherigen Umfang. Wir prüfen nur dann neu, sobald ein Fall neu zu bewerten ist. Das kann beispielsweise sein, wenn sich der Pflegegrad oder die Einkommens- und Vermögensverhältnisse geändert haben.

Die reibungslose Übernahme der ambulanten Pflege ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, dass wir in einer älter werdenden Gesellschaft beste wohnortnahe Beratungsangebote brauchen. Denn nur mit dem notwendigen Wissen können die Betroffenen entscheiden, wo und wie sie sich pflegen lassen möchten: in den eigenen vier Wänden, in einem behindertengerechten betreuten Wohnangebot oder einem stationären Pflegeheim. Das Schöne ist ja, dass es im Bereich der Pflege bereits so vielfältige Angebote gibt.

Nicht selten müssen sich die Bürgerinnen und Bürger die Informationen mühevoll zusammensuchen, da es bisher keine wirklich vernetzten Beratungsangebote gibt. Das halte ich für nicht mehr zeitgemäß. Ich setze mich deshalb für die Gründung von Pflegestützpunkten in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Partnerschaft mit Krankenkassen ein. Natürlich sollte die kommunale Familie auch Verbände und ehrenamtliche Senioren- und Behindertenbeauftragte mit ins Boot holen, um bereits vorhandene Strukturen partnerschaftlich zu vernetzen.

Es freut mich sehr, dass einige Landkreise diese Idee bereits aufgenommen haben und gemeinsam mit dem Bezirk Oberbayern ein Konzept entwickeln möchten.

Ihr Josef Mederer

Bezirksratspräsident von Oberbayern
Präsident des Bayerischen Bezirkstags

Kompetente Hilfe aus einer Hand

Der Bezirk Oberbayern ist bisher als Sozialhilfeträger nur bei der stationären Hilfe zur Pflege eingeschungen. Seit 1. März 2018 sind wir auch für die ambulante Hilfe zur Pflege zuständig, wenn eigenes Einkommen und Vermögen nicht ausreichen. Ich denke, für die betroffenen Menschen wird vieles einfacher, wenn für ambulante und stationäre Pflege nur noch ein Kostenträger zuständig ist. Wir haben die Leistung vorerst aber noch auf die Landkreise und kreisfreien Städte delegiert. Wir brauchen einfach noch etwas Zeit, um uns auf diese spannende Aufgabe vorzubereiten.

Aus ganz Oberbayern übernehmen wir rund 8.000 Hilfefälle der ambulanten Pflege mit den dazugehörigen Annexleistungen wie beispielsweise die Grundsicherung. Dafür benötigen wir unter anderem rund 50 qualifizierte Sachbearbeiter der zweiten und dritten Qualifikationsebene. Diese Personalsuche stellt uns derzeit vor wirklich große Herausforderungen. Schließlich konkurrieren wir als Bezirk Oberbayern im Großraum München mit den Dienststellen der Landeshauptstadt ebenso wie mit einer Vielzahl von staatlichen Behörden um Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Die Personalakquise sehe ich aber als Chance, den Bezirk als zukunftsorientierten und sozialen Arbeitgeber zu präsentieren. Ich denke, diese positive Darstellung einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst ist ein Gewinn für die gesamte kommunale Familie.

Unser wichtigstes Anliegen ist aber, dass die Übernahme der ambulanten Pflege möglichst

Freistaat verbessert die Förderung von Schulen und Kindertageseinrichtungen

Finanzminister Füracker: Staatliche Förderung für kommunale Baumaßnahmen an Schulen, Kindertageseinrichtungen sowie Theater- und Konzertsaalbauten wird deutlich erhöht

„Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Die bayerische Bevölkerung wächst weiter. Die Kommunen müssen in Zeiten boomender Baukonjunktur in die Kinderbetreuungs- und Schulinfrastruktur investieren. Der Freistaat erhöht daher deutlich die Kostenrichtwerte für die Förderung von Schulen und Kindertageseinrichtungen. Ferner kann künftig an jedem Schulstandort zumindest eine Kleinsporthalle gefördert werden. Und wir verbessern die Förderung für Theater- und Konzertsaalbauten.“, teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Bekanntmachung der geänderten Zuweisungsrichtlinie des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat mit.

„Die staatliche Investitionsförderung kommunaler Hochbaumaßnahmen nimmt im kommunalen Finanzausgleich einen hohen Stellenwert ein und trägt wesentlich dazu bei, dass diese Einrichtungen im notwendigen Umfang bereitgestellt werden können“, betonte der Minister. Die Förderung der baulichen Aufwendungen erfolgt im Rahmen sogenannter Kostenrichtwerte. Diese werden entsprechend der Baupreisentwicklung und angesichts gestiegener Baunebenkosten deutlich um 8,6 Prozent erhöht.

„Auch bei kleineren Schulstandorten können künftig zumindest eine Kleinsporthalle, ein kleiner Allwetterplatz und

im Rahmen der Theaterförderung auch Investitionen für kommunale Theatergebäude ohne eigenes Ensemble förderfähig. Voraussetzung ist, dass ein ganzjähriger professioneller Spielbetrieb mit regelmäßig mindestens 100 Theater- oder Konzertvorstellungen pro Jahr nachgewiesen wird. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Standortkommunen eine besondere finanzielle Belastung im Kulturbereich zu schultern haben, die weit über das eigene Einzugsgebiet ausstrahlt.

Die Fördermittel für den kommunalen Hochbau sind Bestandteil des kommunalfreundlichen bayerischen Staatshaushalts, in dem jeder vierte Euro für Gemeinden, Landkreise und Bezirke vorgesehen ist. Der kommunale Finanzausgleich weist 2018 mit über 9,5 Milliarden Euro erneut ein Rekordvolumen auf. Ein Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der kommunalen Investitionskraft. Für die Förderung des kommunalen Hochbaus stehen 2018 insgesamt 500 Millionen Euro zur Verfügung. □

Staatskanzleiminister Dr. Florian Herrmann:

Nützliche Tipps für Vereinsfeiern

„Das Ehrenamt ist wichtige Säule unseres sozialen Zusammenlebens. Ohne ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Vereinen, Verbänden und Organisationen wären viele wichtige gesellschaftliche Einrichtungen wie Sportvereine, Notfallhilfe oder Brauchtumpflege fast nicht möglich“, stellte Staatsminister Dr. Florian Herrmann fest. „Wichtig für diesen Zusammenhalt sind auch Vereinsfeiern.“

Um es den Ehrenamtlichen in Vereinen so leicht wie möglich zu machen, wurde der erfolgreiche Leitfaden für Vereinsfeiern überarbeitet und erweitert.

Mit dem Leitfaden unterstützt die Bayerische Staatsregierung ehrenamtliche Helfer bei der Pflege bayerischer Traditionen und der Planung von Festen. Die Helfer können einfach nachlesen, wie sie beim Planen und Durchführen einer Feier auch rechtlich auf der sicheren Seite sind. Hierfür listet der Leitfaden übersichtlich auf, was bei Vereins- und Brauchtumsfeiern von A wie Alkohol bis Z wie Zelten zu beachten ist.

Praktische Beispiele: Muss ich beim Verkauf von Salat beim Maifest auf Allergenkennzeichnung achten? Kann ich mit Schildern an der Straße für mein Fest werben? Hatte ich, wenn etwas passiert?

Auf Anregung und in enger Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen wurde der Leitfaden gemeinsam aktualisiert und erweitert. So finden sich zum Beispiel neue Kapitel zu den Themen Maibaumtransport, Lärmschutz und GEMA-Gebühren.

Informationen:

www.bayern.de/politik/initiativen/buerokratieabbau-und-deregulierung/leitfaden-fuer-vereinsfeiern. □

Erfolgreiche Standorte im ...

(Fortsetzung von Seite 1)
München mit seinem Oktoberfest, dem FC Bayern und großartigen Autos. Über die Bedingungen und Vorteile in allen Landesteilen fehlt oft schlichtweg das Wissen. Ich werde deshalb in einer konzertierten Aktion alle Kräfte und Kompetenzen, die sich mit Ansiedlungsfragen beschäftigen zu einer Wirtschaftsagentur zusammenfassen und diese auch personell aufstocken. So wird das Büro unserer Ansiedlungsagentur in Nürnberg gestärkt, und wir werden eine zweite Niederlassung in Hof gründen. Bei Unternehmen, die bereits in Bayern präsent sind, werde ich aber auch für Niederlassungen im ländlichen Raum werben. Es gibt angesichts mobiler Kommunikationsmittel und technischer Entwicklungen viele Tätigkeiten, die von jedem beliebigen Ort ausgeübt werden können – dabei können Mitarbeiter von einer günstigeren Wohnsituation profitieren, Verkehrswege entlastet werden, Unternehmen können schlichtweg Platz gewinnen, aber auch Fachkräfte.

Bayern beim Netzausbau fokussieren

GZ: Fehlt nicht oft die notwendige Infrastruktur?

Pschierer: Wir arbeiten seit Jahren daran, Infrastruktur in ganz Bayern zu schaffen, was Verkehrswege, den Schienenverkehr, aber auch ein modernes und leistungsstarkes Netz betrifft. Im Zuge der Digitalisierung wird letzteres immer wichtiger – viele neue Geschäftsmodelle basieren auf der Digitalisierung und bestehende Unternehmen stellen auf digitale Prozesse um. Deshalb baut der Freistaat

das Breitband in diesem enormen Ausmaß aus.

Was den Mobilfunk betrifft, gibt es noch Bedarf. Aber ich habe die Netzbetreiber bereits gewinnen können, Bayern als wachstumsstärkstes Land beim Netzausbau zu fokussieren. Allein im ersten Quartal dieses Jahres haben die drei Betreiber Telekom, Vodafone und Telefonica 46 neue Mobilfunk-Sendemasten errichtet und 758 bestehende Anlagen auf neuen LTE-Standard gebracht.

Zusätzlich wird unser Mobilfunkprogramm dafür sorgen, dass weiße Flecken geschlossen werden, in denen die Netzbetreiber aus Wirtschaftlichkeitsgründen ohne Förderung nicht ausbauen können. Das Förderprogramm kann starten, sobald die EU-Kommission grünes Licht gibt. Ich rechne damit noch in diesem Sommer.

Leitökonomie Bayerntourismus

GZ: Sie haben eingangs noch von einer Stärkung des Tourismus gesprochen. Warum halten Sie das für wichtig? Die Gästezahlen steigen doch von Jahr zu Jahr.

Pschierer: Das stimmt. Wir können im Bayerntourismus jedes Jahr neue Rekorde vorweisen was Gästezahlen und Übernachtungen betrifft. Die Tourismusbranche hat sich zu einer Leitökonomie entwickelt. Touristen geben jedes Jahr rund 31 Milliarden Euro in Bayern aus. Über 560.000 Personen im Freistaat beziehen ihr Einkommen vollständig durch den Tourismus. Berücksichtigt man Zweitrendeneffekte, etwa auf das lokale Handwerk oder den Ein-

zelhandel, dürfte die Zahl noch um ein Vielfaches höher liegen. Dieser Bedeutung des Tourismus als Arbeits- und Wirtschaftsfaktor will ich gerecht werden.

Zugleich steht auch der Tourismus vor Herausforderungen und in einem scharfen Wettbewerb. Digitalisierung, Fachkräftemangel, aber auch eine an den steigenden Ansprüchen der Gäste orientierte Weiterentwicklung der Branche sind nur die offensichtlichsten Beispiele.

GZ: Und wie soll die Branche diese Herausforderungen bewältigen?

Pschierer: Aus meiner Sicht waren zunächst drei Dinge zentral: einerseits musste ich im Wirtschaftsministerium selbst die Bedeutung der Branche abbilden. Das ist bereits erfolgt: Wir haben jetzt eine eigene starke Tourismusabteilung, die sich sowohl mit Grundsatzfragen beschäftigt als auch mit den zukünftigen Herausforderungen und spezifischen Problemen einzelner Segmente oder Regionen.

Investitionen in die Zukunftsfähigkeit

Zweitens wollen wir Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit und zukunftsfähige Angebote ermöglichen. Dazu können wir unser Instrument der Regionalförderung nutzen. Wichtig ist mir dabei, dass wir in Bayern unsere Einzigartigkeit und Individualität bewahren. Wir wollen keinen Eventtourismus wie etwa in Österreich. Ich will nachhaltige Angebote unterstützen, die im Einklang mit unserer einzigartigen Natur stehen und das Besondere bewahren. Dazu zählt auch die neue Unterstützung unserer Gaststätten als Teil der bayerischen Lebensart.

Drittens müssen wir uns von der Forschungsseite her damit befassen, wie sich die Branche positiv weiterentwickeln kann. Auch dazu sind wir mit unseren Überlegungen schon recht weit. Ich verrate Ihnen: Es wird ein eigenes Forschungs- und Kompetenzzentrum Tourismus in Kempten geben.

GZ: Abgesehen davon scheint die Wirtschaft aber auch ohne ihr Zutun ganz gut zu laufen...

Pschierer: Gut so (lacht). Ich darf aber schon den Hinweis geben, dass es in anderen Bundesländern weniger gut läuft. Also es scheint durchaus einen Zusammenhang zwischen der Wirtschaftspolitik in einem Bundesland und dem wirtschaftlichen Erfolg unserer Betriebe zu geben.

Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum

Abgesehen davon geht es in der Wirtschaftspolitik stets darum, einen Schritt voraus zu denken. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Betriebe auch in Zukunft wettbewerbsfähig sind, Wachstum generieren und Arbeitsplätze erhalten sowie schaffen. Dafür müssen wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Für mich steht dabei die Digitalisierung im Zentrum, denn ich will, dass unsere Betriebe die Möglichkeiten nutzen können und dass sich das Wachstumsversprechen der Digitalisierung für bayerische Betriebe einlöst – nicht nur für amerikanische oder chinesische.

Wir müssen deshalb auch hier Investitionen ermöglichen und Forschungsaktivitäten unterstützen. Große Chancen für den Freistaat sehe ich etwa bei den Themen künstliche Intelligenz, aber auch beim autonomen Fahren. Gleichzeitig sind Startups für zukünftiges Wachstum entscheidend, sie sind die Unternehmen von morgen, die neue Geschäftsmodelle entwickeln und

Arbeitsplätze schaffen. Im Übrigen kann auch hier der ländliche Raum erheblich profitieren – das ist der Grund, warum wir Gründerzentren in jedem Regierungsbezirk schaffen.

GZ: Bayerns Wirtschaft lebt zum Großteil vom Export. Was die internationalen Handelsbeziehungen betrifft haben sich die Bedingungen zuletzt erheblich verschlechtert. Was bedeutet das für den Standort?

Pschierer: Die außenwirtschaftlichen Entwicklungen beobachte ich mit großer Sorge. Die internationalen Herausforderungen summieren sich inzwischen zu einem echten Risiko für die bayerische Wirtschaft. Angefangen vom Brexit über den Handelskonflikt zwischen den USA und China bis hin zu drohenden Strafzöllen sowie amerikanischen Sanktionen gegen den Iran und schwierigen Beziehungen zu Russland. Man kann den Eindruck gewinnen, große Teile der Welt hätten vergessen, wie sehr jeder von freien Märkten und einem freien Welthandel profitiert. Ich kann nur appellieren, dass wir zu den Spielregeln eines fairen internationalen Handels zurückfinden. Und ich hoffe, dass sich in den USA mittelfristig die Erkenntnis durchsetzt, dass auch das eigene Land negativ von Handelskonflikten und Protektionismus betroffen ist.

Europa darf sich nicht auseinander dividieren lassen

Die Europäische Union spielt in den Handelsauseinandersetzungen jetzt eine entscheidende Rolle. Die europäischen Staaten dürfen sich keinesfalls auseinander dividieren lassen, sondern müssen mit starker einheitlicher Stimme für den freien Welthandel eintreten. Und: je rauer das globale Umfeld, umso wichtiger

Regionalisierte Zahlen des Bayerischen Landesamts für Statistik:

Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis zum Jahr 2036

Oberbayern gewinnt, Nordostbayern verliert Einwohner
Durchschnittsalter steigt um 2,4 Jahre

Nach den Ergebnissen der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bayerischen Landesamts für Statistik wird die Einwohnerzahl Bayerns im Jahr 2036 bei 13,47 Millionen und damit um knapp 539.000 höher liegen als Ende des Jahres 2016. Wie das Landesamt bei der Vorstellung der Zahlen weiter mitteilte, wird sich die demographische Entwicklung regional jedoch erheblich unterscheiden. Während Oberbayern mit einer Bevölkerungszunahme von 9,9 Prozent binnen 20 Jahren rechnen kann, ist in den nord- und ostbayerischen Gebieten ein Rückgang zu erwarten: Besonders Oberfranken (-5,9 Prozent) und Unterfranken (-3,5 Prozent) müssen sich auf teils erhebliche Bevölkerungsverluste einstellen. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird in den kommenden 20 Jahren bayernweit um rund 2,4 auf 46,0 Jahre steigen.

Nach den vom Bayerischen Landesamt für Statistik vorgelegten Ergebnissen der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2036 wird die Einwohnerzahl Bayerns, ausgehend von rund 12,93 Millionen Personen Ende 2016, kontinuierlich weiter steigen. Im Jahr 2036 werden nach den jüngsten Berechnungen ca. 13,47 Millionen Menschen im Freistaat leben, was einem Plus von 4,2 Prozent gegenüber dem heutigen Stand entspricht.

Differenzierte Grundlage für Planungen

Die Vorausberechnung zeigt, wie sich die Bevölkerung in den Landkreisen und kreisfreien Städten in den nächsten 20 Jahren entwickeln wird, wenn die bisherigen Trends zu Geburten, Sterbefällen und Wanderungen anhalten. Das Landesamt für Statistik bietet damit eine differenzierte Grundlage für Planungen von Staat, Kommunen und Wirtschaft an, betonte der Präsident des Landesamts, Dr. Thomas Göbl.

Auf Regierungsebene



Förderbescheid für Kampagne „Zukunft für das bayerische Gastgewerbe“

„Wir unterstützen die Kampagne des DEHOGA Bayern „Zukunft für das bayerische Gastgewerbe“ mit einer halben Million Euro, um den Erhalt unserer Gasthäuser, als Wahrzeichen der bayerischen Lebensart und Tradition zu unterstützen“, erklärte Wirtschafts- und Tourismusminister Franz Josef Pschierer als er den Förderbescheid für die Kampagne „Zukunft für das bayerische Gastgewerbe“ an die Vertreter der DEHOGA Bayern überreichte. (v. l.): Klaus Stöttner, tourismuspolitischer Sprecher CSU, Isabella Hren, Geschäftsführerin der Bayern Tourist GmbH BTG, Bayerns Wirtschafts- und Tourismusminister Franz Josef Pschierer, Korbinian Vogl, Pächter des Flötzinger Bräustüberls, Angela Inselkammer, Präsidentin des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Bayern, sowie Dr. Thomas Geppert, Landesgeschäftsführer DEHOGA Bayern. □

ist es, dass wir im eigenen Land beste Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Wirtschaft schaffen. Ich bin froh, dass die bayerische Wirtschaft so gut und robust aufgestellt ist.

GZ: Ihre Prognose: Wird Bayern die gewaltigen Herausforderungen und den technologischen Wandel erfolgreich bestehen?

Pschierer: Vor den Erfolg haben die Götter den Schweiß gesetzt. Wir müssen uns durch- aus anstrengen. Aber wir zeichnen uns in Bayern ja durch Fleiß, Konsequenz, Innovationsreichtum und Kreativität aus. Ich bin also zuversichtlich und auch ein bisschen stolz auf unsere Unternehmenskultur.

Mir hat sehr gefallen, was

Joe Kaeser jüngst in einem Interview mit dem Handelsblatt gesagt hat – sinngemäß: Profit ist nichts Schlechtes, aber wir müssen ihn am gesellschaftlichen Nutzen messen. Das gilt auch oder insbesondere in Zeiten großer struktureller Veränderungen. Bayerische Unternehmer, gerade auch unsere mittelständischen Familienunternehmer zeichnen sich sehr viel stärker durch unternehmerische Verantwortung aus, die sie für ihre Mitarbeiter und für ihre Heimat tragen.

Und was ich leisten kann, um unsere Wirtschaft zu unterstützen und die Zahl der Gewinner hoch zu halten, werde ich tun.

GZ: Herr Minister, herzlichen Dank für das Gespräch. □

Bürgerfest der Demokratie ...

(Fortsetzung von Seite 1)

„Die Bayerische Verfassung war und ist der Garant für Frieden, Freiheit und Stabilität. Aber wahr ist auch: Es liegt an den Bürgerinnen und Bürgern, an Ihnen und an uns allen, die Sätze in unserer Verfassung mit Inhalt und Leben zu füllen. Wir müssen uns immer wieder bewusst machen, an welchen Leitgedanken sich unsere Demokratie orientiert und welchen Wert sie für die Bürgerinnen und Bürger eigentlich hat“, betonte Landtagspräsidentin Barbara Stamm.

Demokratische Ordnungen garantierten Grundrechte und Grundfreiheiten

Demokratie ist nach ihren Worten an die Werte Freiheit und Gleichheit gebunden. Zu ihr gehörten Gerechtigkeit und rechtsstaatliche Sicherheit. Die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger werde durch freie, gleiche und geheime Wahlen sowie den freien Gedankenstreit gewährleistet. Einem möglichen Machtmissbrauch wirke eine klare Gewaltenteilung entgegen. Demokratische Ordnungen garantierten die Grundrechte und Grundfreiheiten ihrer Bürgerschaft.

Aus Stamms Sicht ist es ganz entscheidend, dass sich möglichst viele in den demokratischen Prozess einbringen, dass sie in politischen oder anderen Gremien mitarbeiten, sich an großen Streitfragen beteiligen, Aufgaben im Gemeinwesen übernehmen oder Zivilcourage zeigen. „Was bei uns insbesondere im Ehrenamt geleistet wird, ist einfach großartig. All den Menschen, die sich über das Notwendige hinaus für andere und für die Gemeinschaft einsetzen, gebührt unsere tiefe Dankbarkeit. Diese Kultur des Miteinanders müssen wir för-

dern und unterstützen, wo immer dies möglich ist. Und wir müssen sie an die kommende Generation weitertragen.“

Jugendlichen Werte vermitteln

Kitzingers Landrätin Tamara Bischof wies in ihrem Grußwort darauf hin, wie wichtig es sei, den Jugendlichen die Werte und Grundregeln unserer Verfassung zu vermitteln. Sie dankte auch den Mitgliedern des Initiativkreises rund um die beiden Jubiläen für die zahlreichen Veranstaltungen, die sie im Kitzinger Land – der Wiege der Demokratie in Bayern – auf die Beine gestellt hätten.

Im Festzelt führte das Franken-Duo Heißmann und Rassau in bekannt humoriger Art durch das Abendprogramm. Begrüßt wurden die Gäste im Festzelt von Graf von Schönborn-Wiesentheid, dessen Vorfahr Franz Erwein Graf von Schönborn-Wiesentheid die Konstitutionssäule 1821 gestiftet hatte. Weitere Höhepunkte waren der Auftritt Hans Jürgen Stockerls in der Rolle König Ludwigs I. mit einer historischen Rückschau auf sein Bayern sowie das Konzert der unterfränkischen Band Häs'd'n'däisd vomm mee.

Zuvor bereits hatten unterfränkische Bürgerwehren, Mitglieder des Trachtenverbands und viele mehr beim Festzug hoch zur Konstitutionssäule stolz in Tracht und Uniform ihre Verbundenheit mit der bayerischen Heimat gezeigt. Die vier Stämme Bayerns – der Altbayern, der Schwaben, der Franken und der Sudetendeutschen – grüßten den Festzug am Wegesrand mit Musik. Ein prächtiges Abschlussfeuerwerk, eingeleitet von einem Standkonzert aller Musiker, beschloss das Bürgerfest in Gaibach in den Abendstunden. **DK**

Deutscher Stiftungstag 2018 in Nürnberg:

Digitaler Wandel im Visier

Sparkassen-Finanzgruppe bundesweit stifterisch aktivste Unternehmensgruppe

Mit mehr als 130 Veranstaltungen stand der Deutsche Stiftungstag in Nürnberg dieses Jahr unter dem Motto „Update! Stiftungen und Digitalisierung“. Gefördert wurde der Deutsche Stiftungstag 2018 durch 16 Stiftungen und Organisationen aus ganz Deutschland sowie einer großen Zahl von Förderpartnern.

Zum Auftakt des größten Stiftungstreffens in Europa stellte der Vorstandsvorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen Prof. Dr. Michael Göring fest: „Stiftungen sind auf dem Sprung in die nächste Generation. Was noch fehlt: ein Stiftungsrecht, das ihnen erlaubt, ihre Arbeit flexibel an den digitalen Wandel, einen volatilen Kapitalmarkt und komplexe globale Problemlagen anzupassen.“ Konkret fordert der Bundesverband Haftungsvereinfachungen in der Vermögensanlage, damit Stiftungen mehr Anlageformen nutzen können, die Ermöglichung von Satzungsänderungen sowie die Erleichterung von Zulegungen und Zusammenlegungen von Stiftungen.

Deutscher Stifterpreis

Beispielhaft für die Neuaufstellung des Verbandes war die Verleihung des Deutschen Stifterpreises an die Philanthropin Ise Bosch. Die Enkelin von Robert Bosch, Gründer der Robert Bosch GmbH und ebenfalls Stifter, hat Anteile am großväterlichen Unternehmen verkauft, um ihren eigenen philanthropischen Weg zu gehen. Mit ihrem Buch „Besser Spenden!“ will sie andere Vermögende motivieren, Mittel für sozialen Wandel zu geben und die für sie richtige Engagement-Strategie zu finden.

Ein weiterer Höhepunkt des

Stiftungstages war die Verleihung des Qualitätssiegels für gute Treuhandstiftungsverwaltung an 14 Organisationen. Die vom Bundesverband Deutscher Stiftungen initiierte Auszeichnung gilt für drei Jahre und wurde sechs Treuhändern zum ersten und acht Siegelträgern bereits zum zweiten Mal verliehen. Erstmals erhielten das Siegel unter anderem die Münchner Stiftungen Don Bosco und Stifter für Stifter.

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Stiftungen in Deutschland um 549 Neuerrichtungen auf 22.274 gestiegen. Auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner kommen deutschlandweit 27 Stiftungen. Die meisten Stiftungen beschäftigen sich mit den Themen Gesellschaft (52 Prozent), Bildung (35 Prozent) sowie Kunst und Kultur (32 Prozent). Das bekannte Kapital von Stiftungen aller Rechtsformen liegt bei 68 Milliarden Euro.

Fast 4.000 Stiftungen bayernweit

Bayern zählt aktuell insgesamt 3.997 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts. Mehr Stiftungen gibt es nur in Nordrhein-Westfalen (4.370). 87 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts wurden im Jahr 2017 in Bayern errichtet.

Auf 100.000 Einwohner kommen in Bayern knapp 31 Stiftungen. Damit liegt der Freistaat deutlich über dem Bun-

desdurchschnitt von 27 Stiftungen pro 100.000 Einwohner und im Vergleich der Stiftungsdichte der Länder auf Platz 4. Im bundesweiten Vergleich der Großstädte liegt Würzburg mit 94 Stiftungen pro 100.000 Einwohner an der Spitze. Die Landeshauptstadt München liegt mit 68 Stiftungen pro 100.000 Einwohnern auf Platz 7.

„Stiftungswirken ist überall: Stiftungen tragen zum Beispiel rund 150 Krankenhäuser und 270 Museen oder pflegen mindestens 154.000 Hektar Naturschutzflächen. So wie Wagniskapital in der Wirtschaft wirken Stiftungen an entscheidender Stelle im System“, erklärte Prof. Göring.

Die stifterisch aktivste Unternehmensgruppe in Deutschland ist die Sparkassen-Finanzgruppe. Die Anzahl der Sparkassen-Stiftungen erhöhte sich im vergangenen Jahr auf nunmehr 748, die ein Stiftungskapital von 2,6 Mrd. Euro aufweisen und fast 76 Millionen Euro ausschütteten.

Für strategische Optimierung der Vermögensanlagen

Wie Dr. Heike Kramer, Leiterin Gesellschaftliches Engagement und Veranstaltungsmanagement, Deutscher Sparkassen- und Giroverband, erläuterte, sind Stiftungen der Sparkassen-Finanzgruppe mit einem Stiftungskapital von 2,6 Milliarden Euro in den Regionen und im ländlichen Raum unverzichtbarer Förderer von Kultur, Sport und Sozialem. „Aber auch unsere Stiftungsvermögen sind in Gefahr. Im Hinblick auf die

Niedrigzinsen und das wertebasierte Engagement der Sparkassenstiftungen ist die strategische Optimierung unserer Vermögensanlagen das wichtigste Gebot. Hier ist es wichtig, sich mit zeitgemäßen Anlageformen auseinanderzusetzen.“

Generalsekretär Felix Oldenburg sieht auch die Politik in der Pflicht: „Wenn die Erträge weiter sinken, stehen viele Ideen und Engagierte allein da. Und auch die zunehmende Bürokratie macht Engagierten in Stiftungen das Leben schwer. Daher erwarten wir von der neuen Bundesregierung die zügige und längst fällige Umsetzung der Stiftungsrechtsreform – wie im Koalitionsvertrag angekündigt. Es darf nicht um weniger, es muss um mehr Stiftungswirken gehen. Nur mit flexiblen und modernen Modellen werden wir die nächste Generation gewinnen.“

Hybridstiftung

So wie zum Beispiel die IO-TA Foundation, gegründet im Herbst 2017 in Berlin. Sie ist die erste Stiftung in Deutschland, die auf einer Kryptowährung basiert. Zudem haben die Stiften die seltene Form der Hybridstiftung gewählt. Dabei kann ein Teil des Vermögens für den Zweck verbraucht werden. Dazu Felix Oldenburg: „Auch Start-up-Gründer sind die Stifter und Stifterinnen von morgen. Und Stiftungen sind die Start-ups, die Innovatoren, der Zivilgesellschaft. Allein die dem Bundesverband bekannten jährlichen Stiftungsausgaben in Höhe von 4,3 Milliarden Euro entsprechend der Höhe des Risikokapitals, das 2017 in Start-ups investiert wurde.“

DK

Stadtsparkasse München:

Geld per Handy senden mit Kwitt

Per Kwitt die Rechnung im Restaurant unter Freunden teilen oder dem Patenkind einen Geldbetrag zum Geburtstag zu senden ist ab sofort noch einfacher: Seit Ende 2016 bieten Volksbanken und Raiffeisenbanken unter der Bezeichnung „Geld senden & anfordern“ sowie Sparkassen mit „Kwitt“ in ihren Banking-Apps ihren Kunden das einfache bargeldlose Senden von Geld über das Smartphone an.

Nun können sich Kunden bei der Institutsgruppen gegenseitig Geld senden und anfordern. Ab Anfang Juni 2018 werden beide Institutsgruppen – Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken – diese jeweiligen Angebote nun auch unter dem gemeinsamen Markennamen Kwitt anbieten.

Über 3 Millionen Mal wurde deutschlandweit seit Einführung von mehr als 860.000 Kunden über Kwitt Geld gesendet oder angefordert – ohne IBAN, in den meisten Fällen sogar ohne TAN, dafür immer häufiger verbunden mit Nachrichten oder einem Fotogruß.

Durch diese Zusammenarbeit erhöht sich die Reichweite dieser Bezahlinnovation bei bewährter hoher Sicherheit. Das Überweisen von Handy zu Handy bietet den Kunden einen schnellen, praktischen und beliebten Weg des Zahlens. Der einheitliche Markenname Kwitt erleichtert den Kunden den Überblick über die Bezahlmöglichkeiten im Markt. „Wir freuen uns, dass wir mit diesem Schritt die Einsatzmöglichkeit von Kwitt für unsere Kunden noch einmal deutlich ausweiten können“, so Pressesprecher Dr. Joachim Fröhler von der Stadtsparkasse München.

Mit Kwitt ist es möglich, Geld über das Smartphone auszutauschen, ohne die IBAN-Kontonummer des anderen zu kennen. Die Handynummer reicht dafür aus. Wer Onlinebanking-Kunde bei einer teilnehmenden Volksbank, Raiffeisenbank oder Sparkasse ist und seine BankingApp installiert hat, kann den praktischen Bezahlservice über sein Smartphone nutzen. Es ist lediglich erforderlich, den Kwitt-Dienst in der App zu aktivieren.

Denkbar einfacher Verlauf

Der Verlauf beim Kwitt-Verfahren ist mit einem sms-Versand vergleichbar und denkbar einfach: Statt der direkten IBAN-Eingabe wird der Empfänger in der Kontaktliste des Smartphones angeklickt, der Betrag erfasst und der Senden-Button aktiviert. Optional kann die Zahlung um eine Chat-Nachricht oder ein Foto im Stil eines Messenger-Dienstes ergänzt werden. Bei Beträgen unter 30 Euro erfolgen Zahlungen in der Regel ohne TAN-Eingabe. Bankkunden können zudem ihre Kontakte via App zur Teilnahme am Kwitt-Verfahren einladen.

Die Website www.kwitt.de führt zu den jeweiligen Informationen der einzelnen Anbieter des Verfahrens. □

BayernLB mit starkem Jahresauftakt 2018

Alle operativen Segmente mit positiven Ergebnisbeiträgen

Die BayernLB hat im ersten Quartal 2018 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 237 Mio. Euro erzielt. Damit hat der Konzern das sehr gute Vorsteuerergebnis des Vorjahreszeitraums leicht übertroffen (Vj.: 230 Mio. Euro). Alle operativen Segmente haben positiv zum Ergebnis beigetragen. Die Belastung durch die europäische Bankenabgabe und die Beiträge zur Einlagensicherung in Höhe von insgesamt 100 Mio. Euro hat die BayernLB im ersten Quartal nahezu vollständig verarbeitet (Vj.: 79 Mio. Euro).

„In den nächsten Monaten und Jahren werden wir neben der stetigen Verbesserung unserer Effizienz und der Weiterentwicklung unserer digitalen Plattformen und Angebote kontinuierlich daran arbeiten, die BayernLB noch profitabler zu machen“, erklärte Vorstandsvorsitzender Johannes-Jörg Riegler.

Trotz der weiterhin herausfordernden Rahmenbedingungen hat die BayernLB den Zinsüberschuss um 4,5 Prozent auf 450 Mio. Euro (Vj.: 430 Mio. Euro) gesteigert. Der Provisionsüberschuss lag bei 60 Mio. Euro (Vj.: 71 Mio. Euro).

Aufgrund der robusten Konjunktur und der guten Qualität ihres Portfolios konnte die BayernLB bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erneut einen positiven Wert ausweisen. Dabei profitierte die Bank insbesondere von Auflösungen und Eingängen aus abgeschrieben Forderungen. Unter dem Strich stand ein Plus von 117 Mio. Euro (Vj.: 95 Mio. Euro). Die NPL-Quote erreichte mit 1,3 Prozent einen neuen Bestwert.

Das Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung betrug 36 Mio. Euro (Vj.: 71 Mio. Euro). Das Ergebnis aus Finanzanlagen belief sich wie im Vorjahr auf 7 Mio. Euro.

Der Verwaltungsaufwand lag mit 331 Mio. Euro etwa auf dem Niveau des Vorjahres (Vj.: 323 Mio. Euro). Vor allem Aufwendungen für regulatorische Großprojekte sowie Investitionen in Digi-

talisation trugen zu einer leichten Steigerung der Kosten bei, die sich aber im Rahmen der Planungen bewegten. Durch laufende Effizienzmaßnahmen konnte der Anstieg weitgehend kompensiert werden.

Die Bilanzsumme der BayernLB erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2017 um 3,3 Prozent auf 221,6 Mrd. Euro (31.12.2017: 214,5 Mrd. Euro). Die risikogewichteten Aktiva (RWA) beliefen sich zum Ende des ersten Quartals auf 63,7 Mrd. Euro (31.12.2017: 61,4 Mrd. Euro).

Die BayernLB ist weiterhin sehr solide kapitalisiert. Das CET1-Kapital (fully loaded) betrug 9,3 Mrd. Euro (31.12.2017: 9,4 Mrd. Euro). Aufgrund von gestiegenen Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie Markttrisikopositionen erhöhten sich die risikogewichteten Aktiva (RWA), wodurch sich eine CET1-Quote (fully loaded) von 14,6 Prozent ergab (31.12.2017: 15,3 Prozent).

Die Eigenkapitalrentabilität (RoE) der BayernLB hat sich auf 10,9 Prozent erhöht (Vj.: 10,5 Prozent). Die Cost-Income-Ratio (CIR) blieb mit 60,1 Prozent stabil (Vj.: 60,0 Prozent).

Die BayernLB hat das Vorsteuerergebnis im Segment Corporates & Mittelstand im ersten Quartal 2018 auf 143 Mio. Euro gesteigert (Vj.: 137 Mio. Euro). Zu dem Ergebnisanstieg hat die Auflösung von Risikovorsorge maßgeblich

beigetragen. Die Steigerung resultiert zudem aus einem guten Jahresauftakt beim Geschäft mit Kapitalmarktprodukten für Firmenkunden. Auch das Kreditvolumen des Segments konnte bei geringeren RWA im Vergleich zum Vorjahr erhöht werden.

Im Segment Immobilien & Sparkassen/Verbund lag das Ergebnis vor Steuern bei 25 Mio. Euro (Vj.: 52 Mio. Euro). Der Ergebnisrückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Vorjahreswert positive Beiträge aus der Risikovorsorge enthalten waren. Die im Segment erwirtschafteten Erträge aus Zins- und Provisionsüberschuss lagen mit 91 Mio. Euro auf dem Niveau des Vorjahres (Vj.: 90 Mio. Euro). Die BayernLabo, das Förderinstitut der BayernLB, erzielte ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 9 Mio. Euro (Vj.: 12 Mio. Euro).

Die für die Kundensegmente erwirtschafteten Erträge aus Financial Markets Produkten wurden trotz des weiterhin schwierigen Marktumfelds stabil auf dem Niveau des Vorjahres gehalten.

Die positive Geschäftsentwicklung im Segment DKB hat sich auch im ersten Quartal 2018 fortgesetzt, das Ergebnis vor Steuern hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt. Es betrug 114 Mio. Euro (Vj.: 51 Mio. Euro). Der Anstieg geht im Wesentlichen auf die Steigerung des Zinsüberschusses zurück, der auf 275 Mio. Euro erhöht werden konnte (Vj.: 209 Mio. Euro). Die DKB hat die Zahl ihrer Privatkunden auf nun rund 3,8 Mio. gesteigert und damit ihre Position als zweitgrößte Direktbank und einer der Marktführer im digitalen Banking in Deutschland weiter gefestigt. □



Mit 0% Zinsen energetisch sanieren und energieeffizient bauen

Jetzt aktiv werden mit dem Energiekredit Kommunal Bayern.

Auf dem Weg zur Energiewende unterstützen wir die Finanzierung von Investitionen in die energetische Sanierung sowie den energieeffizienten Neubau von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur. Und das zum Teil zinslos für die ersten zehn Jahre mit optionalen Tilgungszuschüssen (Stand 05.06.2018). Informieren Sie sich unter ► www.bayernlabo.de oder über die Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB



LfA verbessert Energieeffizienzförderung

Einführung von Tilgungszuschüssen von bis zu 2 Prozent
Kredithöchstbetrag steigt auf 10 Millionen Euro

Die LfA Förderbank Bayern hat zum April 2018 die Energieeffizienzförderung für kleine und mittlere Unternehmen sowie Freiberufler verbessert. Bei Investitionen in energieeffiziente Produktionsanlagen und -prozesse bietet die LfA künftig neben attraktiven Zinssätzen zusätzlich Tilgungszuschüsse.

Eine Energieeinsparung von mindestens 10 Prozent wird im Energiekredit mit einem Tilgungszuschuss von 1 Prozent des Darlehensbetrags gefördert. Eine Einsparung von mindestens 30 Prozent im Energiekredit Plus mit einem Tilgungszuschuss von 2 Prozent. Zudem steigt der maximale Kreditbetrag von 2 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro.

„Der Erfolg der Energiewende hängt wesentlich von der sparsamen und effizienten Nutzung von Energie ab. Unmittelbar und dauerhaft wirksam sind hier Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Mit dem verbesserten Angebot der LfA können mittelständische Unternehmen im Freistaat Investitionen in eine energieeffiziente Produktion zu attraktiven Konditionen angehen. Das ist ein wichtiger Baustein, um unsere Klimaziele zu erreichen“, so Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „Investitionen in die Energieeffizienz lohnen sich für den bayerischen Mittelstand mit unserer optimierten Förderung gleich doppelt. Die Betriebe können dauerhaft den Energieverbrauch verringern und Kosten sparen. Zugleich reduziert sich durch

unsere Gutschrift von Tilgungszuschüssen der Kredit und die Zinsbelastung. Mit diesem Anreiz wollen wir einen Beitrag leisten, um Energieeinsparpotenziale bei Mittelständlern und Freiberuflern auch außerhalb des Gebäudebereichs zu heben.“

Der Energiekredit und der Energiekredit Plus werden zinsgünstig aus dem KfW-Energieeffizienzprogramm – Produktionsanlagen / -prozesse refinanziert. □

MünchenerHyp:

Fremdfinanzierung für Investition der Deutschen Investment

Objekte sind nahezu vollvermietet
MünchenerHyp fokussiert sich verstärkt auf Portfoliofinanzierungen

Die Münchener Hypothekenbank eG (MünchenerHyp) finanziert für den offenen Immobilien-Spezialfonds „Deutsche Investment-Wohnen IV“ der Deutschen Investment Kapitalverwaltungsgesellschaft den Erwerb von 13 Wohn- und Geschäftshäusern in Hamburg.

Das nahezu voll vermietete Portfolio besteht aus 325 Wohnungen mit rund 20.700 Quadratmetern Wohnfläche, 51 Gewerbeeinheiten mit rund 7.500 Quadratmetern Nutzfläche sowie über 200 Tiefgaragen- und

Parkplätzen. Die Objekte befinden sich in innerstädtischen Lagen Hamburgs. Die Gesamtinvestitionskosten belaufen sich auf rund 136 Mio. Euro. Die Finanzierung der MünchenerHyp für die 13 sowie zwei bereits im

Bankenregulierung nicht mit Klimapolitik vermengen

GVB begrüßt Bundesrat-Stellungnahme zu Aktionsplan der EU-Kommission zu grünen Finanzierungen

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) unterstützt die Forderung des Bundesrats, Bankenregulierung nicht mit klimapolitischen Zielsetzungen zu überfrachten. „Im Fokus der Bankenaufsicht muss die Risikobetrachtung und die Werthaltigkeit von Finanzierungen stehen, nicht der Ausstoß von CO₂“, hebt GVB-Präsident Jürgen Gros hervor. Er bezieht sich mit seiner Aussage auf die heute verabschiedete Stellungnahme der Länderkammer zum Aktionsplan „Finanzierung nachhaltigen Wachstums“ der EU-Kommission.

Der Bundesrat begrüßt im Grundsatz zwar die Intention der Brüsseler Behörde, nachhaltige Investitionsvorhaben zu fördern. Er plädiert aber dafür, dass „grüne“ Finanzierungen nicht pauschal bei der Hinterlegung mit Eigenkapital bevorzugt werden. Diese Position vertritt auch der GVB: „Nachhaltigkeit bedeutet nicht Risikofreiheit. Das hat der Bundesrat richtig erkannt. Es darf deshalb nicht zu einer ideologisch motivierten Lenkung der Kreditvergabe kommen, sonst legt die EU-Kommission die Grundlage für neue Finanzblasen“, so Gros. □

VR-Sozialpreis 2018:

Lebensqualität steigern

Vor rund 200 Gästen wurden im Festsaal des Landratsamtes Landsberg im Beisein von Stefan Jörg, Vorstandsvorsitzender der VR-Bank Landsberg-Ammersee, Landrat Thomas Eichinger und Landsbergs Bürgermeister Axel Flörke feierlich die diesjährigen Auszeichnungen des VR-Sozialpreises übergeben. Als Festredner fungierten Erzbischof Wolfgang Öxler und die mehrmalige Paralympic-Gewinnerin Anna Schaffelhuber.

Geehrt wurden die Nachbarschaftshilfe Landsberg, der Ammersee-Sportverein (ASV) Dießen, die Christliche Pfandfinderschaft Royal Rangers und der BRK Kreisverband Landsberg. Die Auszeichnungen waren mit insgesamt 7.500 Euro dotiert.

Nachbarschaftshilfe Landsberg

Bereits ein gutes Jahr nach ihrer Gründung ist die Nachbarschaftshilfe Landsberg laut Jury aus der Stadt nicht mehr wegzudenken. Sie wurde mit einem Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro bedacht. Der ASV Dießen (1.500 Euro) beeindruckte die Juroren mit der gelebten Inklusion in seinen Sportgruppen, während die Christliche Pfandfinderschaft Royal Rangers für ihren christlich-sozialen Auftrag, Kindern die Natur nahezubringen, Respekt gegenüber anderen Kulturen und Religionen zu zeigen und letztlich einfach nur Spaß zu haben, mit einem Preisgeld von ebenfalls 1.500 Euro belohnt wurde.

Das BRK Landsberg erhielt den VR-Sozialpreis für die Ausbildung von Trauma-Helfern, die Flüchtlinge bei der Verarbeitung schlimmer Erfahrungen unterstützen. Aktuell stehen hierzu 30 Ersthelfer aus sieben Natio-

nen bereit. Auch dieses Projekt wurde mit 1.500 Euro bedacht.

Mit dem VR-Sozialpreis fördert die VR-Bank Landsberg-Ammersee eG in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Landsberg Projekte von Einrichtungen, Vereinen und Unternehmen, deren Ziel es ist, die Lebensqualität sozial benachteiligter Menschen zu verbessern. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf mehr Miteinander und mehr Menschlichkeit liegen. Es sollen Anreize geschaffen und Impulse zur Entwicklung und Umsetzung von Ideen und Projekten gegeben werden, die außerhalb der Pflichtenaufgaben liegen.

Wettbewerb der Ideen

Der mit mindestens 6.000 Euro dotierte VR-Sozialpreis wird bereits seit 2010 im Landkreis an Projekte verliehen, die außerhalb der Pflichtenaufgaben der Einreicher liegen; Aufgaben, die über das normale Engagement hinausgehen. Der VR-Sozialpreis ist gleichzeitig als „Ideenwettbewerb“ gedacht, der Aktivitäten anstößt, die sonst im Alltag nicht als Projekt umgesetzt worden wären und als Anreiz dient, Ideen und Projekte tatsächlich zu entwickeln und Realität werden zu lassen. □

Handel in Bayern mit 300 Millionen Euro gefördert

Über 600 Betriebe profitieren von LfA-Förderung
Zusagen steigen um 10 Prozent

Die LfA Förderbank Bayern hat den bayerischen Handelsunternehmen 2017 rund 300 Millionen Euro an Förderkrediten zugesagt. Das ist ein Plus von knapp 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die über 600 geförderten Betriebe konnten so Investitionen in Höhe von mehr als 430 Millionen Euro finanzieren.

Ernst Läger, Präsident des Handelsverbands Bayern (HBE), erläutert: „Die Herausforderungen durch die Digitalisierung haben den Druck auf den stationären Handel massiv erhöht. Gerade für kleine und mittelständische Betriebe ist deshalb die Kreditfinanzierung der LfA Förderbank Bayern eine gezielte Hilfestellung. Ohne diese zinsgünstigen Mittel wären dringend notwendige Investitionen oftmals gar nicht möglich.“

Mehr Innovation wagen

Christoph Leicher, Präsident des Landesverbandes Groß- und Außenhandel, Vertrieb und Dienstleistungen (LGAD), erklärt: „Gerade in Zeiten neuer technologischer Entwicklungen müssen unsere Unternehmen mehr Innovationen wagen und Modernisierungen vornehmen. Dafür brauchen sie zuverlässige Partner für langfristige Finanzierungen und Risikoübernahmen wie durch die LfA Förderbank Bayern, aber auch der Bürgschaftsbank Bayern. Die Zunahme von Förderkrediten im Handel liegt insbesondere an der sehr guten wirtschaftlichen Lage und der Investitionsbereitschaft un-

serer Unternehmen in den letzten Jahren.

„Die Förderleistung der LfA für den Wirtschaftsstandort Bayern zeigt auch bei der Handelsbranche Wirkung. Mit unserem För-



Dr. Otto Beierl. □

derangebot konnten die Betriebe allein im letzten Jahr über 900 Arbeitsplätze neu schaffen und mehr als 19.000 Stellen sichern. Als verlässlicher Partner stehen wir den mittelständischen Handelsbetrieben bei ihren Herausforderungen mit passgenauen und attraktiven Finanzierungen zur Seite. Das gilt auch für die Unternehmensnachfolge, die in unserer Förderung wie eine Gründung behandelt wird. Mit günstigen Zinssätzen, langen Laufzeiten und tilgungsfreien Anlaufjahren stellen wir den Generationswechsel auf eine solide finanzielle Basis“, so Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA. □

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG HAT DIE WELT VOR AUGEN

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Globale Entwicklungsziele kommunal umsetzen

Die 17 globalen Entwicklungsziele der Agenda 2030 bieten Anlass und unzählige Möglichkeiten, eine lebenswerte und zukunftsfähige Kommune für kommende Generationen zu gestalten. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Landkreise, Städte und Gemeinden auf diesem Weg.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

mit Ihnen: **SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT**

Im Auftrag des: **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

ENGAGEMENT GLOBAL Service für Entwicklungsinitiativen

Die Versicherungskammer Bayern organisiert sich neu:

Unterwegs zum Dienstleister

Ein dichtes Netz aus Beratung und Service ist das Ziel
Gute Geschäftsergebnisse auch in schwierigen Zeiten

„Uns geht es wirklich gut, wir entwickeln uns weiterhin positiv. Ich bin mit 2017 sehr zufrieden.“ Mit diesen Worten fasste Frank Walthes, Vorstandsvorsitzender des Konzerns Versicherungskammer das vergangene Geschäftsjahr zusammen. Fürs laufende Jahr erwartet der Kammer-Chef trotz anhaltender Niedrigzinsphase ein moderates Wachstum von etwa 2 % – vorausgesetzt, das Wirtschaftswachstum hält an und „Naturkatastrophen und Großschadensereignisse bleiben im Normalbereich“. Mit einer Zinswende sei in absehbarer Zeit kaum zu rechnen. Der Jahresüberschuss werde in etwa stabil bleiben.

Im Berichtsjahr 2017 habe sich der Konzern in allen Bereichen „durchweg gut“ entwickelt, wobei Walthes zu den Bereichen ausdrücklich auch das Voranbringen der Digitalisierung des gesamten Geschäfts, die ständigen Bemühungen um Innovationen und die Stärkung der Marke „Versicherungskammer“ verstanden haben möchte. Diese Aktivitäten laufen unter dem Begriff Transformation. Das Konzern-Ergebnis vor Steuern erreichte 414,0 (360,0) Mio. Euro, der Konzern-Jahresüberschuss ist um 32 % auf 252,7 (192,4) Mio. Euro, sein bisher bestes Ergebnis, gestiegen. Dazu hat beigetragen, dass die Kapitalanlagen (ohne fondsgebundene Lebensversicherungen) um 5,4 % auf 51,15 Mrd. Euro gewachsen sind und

ein Nettoergebnis von 1,88 (1,58) Mrd. Euro erbracht haben, was einer Nettoverzinsung im gesamten Konzern von 3,8 (3,3) % entspricht. Seit 1995 haben sich die Kapitalanlagen vervierfacht. Etwa 90 Mio. Euro vom Jahresüberschuss werden an die Sparkassen als Eigentümer überwiesen, ebenso viel in eigene Innovationsprojekte gesteckt.

Ertragreiches Wachstum

Die Beitragseinnahmen haben um 4 % „und damit erneut deutlich über dem Markt“ auf 8,103 (7,790) Mrd. Euro zugelegt. Das Wachstum sei über alle Geschäftsfelder und Kundengruppen hinweg ertragreich gewesen. 80 % der Einnahmen stammen aus

dem Geschäftsgebiet Bayern/Pfalz, 20 % entfallen auf die Gesellschaften im Saarland, in Berlin/Brandenburg sowie auf die bundesweit tätigen Gesellschaften wie den Krankenversicherer „Union Krankenversicherer“, den Reiseversicherer und den Online-Versicherer „BavariaDirekt“. Der Konzern Versicherungskammer Bayern ist bundesweit der größte öffentliche Versicherer und inzwischen der siebtgrößte Erstversicherer in Deutschland. Er umfasst 13 Versicherungsunternehmen mit den drei starken Regionalmarken „Versicherungskammer Bayern“, „Feuersozietät Berlin und Brandenburg“ sowie „Saarland Versicherungen“.

Vorreiter „BavariaDirekt“

In der Schaden- und Unfallversicherung legten die Beitragseinnahmen um 5,5 % auf 2,60 (2,46) Mrd. Euro zu, wodurch deutliche Marktanteile gewonnen wurden. Dazu beigetragen hat auch der digitale Versicherer, die „BavariaDirekt“, der inzwischen 385.000 Risiken im Bestand hat, darunter 230.000 Kfz-Versicherungen. „BavariaDirekt“ sei im Konzern in mehreren Bereichen Vorreiter bei Digitalisierung und Innovationen, so bei Cyberpolen mit Darknettschutz und bei der Absicherung von Shareconomy wie etwa bei AirBnB-Vermietung. 2017 habe vergleichsweise in der Sparte Schaden/Unfall viele Schäden durch Unwetter gebracht. Habe es 2015 und 2016 jeweils 6 Kumulereignisse gegeben, waren es 2017 schon 8, wodurch der Schadenaufwand auf 1,82 (1,73) Mrd. Euro zunahm.

Weiter an Bedeutung gewinnen werde die Sparte auch durch die Gebäudeversicherung. Hier soll durch Angebote wie „Smart Home“, „Smart Building“ und das Ökosystem „Living“ Versicherungsschutz für ein vernetztes Zuhause geschaffen werden, indem alle Themen um das Leben in Haus und Wohnung besetzt werden. Dazu geschaffen wurde das Start up „Digital at home (Dahome)“, das auch die Aspekte der Lebens-, Kranken- und Pflegeversicherung mit einbezieht. Hinter Dahome verbirgt sich im Grunde genommen der brachenübergreifende Allfinanzgedanke mit einer einzigen Marke.

Elementarrisiken

Ein besonderes Problem in der Schadenversicherung ist der Anstieg der Unwetterereignisse, die meist zu den sogenannten Elementarschäden führen, die nicht selten existenzbedrohend sein können. „Unsere Aufgabe ist, die Bürger immer wieder für ihre Existenzsicherung zu sensibilisieren“, sagte Walthes, „denn vom 1. Juli 2019 an gewährt die bayerische Staatsregierung bei Elementarereignissen keine staatliche Soforthilfe mehr, wenn Immobilien gegen Elementarschäden versicherbar gewesen wären.“ Die Versicherungskammer könne 99,8 % der Gebäude in Bayern problemlos gegen Elementarrisiken versichern. Und für die verbleibenden 0,2 % fände sich, nach individueller Begutachtung, auch immer eine Lösung.

Die Sensibilisierungsbemühungen der Versicherungswirtschaft und der Länder zeigten inzwischen Wirkung. Im Neugeschäft bei der Kammer werde die Elementarversicherung jetzt bei der Hälfte aller Verträge mit eingeschlossen. Man will versuchen, die Quote auch im Bestand zu erhöhen.

Die Entwicklung in der Versicherung soll vom Anbieter von Versicherungsprodukten zum Kümmerer führen. Insgesamt erwartet die Sparte Schaden/Unfall heuer

ein deutliches Beitragswachstum.

Die beiden Krankenversicherer im Konzern, die „Bayerische Beamtenkrankenkasse“ und die bundesweit tätige „Union Krankenversicherung“ konnten ihre Prämieinnahmen um 5,4 % auf 2,41 (2,29) Mrd. Euro steigern. Da die Anzahl der versicherten Personen „nur“ um 1,8 % zunahm, resultiert ein Teil der Mehreinnahmen aus Beitragserhöhungen. Nach Anzahl der versicherten Personen ist die Kammer drittgrößter privater Krankenversicherer in Deutschland. Bei den Zusatzversicherungen und bei der Pflegevorsorge (+ 3,1 %) liegen die Kammer-Versicherer auf Platz 2. Die Kapitalanlagen in der Krankenversicherung erbrachten eine Nettoverzinsung von 2,9 %. Der Trend zu mehr privater Vorsorge werde anhalten. Mit einem deutlichen Beitragswachstum, auch auf Grund der Anpassung der Beiträge an steigende Gesundheitsausgaben, sei zu rechnen.

Umfrage bei Krankenversicherten

Die Kammer hat durch eine Umfrage bei 600 gesetzlich und privat Krankenversicherten erfragt, wie sie zu digitalen Möglichkeiten der Vorsorge, Prävention und Diagnose stehen. 17 % der Befragten stimmten der Meinung „Die Digitalisierung führt zur Verbesserung der medizinischen Versorgung“ voll und ganz, weitere 60 % eher zu. Die größte Bereitschaft, dem Arzt und/oder der Krankenversicherung Daten zur Verfügung zu stellen, besteht mit 80 % bei Angaben zu Alter, Größe und Gewicht. Mindestens die Hälfte würde auch der Weitergabe von Daten über körperliche Beschwerden, Laborwerte oder Vorbehandlungen zustimmen. Ein

Drittel hätte den Angaben zufolge sogar nichts dagegen, Daten über Alkoholprobleme weiterzugeben.

Insgesamt, so schilderte es Vorstandsmitglied Harald Benzing, erwarten 77 % der Befragten durch Digitalisierung eine Verbesserung der medizinischen Versorgung. „Die Deutschen scheinen in Bezug auf die Digitalisierung im Gesundheitswesen recht aufgeschlossen und optimistisch zu sein. Sie äußern Vorstellungen, Wünsche und Bedürfnisse und erwarten demgemäß zusätzliche Angebote und Leistungen in den Bereichen Fitness und Prävention (etwa Hinweise auf zu erneuernde Impfungen oder anstehende Zahnarztbesuche), aber auch eine Umstellung von Papier zu elektronischen Daten.“ Überweisungen, Rechnungen, Rezepte oder Atteste sollten künftig über das Smartphone gesteuert werden, genauso wie Termine beim Arzt. Benzing: „Wir müssen uns vom Versicherer zum Gesundheitsdienstleister entwickeln.“ Der Anfang ist mit der „RundumGesund-App“ und dem telefonischen Zugang „MediTalk“ gemacht. In diesem Sommer folgt das ePortal „Meine Gesundheit“ mit dem Ziel eines dichten Netzes aus Beratung und Service.

Gutes Jahr für die Lebensversicherung

Selbst für die Lebensversicherung war 2017 nach Darstellung von Vorstandsmitglied Ralph Seitz ein gutes Jahr, in dem Marktanteile gewonnen wurden. Die Beitragseinnahmen nahmen auf 3,02 (2,97) Mrd. Euro zu, obwohl der Bestand leicht auf 2,232 (2,244) Mio. Verträge zurückgegangen ist. Der Erfolg bei den Beitragseinnahmen ist vor allem auf „solvenzschonende Produkte zurückzuführen. Das sind fondsgebundene Policen ohne Garantiever-

pflichtung (Garantiezinns), die nach den Basel-Vorschriften nicht mit Eigenkapital unterlegt werden müssen, also eigenkapitalschonend sind. Nach und nach sollen alle Verträge so gestaltet werden. Bis Ende 2019 soll der Produktbau beendet sein. Dass diese Art von Lebensversicherungen gut ankommt, zeigt die geringe Stornoquote von wieder nur 3,3 % gegenüber 4,1 % im Markt, obwohl der garantierte Rechnungszins von 2,19 % im Jahr 2016 auf 1,95 % im Berichtsjahr gefallen ist und, so hieß es, bis 2019 weiter auf 1,5 % absinken werde. Im Berichtsjahr wurde in der Lebensversicherung bei Kapitalanlagen von 1,22 (0,88) Mrd. Euro eine Nettoverzinsung von 4,4 (3,3) % erreicht. Die Bayern-Versicherung als Lebensversicherer des Kammer-Konzerns zählt zu den 8 der 23 größten Lebensversicherern im Lande, die 2017 noch ein Wachstum erzielen konnte.

Über das gesellschaftliche Engagement der Kammer wurde ebenfalls berichtet. Über Stiftungen, Sponsoring und Spenden hat der Konzern mit 2,6 Mio. Euro Initiativen, Vereine und das Ehrenamt unterstützt mit dem Hauptaugenmerk auf den Aspekten Sicherheit und Prävention. Partner sind u.a. Feuerwehren, DLRG und der Alpenverein. Die Kulturstiftung widmet sich vor allem kulturellen Nischen.

Aus dem Vorstand altershalber ausgeschieden ist zum Jahresende 2017 Helmut Spät, bisher stellvertretender Vorstandsvorsitzender und zuständig für Rechnungswesen, Vermögensanlage und -verwaltung sowie Unternehmenssteuern. Seine Sachbereiche hat Isabella Pfaller übernommen, das bisherige Vorstandsmitglied Barbara Schick ist zur stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden aufgerückt. dhg



Auch der Blaue Salon muss wieder instandgesetzt werden. □

Mit Klebstoff, Sieb und roter Farbe

Brand im Straubinger Rathaus: Der Denkmalschutz beeinflusst die Regulierung

Nach dem Feuer kommt die Leere. Was nicht verbrannt ist, wird beiseite geräumt. Handwerker zersägen verkohlte Balken, reißen durchnässte Tapeten von den Wänden und schaffen allen Schutt aus dem Rathaus. In einigen Räumen sind sogar die Böden verschwunden.

Ein Gebäude, das nicht unter Denkmalschutz steht, würde abgerissen werden. In Straubing geht das nicht, weil das Rathaus historisch ist und aus Baumaterialien aus mehreren Jahrhunderten besteht. Deshalb begutachten Denkmalschützer, was abgerissen werden darf und welche Teile des Rathauses nachgebaut werden müssen, um sie für die Nachwelt zu erhalten. Schützenswerte Teile des Rathauses markieren sie mit roter Farbe.

„Das kann eine langwierige Angelegenheit sein“, sagt Günter Selentin, der seit dem Brand im November mehrmals vor Ort war. „Die Kollegen vom Denkmalschutz nutzen die Gelegenheit und untersuchen jeden Winkel des Rathauses auf historische Bausubstanz.“ Das geht so weit, dass ein Denkmalschützer den ganzen Tag nichts anderes tut als Schutt zu sieben. Wenn er historische Substanz findet, sortiert er die Überreste und klebt sie wie ein Puzzle zusammen.

Diese Arbeit ist langwierig und hat einen ersten Hintergrund. „Wir haben keinerlei Interesse, die Identität des Straubinger Rathauses zu verfälschen und möchten den Bürgern ihr Wahrzeichen so originalgetreu wie möglich zurückgeben. Deshalb unterstützen wir den Denkmalschutz und die Zusammenarbeit klappt gut“, erklärt Selentin.

Die Regulierung dauert dadurch aber deutlich länger und sie wird auch teurer. Um den Prozess zu beschleunigen, haben Selentin und seine Kollegen vor Ort meh-

re Spezialisten im Einsatz, die viel Erfahrung mit der Restaurierung historischer Gebäude haben. Nun soll in Straubing ein Verfahren eingesetzt werden, das ein Handwerker in Zusammenarbeit mit der Versicherungskammer Bayern entwickelt hat. Dabei befreit ein Laser Wände von Ruß und Dreck, ohne darunterliegende Fresken und Bilder zu beschädigen. Dieses Verfahren hat die Versicherungskammer Bayern im vergangenen Jahr zum ersten Mal eingesetzt und die Ergebnisse haben sogar die Erwartungen des Denkmalschutzes übertroffen.

Denkmalschutz macht kreativ

Die Zweckgemeinschaft hat also positive Effekte, denn der Denkmalschutz hat Wünsche, die verschiedene Methoden der Reinigung und Wiederherstellung erfordern. Das zwingt Selentins Team, kreativ zu werden und so wächst die Expertise mit jedem Einsatz. „Mittlerweile haben wir sehr viel Erfahrung“, sagt Selentin. „Wenn wir wollten, könnten wir in ganz Deutschland historische Gebäude sanieren.“

Hintergrund: Am 25. November 2016 brannte das Rathaus in Straubing. Die Stadt ist, wie viele andere bayerische Kommunen auch, bei der Versicherungskammer Bayern versichert. Daher kümmern sich deren Experten um die Regulierung. Wir begleiten sie dabei und geben Ihnen immer wieder Einblicke in die Welt der Großschäden. □

VER S I C H E R U N G S
K A M M E R
B A Y E R N

Ein Stück Sicherheit.

Königlicher Schutz –
für die Abenteuer im Leben.

Weil ihm der Schutz der Menschen am Herzen lag, gründete König Max I. vor mehr als 200 Jahren eine Versicherung.

www.versicherungskammer-bayern.de

Finanzgruppe

Bayerische Energieversorger:

Immer weniger Stromerzeugung

Neue Erzeugungsstruktur schafft neue Verantwortlichkeiten bei Verteilernetzbetreibern und Einspeisern

Die für die öffentliche Stromversorgung zuständigen Energieversorgungsunternehmen in Bayern haben 2017 gegenüber 2007 um rund 30 Prozent weniger Strom erzeugt. Gegenüber dem Jahr 2016 hat sich die Stromerzeugung aus bayerischen Kraftwerken erstmals vorübergehend stabilisiert. Aber schon für das Jahr 2018 ist ein weiterer deutlicher Rückgang der eigenen Stromerzeugung durch die erfolgte Außerbetriebnahme des Kernkraftwerkes Gundremmingen Block B zum 31.12.2017 zu erwarten.

Insbesondere die Erdgas-kraftwerke konnten in 2017 auf niedrigem Niveau im Vergleich zu den Vorjahren wieder etwas zulegen. „Dies unterstreicht die wachsende Bedeutung der Stromerzeugung aus Erdgas, aber auch aus Wasserkraft in den nächsten Jahren für unser Bundesland, denn diese garantieren unsere Versorgung immer dann, wenn der Strom aus Sonne und Wind wetter- und tageszeitbedingt eine Pause einlegen. Stromspeicher stehen uns im bedeutsamen Umfang nach wie vor nicht zur Verfügung.“ sagte Wolfgang Brandl, Vorstandsvorsitzender des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW.

Im Jahr 2007 haben die Kraftwerke der allgemeinen Versorgung noch rund 74.140 Millionen kWh Strom erzeugt. Im Jahr 2017 waren es nach der Erhebung des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung noch rund 51.993 Millionen kWh. Maßgeblich für diese Entwicklung sind das Abschalten der Kernkraftwerke Isar 1 im Jahr 2011 und Grafenrheinfeld im Jahr 2015 sowie der Rückgang der Stromerzeugung aus Erdgas insbesondere in den Jahren 2012 bis 2014.

Bei der Stromerzeugung der weiteren Energieträger ist die Wasserkraft besonders beachtenswert. Im Vergleich zum zuletzt sehr ordentlichen Wasserkraftjahr 2013 erzeugten die bayerischen Wasserkraftwerke 2017 aufgrund des wiederum eher unterdurchschnittlichen Wasserdargebotes mit rund 10.951 Millionen kWh rund 800 Millionen kWh weniger Strom als in 2013. Zum Stromverbrauch in 2017 liegen noch keine amtlichen statistischen Zahlen vor. Er ist in Bayern in den letzten Jahren in etwa konstant geblieben und liegt derzeit nach VBEW-Schätzung bei rund 80.000 Millionen kWh. Die „fehlenden“ Strommengen durch die Energieversorger werden beispielsweise von Landwirten und Bürgern mit Biogas- und Photovoltaikanlagen in das lokale und regionale Stromnetz eingespeist oder aus anderen Ländern über Stromleitungen importiert. Zudem wird auch immer mehr Strom von der Industrie, dem Gewerbe und den privaten Haushalten selbst erzeugt und gleich vor Ort verbraucht. Die genaue statistische Erfassung dieser Strommengen gestaltet sich zunehmend als schwierig.

Für die nächsten Jahre erwartet der VBEW wieder moderat ansteigende Stromverbräuche in Bayern. Grund dafür sind der Bevölkerungszuwachs, die positive Entwicklung bei der Konjunktur sowie das Vordringen der Elektrizität in die Verbrauchssektoren Mobilität über Elektroautos und in die Wärmebereitstellung über Wärmepumpen.

Spätestens bis Ende 2022 gehen mit dem Kernkraftwerken Gundremmingen Block C (2021) und Isar 2 (2022) weitere rund 2.700.000 kW Leistung vom Netz und erzeugen unter

Berücksichtigung des bereits in 2017 stillgelegten Block B in Gundremmingen jährlich rund 30.000 Millionen kWh weniger Strom. Dann haben die bayerischen Elektrizitätserzeuger innerhalb von 15 Jahren rund zwei Drittel ihrer angestammten Stromproduktion verloren. „Es wird von allen großen Anstrengungen erfordern, diese Lücke unter Aufrechterhaltung von Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und Umweltfreundlichkeit schließen zu können. Wer dabei nur auf heimische Sonne, Wind und Biomasse setzt, gibt sich einer Illusion hin und wird dieses Zieldreieck deutlichst verfehlen“, sagte Wolfgang Brandl.

Strom selbst erzeugen heißt auch Verantwortung für Andere übernehmen

Die Sicherstellung der Stromversorgung eines hochentwickelten Landes mit einer leistungsfähigen Industrie- und Dienstleistungsstruktur wie in Bayern zu jeder Zeit ist vor allem eine komplexe technische Aufgabe, die ein hohes Maß an Expertenwissen und eine jederzeit verfügbare Technik voraussetzt.

„Lag die Verantwortung für eine sichere Stromversorgung früher auf den wenigen Schultern der großen Kraftwerksbetreiber, so erzeugen jetzt in Bayern auch mehrere 100.000 Bürger ebenfalls Strom für die Allgemeinheit. Diese Anlagen speisen in die Verteilernetze unserer Mitgliedsunternehmen ein und von dort wird der Strom zu den Verbrauchern geleitet. Die Verteilernetzbetreiber sind regelrechte Energiewendemanager geworden. Das ist eine spannende Aufgabe. Zunehmend wird auch den privaten Stromeinspeisern klar, dass sie damit eine Verantwortung für das Gesamtsystem übernommen haben“, resümierte Wolfgang Brandl.

Zuwachs für Ladeverbund Franken+

Der Ladeverbund Franken+ darf sich über sein 50. Mitglied, die Stadtwerke Bayreuth, freuen. Laut Markus Rützel, Geschäftsführer der solid GmbH und Koordinator des Ladeverbund Franken+, „zeigt dies, dass Elektromobilität und die dazugehörige Ladeinfrastruktur eine wichtige Rolle in den Planungen von Stadtwerken spielen. Sie setzen dabei bewusst nicht auf Alleingänge, sondern auf Kooperationen.“

Der Ladeverbund Franken+ wird durch die solid GmbH koordiniert und wurde 2012 durch die N-ERGIE Aktiengesellschaft, die infra fürth gmbh, die Stadtwerke Ansbach und die Stadtwerke Schwabach gegründet. Das gemeinsame Ziel ist, eine einheitliche und flächendeckende Ladeinfrastruktur aufzubauen.

Zugang per SMS

Der Zugang zu den Ladesäulen des Ladeverbunds Franken+ erfolgt per SMS. Kunden von Strom-Anbietern des Ladeverbunds können nach einmaliger Registrierung von einem ermäßigten Tarif beim Laden mit SMS-Zugang im gesamten Gebiet der



Ministerialdirigent Rudolf Escheu, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (I.), gemeinsam mit Dr. Rainer Seßner, Geschäftsführer von Bayern Innovativ.

Energienutzungspläne werden digital

StMWi lässt interaktiven Leitfadens mit Ausschreibungshilfe für die Erstellung von Energienutzungsplänen („ENPonline“) entwickeln

Mitte Mai unterzeichneten das Bayerische Wirtschaftsministerium und die Bayern Innovativ Gesellschaft für Innovation und Wissenstransfer mbH einen Vertrag zur Erarbeitung eines interaktiven Online-Leitfadens mit Ausschreibungshilfe für die Erstellung von Energienutzungsplänen – „ENPonline“. Bayern Innovativ ist hierfür eine Kooperation mit dem Institut für Energieinformatik an der Ostbayerischen technischen Hochschule Amberg-Weiden eingegangen.

Die Entwicklung wird bis Mitte 2019 erfolgen, anschließend beginnt eine etwa gleichlange Erprobungsphase bis spätestens Ende 2021. Mit „ENPonline“ kann die Vergabe von Energienutzungsplänen deutlich vereinfacht werden. Das Bayerische Wirtschaftsministerium verspricht sich dann auch eine Qualitätssteigerung der Energienutzungspläne.

Energienutzungspläne helfen Kommunen bei der Umsetzung einer nachhaltigen Energieerzeugungs- und Energieversorgungsstruktur und eignet sich besonders für Maßnahmen wie Energieverbände, den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung oder der energetischen Sanierung ganzer Ortsteile. Er umfasst für jede Kommune zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme der vorhandenen Energieinfrastruktur mit einer detaillierten Energie- und CO₂-Bilanz in den Bereichen Strom und Wärme. Anschließend erfolgt eine standortspezifische Potentialanalyse zum Ausbau erneuerbarer Energieträger sowie der Energieeinsparmöglichkeiten bei den Haushalten und dem Gewerbe sowie ein Maßnahmenkatalog zu weiteren Umsetzungen, aus dem die Kommune Projekte auswählen kann, die dann einer detaillierten technischen und wirtschaftlichen Prüfung unterzogen werden.

Der Online-Leitfaden mobilisiert zum Teil ganz erhebliche

Energieeinsparpotentiale bei den Kommunen und unterstützt die Zielerreichung der Klimaziele. Die zentralen Ansatzpunkte sind der Ausbau der erneuerbaren Energien oder auch wirtschaftlich darstellbare Sektorkopplungsprojekte und flächendeckende Maßnahmen zur Energieeffizienz.

Im November 2017 wurde der erste digitale Energienutzungsplan für den Landkreis Berchtesgaden vorgestellt. Nach diesem Vorbild soll künftig für Bayern zentral und nutzenorientiert die Daten- und Planungsgrundlage durch das Bayerische Wirtschaftsministerium bereitgestellt werden. ENPonline wird eine flächendeckende und objektscharfe Darstellung nach einheitlichen Qualitätsstandards ermöglichen.

Initiative des Gemeindetags

Der Bayerische Gemeindetag hat schon bisher seinen Mitgliedern empfohlen, einen Energienutzungsplan aufzustellen. Bereits 2012 hatte der Gemeindetag eine Arbeitsgemeinschaft mit der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden und dem Bayernwerk ins Leben gerufen mit dem Ziel, für die Bearbeitung von Energienutzungsplänen Qualitätsstandards zu formulieren. Erfreulicherweise stieß die Initiative des Gemeindetages auf großes Interesse. Waren es zunächst vier Gründungsorganisationen, so lag die Zahl schnell bei 14 Mitgliedern. Hinzugekommen waren Hochschulen, Energieagenturen und renommierte Planungsbüros, die alle dankenswerterweise eine wichtige Vorarbeit für die Qualitätssteigerung der ENP geleistet haben.

Der Auslöser für diese Vorarbeit war eine Analyse der Hochschule Landshut bei Kommunen, die bereits einen Energienutzungsplan aufgestellt hatten. Bei genauerem Hinsehen fielen nicht unwichtige Defizite auf. So fehlten beispielsweise Wärmekataster. Diese sind aber die Grundlage für jede weitere Analyse des thermischen Energiebedarfs sowie entsprechender neuer Energieversorgungskonzepte. Auch die anschauliche Abbildung der Ergebnisse des ENP in Form von Karten ließ zu wünschen übrig.

Mit der Förderung von Energiekonzepten und kommunalen Energienutzungsplänen leistet das Bayerische Wirtschaftsministerium bereits seit Jahren einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Energieeffizienz bei Unternehmen und Kommunen. Unternehmen wie Kommunen brauchen einen einfachen Zugang zu den Förderprogrammen und strukturierte Planungshilfen. Dies soll der Online-Leitfaden künftig bieten.

Bankenverband:

Kritik an EU-Kommission und EU-Rat

Die Europäische Kommission hat ein Konzept für die Verbriefung von Staatsanleihen vorgestellt. Damit sollen jene Risiken im europäischen Bankensektor reduziert werden, die durch eine enge Verbindung von Staaten und Banken entstehen. Laut Christian Ossig, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes, ist das Bemühen der EU-Kommission, die enge Bindung zwischen Banken und den jeweils nationalen Staatsfinanzen aufzubrechen, richtig. Dieser sogenannte Banken-Staaten-Nexus sei eines der zahlreichen Hindernisse für einen echten Finanzbinnenmarkt in Europa. Eine wichtige Funktion der Finanzmärkte – die effiziente Risikostreuung – sei dadurch auch innerhalb der Währungsunion stark beeinträchtigt.

„Das von der EU-Kommission nun vorgelegte Sovereign-Bond-backed-Securities-Konzept (SBBS) überzeugt aber nur in der Theorie. In der Praxis könnte es sogar zu einer zusätzlichen Zersplitterung des europäischen Kapitalmarktes kommen“, erklärte Ossig. So sei offen, ob die nicht verbrieften Staatsanleihen vor allem der höher verschuldeten Eurostaaten dann noch auf eine hinreichende Nachfrage stoßen. Außerdem könnte in turbulenten Marktphasen die Nachfrage nach den stärker risikobehafteten Tranchen der SBBS einbrechen. In solchen Situationen stehe zu befürchten, dass das Konzept ‚politisch‘ nachgesteuert und eine gemeinschaftliche Haftung eingeführt werde.

Blick auf neue Wertpapiere

Ein weiterer kritischer Punkt ist aus Ossigs Sicht die regulatorische Behandlung der neuen Wertpapiere. Damit das SBBS-Konzept überhaupt Marktchancen hat, seien für diese Papiere regulatorische Vergünstigungen vorgesehen. Wolle man Investoren überzeugen, die etwas höhere Komplexität der Verbriefungsstruktur der SBBS gegenüber einer reinen Staatsanleihe zu akzeptieren, müssten SBBS aufsichtsrechtlich sogar bessergestellt werden als Staatsanleihen. Der regulatorische Rahmen werde dadurch allerdings nicht übersichtlicher.

Aktionsplan für mehr Nachhaltigkeit

Im Zuge ihres Aktionsplanes für mehr Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft hat die Europäische Kommission darüber hinaus erste konkrete Vorschläge präsentiert. Die Marktdynamik im Segment Sustainable Finance ist Ossig zufolge schon heute hoch. Die Banken nutzen bereits die Chancen, die der Aktionsplan umreißt. Die richtige Reihenfolge bei der Umsetzung des Plans sei jedoch entscheidend, um den Markt weiter wachsen zu lassen. An erster Stelle stehe die Ausarbeitung der Taxonomie, dann sollte eine empirische Bestandsaufnahme erfolgen und erst im dritten Schritt gegebenenfalls konkrete Regulierungsmaßnahmen.

Bankenregulierung

Mit der kürzlich beschlossenen allgemeinen Ausrichtung des EU-Rates zum sogenannten „Bankenpaket“ (CRR II/CRD V) sollen zum einen die Eigenkapitalvorschriften geschärft werden. Zum anderen wird die Bankenregulierung stärker an der Größe und Komplexität der Kreditinstitute ausgerichtet.

Ein weiterer Baustein sind die ebenfalls beschlossenen Änderungen an der EU-Bankenabwicklungsrichtlinie und an der Verordnung zum einheitlichen Abwicklungsmechanismus. Hierbei geht es insbesondere um die Umsetzung der internationalen Empfehlungen zur Verlustabsorptionsfähigkeit in europäisches Recht sowie deren Harmonisierung mit den Min-

destanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten.

Baseler Markttrisikoregeln

Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) hält die in der CRR II nun vorgesehene Umsetzung der neuen Baseler Markttrisikoregeln (Fundamental Review of the Trading Book – FRTB) für nicht zielführend. Die allgemeine Ausrichtung schreibe eine Meldepflicht ab Anfang 2020 vor und verkürze damit die Implementierungsfristen in der EU drastisch. Dies führe zu vielfach verschärften Anforderungen, denn auch eine Meldung erfordere eine vollständige Umsetzung aller Anforderungen und ziehe umfangreiche Anpassungen an der IT nach sich.

Gerade aufgrund der sich abzeichnenden Anpassungen und Verschiebungen auf Baseler Ebene setzt sich die DK dafür ein, die FRTB-Anforderungen und die damit unmittelbar und untrennbar verbundene Reportingpflicht nicht in der CRR II umzusetzen. Eine Erstanwendung kann frühestens im Gleichlauf zu den Baseler Anpassungen beginnen, nach derzeitigem Stand ab 2022.

Einheitlichen EU-Binnenmarkt stärken

Bedauerlicherweise konnte sich der Rat laut Bankenverband nicht dazu durchringen, den einheitlichen Binnenmarkt in der EU zu stärken, indem er grenzüberschreitende Waiver erlaubt. Stattdessen falle er deutlich hinter die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Regeln zurück.

Mit der nun in der CRR II festgesetzten Bilanzsummengrenze zur Definition „kleiner, wenig komplexer Institute“ in Höhe von 5 Milliarden Euro gehe der Rat erfreulicher Weise deutlich über die ursprünglichen Vorschläge der EU-Kommission aus November 2016 hinaus. Der Kommissionsvorschlag sah noch eine Grenze von 1,5 Milliarden Euro vor.

Zudem müssten Institute, um als „klein und wenig komplex“ zu gelten, diverse zusätzliche Kriterien kumulativ erfüllen, wie unter anderem eine geringe Nutzung von Derivaten und Handelsbuchaktivitäten und keine internen Modelle. Je nach Risikogehalt der Geschäfte können eine Vielzahl von Genossenschaftsbanken, Sparkassen und kleineren Privatbanken von administrativen Entlastungen in den Bereichen Offenlegung und Meldewesen befreit werden.

Guter Kompromiss

Da sich die Kreditwirtschaft stets für mehr Proportionalität in der Bankenregulierung stark gemacht hat, stellt der Kompromiss aus Sicht des Bankenverbandes eine gute Ausgangslage für die im zweiten Halbjahr 2018 anstehenden Trilog-Verhandlungen dar. Allerdings sei dies kein Grund zum Ausruhen – das Ziel einer proportionalen Bankenregulierung sei noch nicht erreicht.

DK

Energietage 2018 in Berlin:

Mehr Tempo in der Energiewende!

Einen umfassenden Rundblick über Energiewende und Klimaschutz gaben die diesjährigen Energietage in Berlin. Mehr als 350 Referenten diskutierten in 57 Einzelkongressen, Podien und Workshops Rahmenbedingungen und aktuelle Trends.

Zum Auftakt der Berliner Energietage forderte Bundesumweltministerin Svenja Schulze in ihrem Grußwort mehr Tempo beim Klimaschutz. Nach ihren Worten ist Energieeffizienz ein Schlüssel zum Erfolg. „Jede Kilowattstunde, die wir einsparen, führt zu weniger CO₂-Ausstoß und muss nicht durch erneuerbare Energie erzeugt werden. Das gilt für die großtechnische Nutzung von Abwärme in der Industrie genauso wie für das energetisch sanierte Gebäude bis hin zum Energiesparen in den eigenen vier Wänden.“

Weichen für echte Marktperspektive stellen

Es ist an der Zeit, schrittweise die Weichen für eine echte Marktperspektive zu stellen und den Erneuerbaren die Verantwortung für die Versorgungssicherheit zu übertragen. Mit einer direkten Versorgung in Echtzeit beliefern Erneuerbare sektorübergreifend Industrie, Gewerbe und Haushalte. So schaffen es Großstädte wie Berlin, sich schrittweise zu dekarbonisieren. Diese Perspektiven präsentierte Björn Spiegel von ARGE Netz. Er wies darauf hin, dass die Erneuerbaren im ersten Quartal 2018 bereits einen Anteil von 40 Prozent erreicht haben. Großstädte können hierbei Vorreiter für die Energiewende werden.

Um diese Potenziale zu nutzen, bedarf es dringend eines klaren Marktrahmens, sprich eines Marktdesigns für Echtzeit-Energiewirtschaft und der Möglichkeit, EE-Direktlieferverträge mit der Industrie zu schließen. Dr. Jürgen Varnhorn von der Berliner Senatsverwaltung unterstrich die Bedeutung der Digitalisierung im Energiesystem, auf deren Basis Erzeugung und Verbrauch in Echtzeit zusammengebracht werden könnten. Wie Ralf Höper, ARGE Netz Energie, darlegte, seien digitale Lösungen für die Systemverantwortung durch das Erneuerbare Kraftwerk vorhanden und die Erneuerbaren könnten sicher geliefert werden.

Fachforum Solarthermie

Im Fachforum Solarthermie stellte Tanja Loitz von co2online die Erkenntnisse aus einem umfangreichen Praxistest vor. Ein zentrales Ergebnis: Ein Großteil der Solaranlagen schöpft ihr Potenzial bei weitem nicht aus. Auch die im Anschluss präsentierten Resultate aus 1.800 Solarwärme-Checks der Verbraucherzentrale zeigten auf, dass viele Anlagen hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben. Axel Horn vom Ingenieurbüro solar energie information erläuterte, wie die Digitalisierung neue Chancen für die Solarthermie eröffnen kann.

Gemeinsam mit Praktikern aus Schweden, Dänemark und deutschen Metropolen diskutierte E.ON über innovative Technologien zur Umsetzung der Energiewende in der Stadt und stellte Best-Practice-Beispiele vor. Die Projekte zeigen, dass, egal ob Malmö oder München, städtische Quartiere schon heute in der Praxis abbilden, was morgen in der Breite entlang der planarischen Leitplanken Dezentralisierung, Dekarbonisierung und Digitalisierung umgesetzt wer-

den soll. Nirgendwo sonst ist das Potenzial für intelligente Sektorenkoppelung vergleichbar groß wie im städtisch verdichteten Raum, waren sich die Experten einig.

CO₂-Bepreisung

Eine CO₂-Bepreisung könnte ein kosteneffizientes Instrument zur Reduktion der CO₂-Emissionen sein, wenn sie in ein länder- und sektorenübergreifendes System eingebettet ist. Zu diesem Schluss kam ein bei den Energietagen vorgestelltes Gutachten des IW Köln im Auftrag des ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss, Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Für den Gebäudesektor könnte sich durch ein System der CO₂-Bepreisung die Chance bieten, Preissignale stärker an CO₂-Emissionen auszurichten.

„Innovationen für mehr Klimaschutz, Öl weiter denken“: Mit diesem Titel ging die Veranstaltung des Instituts für Wärme und Oeltechnik (IWO) bei den Energietagen an den Start. Rund 100 Teilnehmer diskutierten das Potenzial treibhausgasneutraler Energieträger gemeinsam mit verschiedenen Podiumsteilnehmern.

Optionen für die Energiewende

Eine öffentliche Diskussion zu Optionen für die nächste Phase der Energiewende veranstaltete das Deutsche GeoForschungszentrum GFZ. Prof. Christoph M. Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (die fünf „Wirtschaftsweisen“) erläuterte in seinem Impulsvortrag die Notwendigkeit eines einheitlichen Preises für Kohlendioxid-Emissionen, gleichsam als Vergleichsmaßstab oder Wechselkurs. Nur dadurch sei das Kernziel, eine globale Reduktion von Kohlendioxid, zu erreichen.

Bereits zum 6. Mal vergab das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit im Rahmen der Berliner Energietage den „Deutschen Kältepreis“. Ausgezeichnet wurden zukunftsstrahlende Entwicklungen im Bereich Kälte- und Klimatechnik, die Klimaschutz und Energiewende vorantreiben. In der Kategorie „Intelligentes Monitoring von Kälte- und Klimaanlage“ belegte dabei die Daikin Airconditioning Germany GmbH (Unterhaching) mit der Gemeinschaftsentwicklung WebDiagnose, einem Fern- und Selbstdiagnose-Tool, den 3. Platz.

Unterhachinger Produktidee

Die Produktidee basiert auf der Beobachtung aktueller Herausforderungen im Markt, wie dem Fachkräftemangel sowie hohen Effizienz- und Umweltaforderungen. Mit Hilfe der WebDiagnose können Installations- und Wartungsmängel frühzeitig erkannt und Fehler sofort behoben werden.

Die permanente Dichtheitskontrolle erkennt beispielsweise Leckagen und verhindert damit übermäßigen Kältemittelaustritt. Die WebDiagnose ermöglicht so ein optimales Laufverhalten, führt zu geringerem Stromverbrauch und weniger CO₂-Emissionen. **DK**

Länder wollen Stromnetz optimal auslasten

Die Energiewende fordert nicht nur einen Ausbau des Stromnetzes, sondern auch eine bessere Auslastung der bestehenden Netzstruktur. Das ist der Tenor einer Entschließung, die der Bundesrat kürzlich beschlossen hat.

Die zunehmende Anzahl von dezentralen Erneuerbaren-Energie-Anlagen verändere die Planung und den Betrieb der Übertragungsnetze erheblich, meint der Bundesrat. Die historisch gewachsene Netzstruktur werde den Erzeugungsschwerpunkten nicht mehr gerecht.

Ein schnellstmöglicher Netzausbau sei deshalb dringend erforderlich. Um bis dahin den weiteren Zubau von Erneuerbaren-Energie-Anlagen bei zugleich begrenzten Kosten für die Netzstabilisierung zu ermöglichen, müsse das Bestandsnetz optimal genutzt werden.

Als mögliche Maßnahmen bezeichneten die Länder den Einsatz von Freileitungsmonitoring und Hochtemperaturleiterseilen. Deren Verwendung könne kurzfristig dazu beitragen, die Übertragungskapazitäten von Bestandsleitungen signifikant zu erhöhen. Die Bundesregierung solle deshalb gemeinsam mit den Netzübertragungsbetreibern geeignete Trassen für den Einsatz dieser Technologien identifizieren und dafür sorgen, dass sie zeitnah zur Anwendung kommen.

Darüber hinaus verweist der Bundesrat auf Querregeltransformatoren. Auch sie könnten für Entlastung sorgen. Er appelliert daher an die Bundesregierung, gemeinsam mit den Übertragungsnetzbetreibern die Einsatzmöglichkeiten sowie das Entlastungspotenzial von lastflusssteuernden Elementen unverzüglich zu prüfen. Auch das Auslastungsmonitoring hält er für ein geeignetes Instrument zur Optimierung der Stromnetze. Damit ließe sich die Übertragungskapazität von engpassbildenden Teilstrecken um bis zu 50 % erhöhen. Die Entschließung wird nun an die Bundesregierung weitergeleitet. □

Datenbank für solare Gebäude gestartet

Solargeneratoren tragen bei immer mehr Neubauten und sanierten Gebäuden einen bedeutenden Teil zur Stromversorgung bei. Verbesserte Speichermöglichkeiten für Solarstrom sowie die sinkenden Kosten für Solarsysteme verstärken diesen Trend weiter. So stieg in Europa der Zubau von Photovoltaikanlagen zwischen 2016 und 2017 um 28 %. Vielversprechend ist der Markt für bauwerkintegrierte Photovoltaik (BIPV). Schätzungen zufolge könnte er in Europa im Jahr 2020 bereits über 5 Mrd. Euro erreichen.

Ein umfassender Überblick über die große Vielfalt an Gebäuden mit PV-Anlagen bietet das neue Webportal www.solargage.eu. Das B2B-Portal für solare Architektur ging anlässlich des BIPV-Forums in Bad Staffelstein an den Start. Architekten, Gebäudeplaner, Bauherren und die Immobilienwirtschaft können sich hier über neue Solarprodukte und beispielhafte Referenzobjekte der solaren Architektur informieren.

Im Mittelpunkt des Angebots steht eine Datenbank zu weltweit realisierten Beispielgebäuden aller Art mit Aufdachgeneratoren, Indachsystemen oder Solarfassaden. Zum Start des Webportals waren rund 50 Gebäude eingestellt. Jedes Gebäude wird mit einer Kurzbeschreibung und einem ausführlichen

Dossier vorgestellt. Die Datenbank wird wöchentlich erweitert und ergänzt.

Umfangreiche Dossiers

Neben den Beispielgebäuden bietet das Portal den B2B-Zielgruppen auch eine Datenbank für Solarprodukte, in der bereits 320 Einträge vorhanden sind und die permanent gepflegt und weiterentwickelt wird.

Umfangreiche Dossiers zu integrierten Solargeneratoren, Blitzschutz, Brandschutz und Stromverbrauch im Gebäude ergänzen das Angebot.

Außerdem erhalten die Abonnenten zahlreiche Tipps, Hinweise, Planungstools und Checklisten. Der Branchendienst bietet seine Fachinformationen auf Deutsch und Englisch. □

LEW

LECH REPORTER

Was verbindet Memmingen und chinesische Schiffsfahrer?

... Und wieso muss dabei die Internet-Infrastruktur von LEW TelNet besonders sicher sein?

▶ Videos auf www.lechreporter.de

20-jähriges Jubiläum der Bundesnetzagentur:

Von Staatsmonopolen zu effizienten Dienstleistern

Mit einem Festakt in Bonn hat die Bundesnetzagentur ihr 20-jähriges Bestehen gefeiert. Die Veranstaltung, zu der Vertreter aus Politik und Wirtschaft geladen waren, stand unter dem Motto „20 Jahre Verantwortung für Netze“. Festrednerin war Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

1998 wurde die Regulierungsbehörde im Zuge der Liberalisierung der Post- und Telekommunikationsmärkte gegründet. Sie sorgte für Wettbewerb auf diesen Märkten und übernahm hoheitliche Aufgaben wie die Frequenz- und Nummernvergabe oder die Funkstörungsbearbeitung. 2005 erfolgte die Umbenennung in Bundesnetzagentur. Zu den bisherigen Aufgaben gesellte sich die Regulierung der Strom- und Gasmärkte. 2006 wurde der Aufgabenbereich um die Regulierung der Eisenbahn erweitert. Als Folge der Energiewende erhielt die Bundesnetzagentur ab 2011 außerdem die Verantwortung für die Genehmigung von Stromnetzen und übernahm Aufgaben bei der Stromversorgungssicherheit.

Verantwortung für lebenswichtige Netze

Wie Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur, betonte, „sind wir heute die wichtigste Infrastrukturbehörde in Deutschland. Wir feiern 20 Jahre Verantwortung für lebenswichtige Netze. Der Wettbewerb ist dabei der Motor.“ Mit der politischen Entscheidung für die Energiewende stehe der Energiesektor vor seiner

größten Herausforderung. „In diesem komplexen Spannungsfeld sorgen wir dafür, dass das Gesamtsystem funktioniert“, so Homann.

„Eine völlig neue Aufgabe für uns ist die Genehmigung der Stromleitungen. Das zeigt, wie dynamisch sich unser Haus weiterentwickelt hat. Beim Netzausbau betreten wir auch kommunikativ Neuland. Wir sprechen direkt mit Anwohnern, Zivilgesellschaft und Kommunen, erklären die Notwendigkeit für Stromleitungen und entscheiden am Ende über ihren Verlauf“, ergänzte Homann.

Ausbau der Gigabitnetze

Bundeskanzlerin Angela Merkel mahnte in ihrer Festrede zur Eile - vor allem beim Ausbau flächendeckender Gigabitnetze. Die Bundesnetzagentur solle sich um die Weiterentwicklung kümmern. Seit 20 Jahren sei sie für fairen Wettbewerb in den Bereichen Strom, Gas, Schienenverkehr und Internet verantwortlich.

„Leistungsfähige Infrastrukturen bestimmen auch die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts“, hob Merkel hervor. Eile sei deshalb gerade beim Breitbandausbau geboten. Im Koalitionsvertrag sei vereinbart,

bis 2025 gigabitfähige flächendeckende Netze in Deutschland zu errichten. Das sogenannte Echtzeitinternet im 5G-Netz stehe bereits in den Startlöchern.

Dabei sei es Aufgabe der Bundesnetzagentur, Voraussetzungen für eine moderne, verlässliche

Bundesverband Geothermie:

Bayerische Fortschritte

Neuigkeiten aus Thalkirchen, Tittmoning und Garching vermeldet der Bundesverband Geothermie: So entsteht nach seinen Angaben am Heizkraftwerk Süd in Thalkirchen nicht nur die stärkste Geothermieanlage Münchens: Sie wird sogar die bislang größte Geothermieanlage Deutschlands. Mit einer Leistung von 50 Megawatt soll sie ab dem Jahr 2020 Ökowärme für 80.000 Münchner liefern.

Die Arbeiten an den sechs Bohrlöchern haben begonnen. Auf der Baustelle wird rund um die Uhr gearbeitet. Der mit Industriediamanten bestückte Bohrkopf wird sich in den kommenden Monaten wiederholt in Tiefen bis zu 3.100 Metern vorarbeiten.

Ökowärme für 80.000 Münchner Bürger

Für die neue Geothermieanlage werden von einem Bohrplatz aus insgesamt sechs Bohrungen sternförmig in eine Tiefe von 2.800 bis 3.100 Metern „abgeteuft“. Nach 900 Metern werden diese horizontal abgelenkt. Ziel ist es, dass Förder- und Injektionsbohrung im Tiefengrundwasserleiter mehr als

1.200 Meter auseinanderliegen. Durch diese Distanz wird verhindert, dass es zum sogenannten hydraulischen Kurzschluss kommt, also das in den Untergrund zurückgeleitete, abgekühlte Wasser erneut über die Förderbohrung gehoben wird.

Aufbruch verkrusteter Strukturen

Der Bundesnetzagentur ist es aus ihrer Sicht zu verdan-

ken, dass man in Deutschland von Staatsmonopolen zu Wettbewerb gekommen sei. Heute wüssten Verbraucher die vielen Telekommunikationsdienstleistungen oder auch die Auswahl an Strom- und Gasanbietern zu schätzen. Die Kanzlerin unterstrich, dass mit Hilfe der Behörde aus Staatsunternehmen mit teils verkrusteten Strukturen effiziente Dienstleister geworden seien.

Ausgezeichneter Ruf

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier würdigte seinerseits die Rolle der BNetzA, die täglich hervorragende Arbeit leistet und sich in den 20 Jahren ihres Bestehens national wie international einen ausgezeichneten Ruf erarbeitet habe. „Die Bundesnetzagentur hat erfolgreich dazu beigetragen, dass sich der

Wettbewerb bei den Netzen im Telekommunikations-, Post- und Energiebereich entwickelt hat.“ Gerade dies stärke die Verbraucher täglich.

Kernaufgabe

Beim Ausbau der Stromnetze stehe die Bundesnetzagentur vor einer großen Herausforderung. Die Bundesnetzagentur sei Genehmigungsbehörde für die großen Stromtrassen von Nord nach Süd, womit sie eine der Kernaufgaben der Energiewende innehat. Bei dieser Aufgabe müssten Bund, Länder, Kommunen und alle Beteiligten noch schneller werden. „Wir werden der Bundesnetzagentur schlagkräftigere Instrumente an die Hand geben. Noch vor der Sommerpause werden wir hierzu konkrete Vorschläge vorlegen“, unterstrich Altmaier. **DK**

Energieausweise neu beantragen

Energiesparendes Bauen ist in Deutschland längst Standard. Die Energieeinsparverordnung (EnEV) legt dazu energetische Mindestanforderungen an das Gebäude fest, vor allem hinsichtlich der Wärmedämmung sowie der Heizungs- und Klimatechnik.

Bereits seit Juli 2008 müssen Eigentümer interessierten Käufern und neuen Mietern den Energieausweis der Immobilie vorlegen. Hausbesitzer aufgepasst: Energieausweise, die im Jahr 2008 für bis 1966 errichtete Wohngebäude ausgeben wurden, verlieren in diesem Jahr nach zehn Jahren ihre Gültigkeit. Eigentümer solcher Immobilien müssen daher einen neuen Ausweis beantragen, wenn sie in Zukunft vermieten, verkaufen oder verpachten möchten. Dazu können sie sich an einen qualifizierten Energieberater wenden.

Unter www.energie-effizienz-experten.de stellt etwa die Deutsche Energie-Agentur eine Liste mit Beratern zur Verfügung. Gebäude mit Baujahr nach 1966 benötigen ab 2019 einen neuen Energieausweis, da er erst ab 2009 verpflichtend wurde. **□**

Wasserschutz mit Biogas

Fachverband Biogas startete Informationsoffensive zu gewässerschonender Betriebsführung

Freising. „Energiepflanzen leisten einen wichtigen Beitrag zum Wasserschutz.“ Auf diesen Zusammenhang weist der Geschäftsführer im Fachverband Biogas, Dr. Stefan Rauh, anlässlich des Weltwassertages hin.

Auf rund 1,5 Millionen Hektar werden in Deutschland Pflanzen für die Vergärung in Biogasanlagen angebaut. Das sind gut zwölf Prozent der zur Verfügung stehenden Ackerfläche. Als Alternative bzw. Ergänzung zum Mais, der aktuell am häufigsten eingesetzten Energiepflanze, werden immer häufiger breite Fruchtfolgen angebaut.

Besonders vorteilhaft für den Boden und damit auch für das Wasser sind dabei mehrjährige Pflanzen. Aufgrund ihrer tiefen Durchwurzelung und der dauerhaften Bodenbedeckung wird sowohl die oberflächliche Erosion vermieden und damit Seen und Flüsse geschützt als auch die Auswaschung von Nitraten ins Grundwasser verhindert. Die obsoletere Bodenbearbeitung wirkt sich zudem positiv auf Bodenlebewesen wie beispielsweise Regenwürmer aus.

Zu den mehrjährigen Energiepflanzen gehören unter anderem Riesenweizengräser, Wildpflanzenmischungen oder die Durchwachsene Silphie. Letztere hat sich in den letzten Jahren zu einem der Shootingstars unter den Bio-

Geologisches Ziel der Tiefengeothermiebohrung ist der sogenannte Malm in der Südost-Molasse der Bayerischen Voralpen in ca. 3.600 Meter Tiefe. In dieser durchlässigen Gesteinsschicht erwartet Silenos Energy rund 120 °C bis 130 °C warmes Wasser. Pro Tag wird je nach Gesteinsschicht ca. 50 bis 200 Meter in die Tiefe gebohrt. Nach den einzelnen Bohrungen gibt es jeweils eine zweiwöchige Testphase. Mit ersten Ergebnissen wird im Juli gerechnet. **DK**

gas-Pflanzen entwickelt. Die mehrjährige Pflanze wird bis zu zweieinhalb Meter hoch, blüht von Juni bis August leuchtend gelb und wird gerne von Insekten angefliegen. Für die Betreiber von Biogasanlagen besonders interessant ist der mit dem Mais vergleichbare Gasertrag je Hektar. Zudem kann die Durchwachsene Silphie seit diesem Jahr als ökologische Vorrangfläche im Rahmen des Greenings angerechnet werden, weshalb Stefan Rauh mit einem weiteren starken Anstieg der Anbaufläche rechnet. Bereits von 2015 bis 2017 hat sich die Hektarfläche von rund 100 auf knapp 2000 erhöht.

Aber auch einjährige Energiepflanzen wie die Mischkultur Wickroggen, Untersaaten und Zwischenfrüchte verbessern nachweislich die Bodenstruktur und sorgen ebenfalls für eine winterliche Bodenbedeckung. Die lila Blüten der Wicke werden im Mai und Juni gerne von Insekten angefliegen.

„Mit Biogas haben wir die Möglichkeit, die Artenvielfalt auf unseren Feldern zu erhöhen und damit einerseits den Boden und das Wasser zu schützen und darüber hinaus den wildlebenden Tieren und Insekten wertvollen Lebensraum zur Verfügung zu stellen“, fasst Rauh zusammen.

Darüber hinaus startete der Fachverband Biogas im vergangenen Jahr eine Informationsinitiative, mit dem Ziel, die Betreiber für einen gewässerschonenden Betrieb zu sensibilisieren. Diese beinhaltet unter anderem Arbeitshilfen sowie zahlreiche Veranstaltungen zur Umsetzung der neuen Düngeverordnung – häufig in Zusammenarbeit mit den Behörden. **□**



Wir machen Bayern ...

e-mobil

Damit auch Bayerns Regionen Fahrt aufnehmen können, braucht es eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Für Kommunen sind wir der fachkundige Partner: von der Ladesäule über die Wartung bis zur Abrechnung. Sprechen Sie uns bitte an.

www.bayerwerk.de/elektromobilitaet

bayerwerk



An der Staustufe Offingen haben die Projektpartner die ökologische Dammsanierung bereits vor etwa einem Jahr abgeschlossen. Wie auch in Oberelchingen gestaltete BEW hier neue naturnahe Uferstrukturen, legte Inseln an und brachte Wasserbausteine und Totholz ein. Auf diese Weise sind auf den Sedimenten naturnahe Strukturen und damit wertvolle neue Lebensräume für Tiere und Pflanzen entstanden. Unser Bild zeigt (v.l.): Ralf Klocke, Leiter Asset Management BEW; Georgios Stamatelopoulos, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Obere Donau Kraftwerke AG (ODK); Wolfgang Schenk, Bürgermeister von Lauingen; MR Gregor Overhoff, Bayerisches Umweltministerium; Sabine Krätschmer, stellvertretende Landrätin des Landkreises Neu-Ulm; MDirig. Rudolf Escheu, Bayerisches Wirtschaftsministerium; Norbert Schürmann, LEW-Vorstandsmitglied; Markus Ferber, MdEP und Prof. Dr. Frank Pöhler, BEW-Geschäftsführer.

Bild: LEW

Bayerische Elektrizitätswerke schließen Baumaßnahmen in Oberelchingen und Offingen ab:

Öko-Damm für die Donau

Begleitendes Monitoring des Öko-Damms durch Wissenschaft dauert bis 2019
Pilotprojekt INADAR hat europaweiten Vorbildcharakter

Den Hochwasserschutz verbessern und gleichzeitig ökologisch wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen schaffen – das ist das Ziel eines EU-weiten Pilotprojekts der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH (BEW). Dazu hat BEW in den vergangenen zwei Jahren an den Staustufen Offingen und Oberelchingen auf einer Länge von jeweils 500 Metern sogenannte Öko-Bermen eingebaut und damit eine ganz besondere Art der Dammsanierung realisiert. Das Pilotprojekt mit dem Namen INADAR (Innovative approach for dam restoration) wird von der EU im Rahmen des Programms LIFE gefördert und hat Vorbildfunktion für ähnliche Vorhaben in Europa.

Gemeinsam mit dem Europaabgeordneten Markus Ferber und weiteren Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Umwelt hat BEW nun die Baumaßnahmen des Projekts offiziell abgeschlossen. Das begleitende Monitoring wird noch bis 2019 dauern.

Ökologisch orientierte und ökonomisch tragfähige Wasserkraft

„Unser Leitbild ist eine ökologisch orientierte und ökonomisch tragfähige Wasserkraft. Wir wollen die nachhaltige Wasserkraft mit neuen Ideen und Konzepten weiter voranbringen. Entscheidend ist dabei die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Beteiligten – von den Bürgern über Kommunen und Behörden bis hin zu Verbänden und der Wis-

senschaft“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Mit dem Projekt INADAR zeigen wir ein weiteres Mal, dass Naturschutz, Klimaschutz und Wasserkraft gut zusammenpassen. Die Förderung des Projekts durch die EU ist für uns und unsere Projektpartner eine großartige Auszeichnung.“

Schonung der Wälder

Bisher war die Sanierung von Dämmen mit erheblichen Eingriffen in die Natur und langwierigen Genehmigungsverfahren verbunden. Genau hier setzt das Projekt INADAR mit einer innovativen Art der Dammsanierung an: Der Platz für den Hochwasserschutz entsteht dabei nicht auf der Landseite sondern direkt am Ufer. Auf diese Weise werden die angrenzenden Donau-

Auwälder geschont und der Uferbereich gleichzeitig ökologisch aufgewertet.

Die Sanierungsarbeiten gliederten sich im Wesentlichen in zwei Bauabschnitte: In einem ersten – technischen – Schritt wurde der Damm verbreitert beziehungsweise erhöht und auf der Wasserseite mit Wurzelschutzmatten ausgestattet. Die speziellen Matten haben eine Dichtungsfunktion und schützen so die Dämme der Staustufe. Anschließend wurden Kies und Sedimente aufgeschüttet. Im zweiten Schritt hat BEW die ökologischen Maßnahmen in Angriff genommen und die Uferbereiche neu gestaltet. Mit Hilfe von Totholz und Wasserbausteinen entstanden auf den Sedimenten naturnahe Strukturen und damit wertvolle neue Lebensräume für Tiere und Pflanzen.

Innovatives Konzept mit Vorbildcharakter

„Mit dem Förderprogramm LIFE unterstützt die Europäische Union Maßnahmen in den Bereichen Biodiversität, Umwelt- und Klimaschutz. Das Projekt INADAR war 2015 deutschlandweit das einzige LIFE-Projekt aus dem Bereich Umwelt, das bewilligt wurde“, sagt Markus Ferber. „Ich bin stolz, dass wir hier in der Region ein Projekt mit einer solchen Strahlwirkung haben. Das innovative Konzept kann Vorbild für viele ähnliche Vorhaben in Europa sein.“

Tragende Säule der Energiewende

Die Gesamtkosten für die beiden Vorhaben belaufen sich auf rund 1,4 Millionen Euro. Die EU unterstützt den ökologischen Teil des Gesamtprojekts INADAR mit 600.000 Euro. Die restlichen Kosten trägt die Obere Donau Kraftwerke AG, die Eigentümerin der Kraftwerke in Offingen und Oberelchingen.

„Wasserkraft ist eine tragende Säule der Energiewende. Sie ist umweltfreundlich, ressourcenschonend, emissionsfrei und vor allem sicher verfügbar. Die Dämme und Deiche sind darüber hinaus wichtiger Teil des Hochwasserschutzes“, sagt Dr. Georgios

Bild: LEW / Thorsten Franzisi



Wasserkraft und Naturschutz Hand in Hand: Eine Heimat für die Flusseeisbaubei an der Donau schufen BEW und Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Dillingen. Gemeinsam verankerten sie am Stausee Faimingen ein Brutfloß. Die Finanzierung gelang über den Förderfonds des Ökostromprodukts LEW Strom Aqua Natur. Die seltene Vogelart kommt im Vogelschutzgebiet rund um den Stausee bereits vor, allerdings fehlten bislang geeignete Nistplätze. „Positive Auswirkungen auf die Population dieser Vogelart erzielte man mit ähnlichen Brutflößen an Iller, Wertach und Günz“, wusste Peter Kraus, Leiter Kommunalbetreuung bei LEW zu berichten. BEW betreibt an der Donau zwischen Oberelchingen und Donauwörth insgesamt zehn Wasserkraftwerke.

Stamatelopoulos, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Obere Donau Kraftwerke AG (ODK). „Um die Wasserkraft fit für die Zukunft zu machen, sind Projekte wie INADAR ganz entscheidend. Als Eigentümer der Wasserkraftwerke in Oberelchingen und Offingen sind wir stolz, Teil eines so wegweisenden Projekts zu sein und sind deshalb gerne Finanzierungspartner.“

Das Prinzip der Öko-Berme hat sich bereits bewährt. Das zeigen Ergebnisse von Musterstrecken, die BEW bereits bei Leipheim, Günzburg und Offingen gebaut hat. In Günzburg wurde daraufhin auf einer Länge von 800 Metern eine Öko-Berme realisiert, die allerdings nicht Teil des EU-Projektes ist.

Wissenschaftliche Begleitung

Wie konkret die positiven Auswirkungen auf die Umwelt sind, wird ebenso wissenschaftlich untersucht wie die Auswirkungen auf die Dammsstabilität und die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens. Diese Aufgaben übernehmen die Universität Innsbruck und das Aueninstitut Neuburg, die das Projekt bis 2019 begleiten. „Das Monitoring soll den Vorbildcharakter der Maßnahmen unterstreichen. Ziel des Projektes ist schließlich auch, das Verfahren auf vergleichbare Flüsse in Europa zu übertragen und die Genehmigungsverfahren zu vereinfachen“, sagt BEW-Geschäftsführer Prof. Dr. Frank Pöhler. Partner des Projekts sind außerdem die Technische Universität München und der VGB PowerTech e.V. (Fachverband der Strom- und Wärmegeräte).

Die Kraftwerke Oberelchingen und Offingen gehören zu den



Alfred Finnbogason, Stürmerstar des FC Augsburg, ist zuhause in Island mit einem Elektroauto unterwegs. Zum Laden des Fahrzeugs setzt er dabei auf die LEW eBox – eine Ladestation für Elektroautos der Lechwerke. Als einer der ersten hat er dabei einen neuen Service der Lechwerke (LEW) genutzt und seine Ladebox individuell gestaltet: natürlich im FCA-Design! „Unseren Strombedarf in Island decken wir schon jetzt vollständig mit erneuerbaren Energien ab, vor allem aus Erdwärme und Wasserkraft. Da ist Elektromobilität der logische nächste Schritt“, sagt Finnbogason. „Was die Ladetechnik angeht, haben mich die Angebote von LEW am meisten überzeugt.“ Mit einer Ladeleistung von bis zu 11 Kilowatt kann ein Elektrofahrzeug mit der LEW eBox bis zu fünfmal schneller im Vergleich zu einer handelsüblichen Steckdose geladen werden. Weitere Infos unter: www.lew.de/energiezukunft/e-mobility/elektroautos/ladeinfrastruktur/lew-ebox.

Bild: LEW / Christina Bleier

sechs leistungsstarken Donaukraftwerken der Obere Donau Kraftwerke AG (ODK). Die Wasserkraftwerke Oberelchingen, Leipheim, Günzburg, Offingen, Gundelfingen und Faimingen erzeugen jährlich etwa 290 Millionen Kilowattstunden Strom aus erneuerbarer Energie. Mit dieser Menge können etwa 83.000 Haushalte das ganze Jahr über mit elektrischer Energie versorgt werden. Die ODK gehört zu 60 Prozent der Rhein-Main-Donau GmbH (RMD), München, und zu 40 Prozent der Energie Baden-Württemberg AG (EnBW), Stuttgart. Die Wasser-

kraftwerke werden von BEW betrieben und von deren Zentrale in Gersthofen bei Augsburg aus ferngesteuert.

Die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW) ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Augsburger Lechwerke AG. BEW unterhält und betreibt 36 Wasserkraftwerke an Donau, Günz, Iller, Lech und Wertach und gehört damit zu den führenden Wasserkraftwerksbetreibern in Bayern. Das Unternehmen erzeugt jährlich rund eine Milliarde Kilowattstunden Strom aus regenerativer Wasserkraft. □



WIR FÖRDERN OBEN UND UNTEN

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote. Tel. 0800 – 21 24 24 0

www.lfa.de

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Das Stadtquartier der Zukunft

Energieautarke Stadtviertel dank intelligenter Sektorenkoppelung mit ratioplan

Dollnstein. Die Sektorenkopplung ist nicht nur zentraler Baustein, sondern der Schlüssel zur Energiewende. Stark vorangetrieben wird heute bereits vor allem die Kopplung der Sektoren Strom und Wärme: Wärmepumpen gelten als Schlüsseltechnologie für die Integration von erneuerbarem Strom im Niedertemperaturbereich. Sie können überschüssigen Strom sowohl in Nahwärmenetze einspeisen, als auch ihn durch Pufferspeicher für den Haushaltsbedarf nutzbar machen. Doch auch der Sektor Verkehr muss für eine erfolgreiche Energiewende in Zukunft noch stärker forciert werden – mit der ratioplan GmbH aus dem oberbayerischen Dollnstein wird diese Vision schrittweise zur Realität. Das Ziel ist es, ganze Stadtviertel, mit perfekt aufeinander abgestimmten Komponenten, energieautark zu machen und dabei die Synergien der Sektoren Wärme, Strom und Verkehr optimal zu nutzen.

Auf dem Weg zur Energiewende bietet die ratioplan GmbH aus dem oberbayerischen Dollnstein vielseitige Lösungswege. Mit maßgeschneiderten Konzepten für kalte Nahwärmenetze

Strom für Elektroautos bereitstellt und verkauft werden. Dies gelingt beispielsweise mit in die Ladesäulen integrierten Batteriespeichern, die den produzierten Strom aus Photovoltaik-An-

lagen nutzen; so ist der Grundstein für die Kopplung mit dem Mobilitätssektor gelegt.

Ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit

Bei diesem von ratioplan entwickelten Energiekonzept profitieren die Bewohner der versorgten Stadtviertel insbesondere von der ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit. Alle PV-Anlagen, Batteriespeicher etc. befinden sich in Betreiberhand – in den meisten Fällen sind dies die ortsansässigen Stadtwerke – wodurch der Verbraucher einen vergünstigten Strom nutzen kann, der unter marktüblichen Strompreisen liegt. Für Überschüsse oder Defizite in der Erzeugung im gesamten Quartier gibt es einen zentralen Bezugs- und Einspeisepunkt, sodass Strom und Wärme zu jeder Jahreszeit zur Verfügung stehen. Mit der Wärmetrasse wird neben Trinkwasser, Abwasser und Entwässerung auch Strom zu den Verbrauchern verlegt; zudem wird eine Kommunikation zu jedem Abnehmer gewährleistet um dezentrale Wärmepumpen, dezentrale PV-Anlagen und Batteriespeicher intelligent steuern zu können. □



ze konnte das im Jahr 2017 aus gegründete Unternehmen bereits einige Erfolge verzeichnen. Mit Arealnetzkonzepten für ganze Stadtquartiere geht ratioplan folgerichtig einen Schritt weiter und macht die Zukunftsvision Stück für Stück zur Realität: Energieversorgungskonzepte für Mehrgenerationenquartiere verknüpfen die Sektoren Wärme, Strom und Verkehr und sollen ganze Stadtviertel strom- und energieautark machen.

Die Zukunftsvisionen von ratioplan sehen den Aufbau eines eigenen Stromnetzes für ganze Stadtviertel vor sowie die Inbetriebnahme eines kalten Nahwärmenetzes. Für die Konzeption werden verschiedene Komponenten notwendig, die zusammen ein effizientes Zusammenspiel ergeben – darunter beispielsweise Gas-Blockheizkraftwerke für den permanenten Wärme- und Strombedarf der Verbraucher, eine zentrale Luftwärmepumpe zum Heizen und Kühlen, dezentrale Wärmepumpen und Photovoltaik-Anlagen. Auch E-Mobilität soll im Stadtquartier der Zukunft zum Einsatz kommen: An öffentlichen Ladesäulen kann

Bayerngas Energy und BayWa r.e.

Netzwerk für Effizienz und Erneuerbare

Die Bayerngas Energy GmbH und die BayWa r.e. renewable energy GmbH starten zusammen mit 15 teilnehmenden Unternehmen das neue Energieeffizienznetzwerk 4E. Der Netzwerkname 4E steht für „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ und bietet die gesamte Themen-Bandbreite von Energieeinsparungen über effizienten Erdgaseinsatz bis hin zur Installation erneuerbarer Energielösungen für den Eigenverbrauch.

Ziel des neuen Netzwerkes ist es, durch einen intensiven Erfahrungsaustausch zwischen den Partnern kostenoptimiert und nachhaltig CO₂-Einsparungen zu realisieren. Das Programm hat eine Laufzeit von drei Jahren und wird von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (fE) in München moderiert. Auf Basis eines jährlichen Monitorings wird nach Ende der Laufzeit ein Abschlussbericht vorgelegt. Das Netzwerk ist Teil der Bundesinitiative Energieeffizienz-Netzwerke.

BayWa r.e. und die Bayerngas-Gruppe setzen sich für eine kosteneffiziente CO₂-Minde-

schung ein. Die Verbindung zwischen Erneuerbaren Energien, dem Heben von Einsparpotenzialen und der effizienten Nutzung von Erdgas, beschreibt den Weg zu einer effektiven und nachhaltigen Emissionsminderung.

Kosteneffiziente CO₂-Reduktion

„Wir freuen uns sehr, mit dem neuen Erneuerbaren Energien- und Effizienznetzwerk unseren Beitrag zu einer kosteneffizienten CO₂-Reduktion leisten zu können“, sagt Matthias Taft, Vorsitzender der Geschäftsführung von BayWa r.e. und Energievorstand der BayWa AG und betont: „Gemeinsam mit Bayerngas und der fE werden wir die teilnehmenden Unternehmen bei Ihrem Wunsch nach sinkenden CO₂-Emissionen intensiv beraten und unterstützen. Mit unserem integrierten Ansatz zeigen wir ganz bewusst die Möglichkeiten der Erneuerbaren Energien für diesen Bereich auf.“

„Jede vermiedene Tonne CO₂ heute ist wertvoller als jene, die wir in 10 Jahren vermeiden. Jede kosteneffizient vermiedene Tonne CO₂ ist nicht nur nachhaltig ökologisch, sondern stärkt den Wirtschaftsstandort Deutschland. Das Effizienznetzwerk leistet einen Beitrag, Lösungen zu erarbeiten, die dem gerecht werden. Die Partnerschaft von Bayerngas Energy und BayWa r.e. dokumentiert dabei die in diesem Sinne zielführende Partnerschaft von Erneuerbaren Energien und Gas“, sagt Dr. Thomas Rupprich, Geschäftsführer der Bayerngas Energy GmbH.

Die Partner

Die folgenden Unternehmen haben sich bislang für eine Teilnahme am Energieeffizienznetzwerk 4E entschieden: BAYERN OIL



Komfortabel Sonnenstrom tanken.

Bild: ratioplan

Pschierer und Huber:

Umweltpakt Bayern ist starkes Signal

Positiv für Umwelt, Naturschutz und Wirtschaftsstandort Bayern

Der Umweltpakt Bayern ist die erfolgreichste Initiative im Freistaat für mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaft. Diese positive Bilanz zog Umweltminister Dr. Marcel Huber zur Halbzeit des aktuellen Umweltpakt Bayern 2015-2020 – Gemeinsam Umwelt und Wirtschaft stärken.“

„Bayern soll überall blühen. Dieses Ziel wollen wir auch auf den Firmengeländen unserer heimischen Betriebe umsetzen. Deshalb hat der Umweltpakt vor genau zweieinhalb Jahren einen neuen Schwerpunkt Biodiversität bekommen. Bereits einfache Maßnahmen, wie Blühstreifen entlang von Lagerhallen schaffen neue Lebensräume für unsere heimischen Insekten und Tiere.“ Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer betonte anlässlich der Vorstellung der aktuellen Halbzeitbilanz: „Der Umweltpakt dokumentiert wie kein zweites Instrument die Zukunftsverantwortung bayerischer Unternehmen und den engen Schulterschluss zwischen Staat und Wirtschaft. Die freiwilligen Beiträge der Teilnehmer weit über gesetzliche Vorgaben hinaus zeigen, dass Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze sind. Nicht mit ordnungsrechtlichen Vorgaben, sondern in Kooperation und Dialog gehen wir Zukunftsfragen gemeinsam an und bringen Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz bayerischer Unternehmen nachhaltig voran.“

Schwerpunkt Biodiversität

Mit dem Schwerpunkt Biodiversität enthält der Umweltpakt erstmals auch Projekte zur Förderung der Artenvielfalt. Vor kurzem wurde dazu eine neue Handlungshilfe „Vielfalt am Standort – Schritte zu einem nachhaltigen Biodiversitätsmanagement“ veröffentlicht, die Unternehmen zeigt, wie sich bestehende Betriebsgelände in Oasen für heimische Insekten, Kleintiere und Vögel verwandeln lassen. Neben Möglichkeiten der Dach- und Fassadenbegrünung vermittelt das Werkzeug unter anderem Wissen zur insektenfreundlichen Außenbeleuchtung, vogelsicheren Fensterscheiben und zur nachhaltigen Gestaltung der Lieferkette. In einem anderen Umweltpakt-Projekt arbeiten Staat und Wirtschaft gerade daran, ei-

Raffineriegesellschaft mbH, Bayernwerk Natur GmbH, Clariant Produkte (Deutschland) GmbH, FC Bayern München Basketball GmbH, Flughafen München GmbH, HASIT Trockenmörtel GmbH, HÖRMANN Automotive Penzberg GmbH, Johns Manville GmbH, Karl Bachl GmbH & Co KG, Océ Printing Systems GmbH & Co. KG, Privatmolkerei Bauer GmbH & Co. KG, Roche Diagnostics GmbH, Schlagmann Poroton GmbH & Co. KG, Südzucker AG, Weissmühle GmbH, Wienerberger GmbH. □

Aktuelle Informationen rund um die Uhr

LEW Verteilnetz speist Störungsmeldungen in Portal stromausfall.de ein

Der PC bleibt dunkel, das Radio ist verstummt und das Gefrierfach taut ab. Der Strom ist weg. Das Portal www.stromausfall.de informiert Nutzer über Stromausfälle und bietet ihnen gleichzeitig die Möglichkeit, selbst Netzstörungen auf dem Portal einzutragen. Auch die LEW Verteilnetz GmbH (LVN), Netzbetreiber in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbayerns, speist Störungsmeldungen in das Portal ein.

Auf der Webseite kann der Besucher sehen, ob der Stromausfall dem zuständigen Netzbetreiber bereits bekannt ist. Bei manchen Störungen geben die Netzbetreiber zusätzlich eine automatisch generierte Schätzung an, wie lange diese voraussichtlich noch dauern wird. Wenn der Stromausfall nicht angezeigt wird, kann ein Nutzer die Störung dem zuständigen Netzbetreiber telefonisch melden. Dazu wird ihm die Störungshotline des zuständigen Netzbetreibers angezeigt, die er auf seinem Smartphone mit einem Klick wählen kann.

Zudem kann der Besucher selbst einen Nutzereintrag vornehmen, der dann für die Community 24 Stunden sichtbar ist. Eine Checkliste gibt Anhaltspunkte, ob es sich tatsächlich um eine Netzstörung handelt oder ob die Ursache im eigenen Haushalt liegt.

Aktuell stehen auf dem Portal stromausfall.de die Netzbetreiberinformationen zu Stromausfällen im Netzgebiet der Gesellschaften Westnetz GmbH, Syna GmbH, ELE Verteilnetz GmbH, LEW Verteilnetz GmbH, Mitnetz GmbH zur Verfügung. Durch die Zusammenarbeit dieser fünf großen Netzgesellschaften deckt stromausfall.de schon heute einen beträchtlichen Teil des deutschen Stromnetzes ab. Langfristig will das Projektteam möglichst alle deutschen Netzbetreiber für die Anwendung gewinnen.

Die LEW Verteilnetz GmbH sorgt als regionaler Verteilnetzbetreiber für einen zuverlässigen und sicheren Betrieb des Stromnetzes und gewährleistet einen diskriminierungsfreien Netzzugang. Das Netzgebiet der LEW Verteilnetz GmbH umfasst Bayerisch-Schwaben sowie Teile Oberbayerns. Die LEW Verteilnetz GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Lechwerke AG (LEW). Weitere Informationen unter www.lew-verteilnetz.de. □

Prozent aller 2015 vereinbarten Projekte und Maßnahmen umgesetzt. Rund 60 Prozent befinden sich in fortschreitender Umsetzung. Die Umweltpakt-Projekte dienen u. a. dazu, den Klimawandel zu begrenzen und zu bewältigen, die Energiewende voranzubringen, Rohstoffe effizient und nachhaltig zu nutzen, die biologische Vielfalt zu fördern und umweltorientiertes Management in Unternehmen zu stärken.

Der Umweltpakt Bayern ist offen für weitere Teilnehmer, die freiwillige Leistungen für den betrieblichen Umweltschutz erbringen. Mit einer Teilnehmerzahl von derzeit rund 2.300 Unternehmen und Einrichtungen der Wirtschaft und weiter steigender Tendenz ist er eine der erfolgreichsten Umweltinitiativen überhaupt.

Der ausführliche Bericht zur Halbzeitbilanz des Umweltpakts Bayern und die Handlungshilfe sind im Internet abrufbar unter www.umweltpakt.bayern.de. □

Energiekonzepte für die Zukunft -

Wir realisieren mit Ihnen ökologische und ökonomische Ziele

- Beratung
- Konzeptentwicklung
- Planung
- Umsetzung
- Projektmanagement
- Energiemanagement

ratioplan
Energie. Fortschritt. Kompetenz.

ratioplan GmbH | Wellheimer Straße 34 | D-91795 Dollnstein
Tel. 08422 997 79-0 | info@ratioplan.bayern | www.ratioplan.bayern



Für Badespaß in Altusried sorgt ab sofort das erste mobile BHKW in Bayerisch Schwaben von erdgas schwaben. Bürgermeister Joachim Konrad (rechts) und Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben, nahmen es jetzt in Betrieb. □

Heizung auf Tour

erdgas schwaben nimmt erstes mobiles BHKW in Bayerisch Schwaben in Betrieb

Sommer, Sonne, Badespaß in Altusried: Das macht das erste mobile Blockheizkraftwerk (BHKW) in Bayerisch-Schwaben von erdgas schwaben möglich. Es versorgt ab sofort das Warmwasser-Freibad mit klimaschonendem Strom und Wärme.

Nach den Sommerferien sorgt das wartungsarme und hoch effiziente mobile BHKW in der Mittelschule in Altusried für Strom und Wärme. Die Markt-gemeinde Altusried im Land-kreis Oberallgäu beweist damit Mut zur Innovation.

Zukunftsweisendes Konzept

Das Freibad ist im Winter geschlossen, die Schule heizt dagegen nur im Winterhalbjahr und macht im Sommer Ferien. Als erste Gemeinde in Bayerisch Schwaben entschieden sich Bürgermeister Joachim Konrad und die Gemeinderäte von Altusried deshalb für das zukunftsweisende Energiekonzept von erdgas schwaben mit einem hocheffizienten mobilen BHKW für beide Einrichtungen.

„Ich bin sehr zufrieden, dass wir gemeinsam mit erdgas schwaben ein Konzept verwirklichen, das sparsam, effektiv und zugleich umweltschonend ist“, sagt Bürgermeister Konrad. „Das kommt allen unseren Bürgerinnen und Bürgern zugute.“ Mit dem mobilen BHKW von erdgas schwaben sparen die Altusrieder bares Geld und leisten zugleich einen wertvollen Beitrag zu Klima- und Umweltschutz.

Flexibel, hocheffizient und wartungsarm

Das wartungsarme BHKW, das auf einem Fahrzeuganhänger steht und so ohne großen Aufwand zum jeweiligen Einsatzort gebracht werden kann, hat eine Leistung von 33 Kilowatt (kW) Strom und 67 kW Wärme. Der regionale Energiedienstleister erdgas schwaben betreibt das mobile BHKW mit klimaschonendem Erdgas. Das Ingenieurbüro Zügner, das in Altusried ansässig ist, sorgt dafür, dass das hoch effiziente BHKW vom Frei-

erdgas schwaben gmbh:

Veränderung in der Geschäftsführung

Dipl.-Ing. Klaus-Peter Dietmayer (59), Geschäftsführer der erdgas schwaben gmbh, wird das Unternehmen mit sofortiger Wirkung verlassen. Darauf haben sich die Gesellschafter und Dietmayer aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über die künftige Ausrichtung des Unternehmens verständigt.

Kommissarisch wird Dipl.-Ing. Markus Last (49) die Geschäftsführung der erdgas schwaben gmbh ab sofort übernehmen.

Last trat nach seinem Studium der Energie- und Verfahrenstechnik an der Universität Hannover im Jahr 1997 in die Thüga Aktiengesellschaft ein. Nach Durchlauf verschiedener Statio-

nen wurde Last im Jahr 2010 Leiter der Hauptabteilung Technik, zuletzt leitete er als Prokurist das Kompetenzzentrum Einkauf & Netze der Thüga.

Gesellschafter der erdgas schwaben gmbh sind die Thüga Aktiengesellschaft, München, und die Stadtwerke Augsburg Energie GmbH. □

Wunschenergie Nr. 1

Aktuell sind fast 200 Städte und Gemeinden an 6.500 Kilometer Erdgasleitungen angeschlossen. Sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Haushalte nutzen Leistungen von erdgas schwaben. Erdgas ist heute Wunschenergie Nr. 1: Über 75 Prozent aller Bauherren wünschen einen Erdgasanschluss.

erdgas schwaben investiert jährlich 10 Millionen Euro in erneuerbare Energien. Erdgas ist der Partner der erneuerbaren Energien und lässt alle Zukunftsoptionen zu – sei es schwäbisches Bio-Erdgas oder Wasserstoff. erdgas schwaben bietet Erdgas, Bio-Erdgas, Strom, Bio-Strom, Wasserstoff und Contracting. 2017 erwarb erdgas schwaben vier Wasserkraftwerke an Lech und Wertach.

Ein weiteres Geschäftsfeld von erdgas schwaben ist Fahren mit Strom. Schon jetzt betreibt erdgas schwaben 15 Ladestationen für Elektrofahrzeuge, weitere sind geplant. Die Stromtankstellen von erdgas schwaben bieten je zwei Ladepunkte vom Typ 2, der sich als Standard in Europa durchgesetzt hat. An den Ladesäulen wird Strom aus 100 Prozent Wasserkraft geladen. □

Regensburg:

Abwasserwärmenutzung im Museum der Bayerischen Geschichte

Der Standort Regensburg als älteste „Hauptstadt“ Bayerns, deren Altstadt bereits zum UNESCO-Weltkulturerbe ausgezeichnet wurde, bietet den idealen historischen Hintergrund als Standort eines Museums der Bayerischen Geschichte. In diesem wird auf über 2.500 qm Ausstellungsfläche die bayerische Geschichte vom Beginn des Königreichs bis in die Gegenwart spannend und multimedial inszeniert.

In Museen ist allgemein ein besonderes Augenmerk auf das Raumklima und somit das gesamte Energiekonzept zu legen. Für die ausgestellten Exponate gelten erhöhte Anforderungen an die vorherrschende Raumtemperatur und Luftfeuchtigkeit. Zur Gewährleistung dieser Anforderungen wird im Museum der Bayerischen Geschichte auf das enorme und stabile Energiepotential im naheliegenden Abwassersammelkanal und deren Bereitstellung zum Heizen und Kühlen mittels dem HUBER ThermWin® Verfahren zurückgegriffen.

Mit bis zu 70 l/s wird ein Teilstrom des im Hauptsammler befindlichen Abwassers über eine spezielle Konstruktion aus Tauchwand und einem Überlaufwehr in einen Schacht abgeleitet. Zum Schutz der Beschickungspumpen und Abwasserwärmetauscher werden über das 6 mm Lochblech der Schachtsiebzanlage RoK4 die größeren Feststoffe des Rohabwassers zurückgehalten. In einem geschlossenen „Feststoff“-Kreislauf werden die zurückgehaltenen Stoffe stromabwärts über eine Abwurfrutsche in den Kanal zurückgegeben.

Die beiden redundant installierten Abwasserpumpen beschicken die zwei parallel aufgestellten Abwasserwärmeübertrager RoWin zeit- und frequenzgesteuert über das jeweils vorherrschende Niveau im Pumpenschacht. Das Abwasser mit seinem enormen Energiepotential fließt in die ungefähr 80 Meter vom Pumpenschacht entfernte Heizzentrale und der darin installierten Wärmeübertrager der Fa. HUBER SE.

Im Wärmeübertrager wird die Energie des Abwassers über die Oberfläche der Rohrbündel auf ein Wasser-Glykol-Gemisch im Solekreislauf transferiert. Das

ThermWin® System generiert eine thermische Entzugsleistung von bis zu 2x 280 kW. Das patentierte Reinigungssystem verhindert Ablagerungen durch im Abwasser befindliche Substanzen sowie der Bildung eines Biofilms auf der Wärmetauscheroberfläche. Durch dieses einzigartige System kann dauerhaft ein konstanter und hoher Wärmeübertrag gewährleistet werden. Die im Wärmetauscher sedimentierenden Feststoffe werden zusammen mit dem energiearmen Abwasser im Ablauf der beiden Wärmeübertrager zurück in den Sammelkanal gespült.

Kosteneinsparung

Das abfließende Wasser wird zusätzlich zur Rückspülung der Abwurfrutsche an der Schachtsiebzanlage RoK4 verwendet. Durch die optimierte Rückspülfunktion kann der notwendige Winkel der Abwurfrutsche und damit die gesamte Baulänge der RoK4 Schachtsiebzanlage auf ein Minimum reduziert werden. Diese verringerte Baulänge hat wiederum eine direkte Auswirkung auf die Gründungstiefe des Pumpenschachtes und spart dem Betreiber weitgehende Kosten.

Das energiereiche Wasser-Glykol-Gemisch wird nach dem Verlassen der Abwasserwärmeübertrager den kombinierten Wärme- und Kältemaschinen (Gesamtleistung bis zu 850 kW) zugeführt. Darin wird die Vorlauftemperatur im Heizungsfall mit der Hilfe von elektrischer Energie auf bis zu 50 °C angehoben. Im Anschluss wird das energiereiche Medium in speziellen Wärme-Kältespeichern (50/40; 0/6; 6/12; 13/17 °C) bevorratet und entsprechend der individuellen Energiebedarfe im Museum abgerufen. □



Josef Kerler, erster Bürgermeister in Eppishausen (rechts), und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, unterzeichneten den neuen Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde. □

Erfolgsmodell gas & glas für Eppishausen

Die Energiezukunft in Eppishausen im Landkreis Unterallgäu hat begonnen. erdgas schwaben baut mit seiner 100-prozentigen Tochter schwaben netz ein Erdgas-Netz in den Ortsteilen Eppishausen, Weiler, Haselbach und Mörge auf und sorgt dann auch für den Betrieb.

Josef Kerler, Erster Bürgermeister in Eppishausen, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, unterzeichneten kürzlich den neuen Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde. Parallel zum Erdgasnetz bekommen die Eppishausener Leerrohre für Highspeed-Internet via Glasfaserkabel. Bis zu 80 Prozent der Hauseigentümer und -eigentümerinnen in den beteiligten Ortsteilen hatten sich für einen Anschluss ans Erdgas-Netz entschieden.

Mit Highspeed-Internet und sauberer Energie in die Zukunft

„Mit der Anbindung an das Erdgasnetz und dem gleichzeitigen Ausbau der Infrastruktur für ein Glasfaserkabelnetz direkt ins Haus wird Eppishausen zukünftig optimal versorgt und damit noch attraktiver für Gewerbeansiedlungen und als Wohnort“, sagte Bürgermeister Kerler bei der Vertragsunterzeichnung. „erdgas schwaben hat sich als verlässlicher Partner erwiesen.“

Mit der zukunftsweisenden Entscheidung für das Projekt gas & glas können unsere Haus-

eigentümerinnen und -eigentümer sehr gut planen, denn die nachhaltige Energieversorgung mit Erdgas ist jetzt langfristig gesichert. Und ohne schnelles Internet wird in Zukunft niemand mehr auskommen – deshalb freue ich mich sehr, dass wir beide Infrastrukturen zusammen bauen und damit gleichzeitig die Grundlage für die Breitbandversorgung geschaffen wird.“

Erdgas spielt eine wichtige Rolle für die Energieversorgung

Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, betonte: „Erdgas schont die Umwelt und spielt auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Energieversorgung in Deutschland, denn Erdgas hat eine hohe Flexibilität und Verfügbarkeit. Mit unserem Erfolgsmodell gas & glas stellen wir kostengünstig und langfristig die sichere, komfortable und umweltschonende Energieversorgung mit Erdgas für Eppishausen sicher und machen gleichzeitig den Weg in die digitale Zukunft frei. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit der Gemeinde Eppishausen.“

Der Vertrag läuft bis 2037. □

Kopf hoch!
Komm zu erdgas schwaben!

Auf Dauer spart nur Schwaben-Power!

erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah



Partner bis 2040: Bürgermeister Lothar Müller (sitzend r.) und Christoph Henzel, Mitglied der Geschäftsführung (sitzend l.), unterzeichnen im Rathaus mit Kommunalbetreuer Markus Windisch und Netzbauleiterin Katja Lindner den Vertrag.

Marktgemeinde Plößberg:

Sicherer Strom für Bürger und Firmen

Die sichere Stromversorgung der Marktgemeinde Plößberg im Landkreis Tirschenreuth in der Oberpfalz ist auch in Zukunft Aufgabe des Bayernwerks. 1. Bürgermeister Lothar Müller und Christoph Henzel, Mitglied der Geschäftsführung, haben im Rathaus gemeinsam mit Kommunalbetreuer Markus Windisch und Netzbauleiterin Katja Lindner (beide Bayernwerk Netz) den neuen Konzessionsvertrag unterzeichnet. Die Laufzeit beträgt 20 Jahre.

Die Kommune räumt mit der Vergabe der Konzession dem regionalen Netzbetreiber formal das Recht ein, ab 2020 weiterhin das Stromnetz auf ihrem Gebiet zu betreiben sowie Versorgungsanlagen und Leitungen auf gemeindlichen Wegen und Grundstücken für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger und der örtlichen Wirtschaft zu errichten. Für das Bayernwerk bedeute diese Verlängerung einen großen Vertrauensbeweis und sei auch ein wichtiger Schritt in die Energiezukunft, erklärte Christoph Henzel.

Im gesamten Bayernwerk-Netz speisen insgesamt rund 265.000 dezentrale Erzeugungsanlagen Erneuerbare Energie ein. Dies stelle die Leistungsfähigkeit der regionalen Verteilnetze im Zuge der Energiewende vor zunehmende

Herausforderungen. „Die Grundlage einer umfassenden Versorgungssicherheit vor dem Hintergrund der Energiewende sind kontinuierliche Wartung und Instandhaltung der Infrastruktur, der Einsatz innovativer Technologien, ein moderner Netzbetrieb und die strukturelle Nähe zum Netz“, so Netzbauleiterin Katja Lindner.

Plößberg liegt im Zuständigkeitsbereich des Bayernwerk-Kundencenters Weiden. Zum Stromnetz der rund 3.300 Einwohner zählenden Kommune gehören Kabel und Leitungen im Nieder- und Mittelspannungsbereich in einer Länge von rund 153 Kilometern. Zur sicheren Stromversorgung der rund 1.146 Hausanschlüsse sind 57 Trafostationen und 132 Kabelverteiler installiert.

Kraftwerksgespräch in Gundremmingen

Mehr als 120 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung der Region Bayerisch-Schwaben folgten wieder der Einladung zum diesjährigen Kraftwerksgespräch. Gemeinsam mit der kaufmännischen Geschäftsführerin Gabriele Strehlau begrüßte der neue technische Geschäftsführer Dr. Heiko Ringel die Zuhörer. In seinem Vortrag machte der neue Anlagenleiter klar, dass nach wie vor der sichere und zuverlässige Betrieb des Kraftwerksblockes C oberste Priorität hat.

Block B ist zwischenzeitlich stillgelegt. Im März wurden alle 784 Brennelemente sicher aus dem Reaktor Druckbehälter entladen und in das Abklingbecken gesetzt. Damit konnte ein weiterer wichtiger Teilschritt nach der endgültigen Abschaltung des 1.344-MW-Blockes B Ende 2017 erfolgreich abgeschlossen werden.

Die im Januar begonnenen Abbau-Vorbereitungen wurden in den vergangenen Monaten fortgeführt. Dabei haben Mitarbeiter weitere Abschirm-, Setzsteinwände und Betonriegel aus dem Maschinenhaus entfernt, die seit der Abschaltung keine Funktion mehr erfüllen und nicht fest mit der Anlage verbunden sind.

Die Masse der ausgebauten Betonstrukturen beträgt inzwischen 160 Tonnen. Für das zum Teil im Technologiezentrum zu Bauschutt gebrochene Material beantragt das Kernkraftwerk Gundremmingen beim Bayerischen Landesamt für Umwelt entsprechend den Vorgaben der Strahlenschutzverordnung die uneingeschränkte Freigabe. Sobald der Bauschutt nach aufwändigen Kontrollmessungen die uneingeschränkte Strahlenschutzfreigabe erhält, ist er konventioneller Abfall und kann deponiert werden.

Vor welchen Hürden die Region Schwaben ohne die sichere Versorgung durch die Kernenergie steht, war Thema eines Impulsvortrags des stellvertretenden Geschäftsführers der IHK

Schwaben, Dr. Hartmut Wurster. Er präsentierte die Ergebnisse einer IHK-Studie zur Versorgungssicherheit in Schwaben 2023. Sobald das KKW Gundremmingen außer Betrieb geht, reicht die gesicherte Leistung in Schwaben nicht mehr, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Diesen Punkt griff der Geschäftsführer der LEW Verteilnetze Theo Schmidner in der anschließenden Diskussionsrunde auf. Er beschrieb die Herausforderung und Aktivitäten der LEW Verteilnetze GmbH, Verteilnetze trotz des steigenden Anteils volatiler erneuerbarer Anlagen stabil zu halten.

Intensives Prüfprogramm

Block C wurde im April 2018 für die diesjährige Revision mit Brennelementwechsel vom Netz genommen. Die Anlage wird einem intensiven Wartungs- und Prüfprogramm unterzogen. Hierfür wendet das Kernkraftwerk Gundremmingen rund 15 Millionen Euro auf. Neben diesen Revisionsarbeiten werden 120 frische Brennelemente in den Reaktor eingesetzt und die 784 Brennelemente im Reaktorkern für den nächsten Brennstoffzyklus neu angeordnet.

2018 hat das Kernkraftwerk Gundremmingen bisher rund 3,4 Milliarden Kilowattstunden Strom CO₂-frei erzeugt. Mit dieser Strommenge lässt sich rund eine Million Durchschnittshaushalte ein Jahr lang klimafreundlich versorgen.



Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel (2. v. rechts) stellte gemeinsam mit seinem Vorstandskollegen Dr. Egon Westphal (3. v. r.) sowie Projektleiter Martin Haseneder (l.) und seinem Team das Pilotprojekt im Raum Schwandorf vor.

Bild: Bayernwerk AG

Energiezukunft mit dem Bayernwerk:

Neues „Solar- und Speicherprodukt“

Vorteile für Hausbesitzer durch Komplettservice

Schwandorf. Je mehr Strom direkt von der Solaranlage auf dem eigenen Dach im Haushalt verbraucht wird, desto mehr lohnt sich der Sonnenstrom – vor allem angesichts steigender Strompreise und sinkender Einspeiservergütung. Ein Mehrpersonenhaushalt kann sich damit durchschnittlich zu über 50 Prozent selbst versorgen. Einen direkten Schritt in die eigene Energiezukunft bietet nun das Bayernwerk mit einem neuen Solar- und Speicherprodukt.

Rüstet man die eigene Solaranlage mit einem PV-Speicher auf, ist man unabhängiger vom Strompreis. Damit lassen sich Energiekosten sparen. Das Bayernwerk bietet nun die Technik, die Installation und die Einbindung ins Energienetz als Komplettlösung direkt vom Energieversorger. Das innovative Energieprodukt wird zunächst im Versorgungsgebiet des Bayernwerk-Kundencenters Schwandorf angeboten. Umfangreiche Beratung dazu erhalten Interessenten direkt im Kundencenter.

Im Landkreis Schwandorf haben im vergangenen Jahr über 9.200 Solaranlagen Erneuerbare Energie ins Bayernwerk-Netz eingespeist. „Mit der Netzeinbindung regenerativer Energieanlagen haben wir die erste Stufe der Energiezukunft bezwungen. Die Zukunft liegt jedoch in der intelligenten Kombination örtlicher Erzeugung und lokaler Speicherung. Jetzt schlägt die wahre Stunde der Energiekunden. Sie werden immer mehr zum Motor der Energiezukunft – erzeugen, speichern, nutzen und verteilen Strom“, erläutert Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzen-

der der Bayernwerk AG. Das neue Solar- und Speicherprodukt des Bayernwerks sei ein maßgeblicher Schritt dorthin.

Nachhaltiges Paket aus einer Hand

Der Einsatz neuer Technologien ist oftmals mit Verunsicherung verbunden. Deshalb bietet das Bayernwerk einen Komplettservice rund um das neue Produkt an. Interessenten erhalten einen Li-Ionen-Speicher mit 10 Jahren Garantie und speziell vom Bayernwerk ausgewählte Installateure montieren alle notwendigen technischen Komponenten.

Eine Allgafahrenversicherung und die Fernüberwachung sind mit im Paket genauso wie die Unterstützung bei einem möglichen Antrag auf KfW-Förderung. „Mit diesem Paket setzen wir ein Zeichen auf dem Speichermarkt und treiben die Energiewende mit den Bürgerinnen und Bürger gemeinsam voran“, erklärte Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel.

Bad Staffelstein macht e-mobil

Stadt nimmt mit Unterstützung des Bayernwerks neue E-Ladesäule in Betrieb

Die Stadt Bad Staffelstein (Landkreis Lichtenfels, Oberfranken) macht mit Unterstützung des Bayernwerks e-mobil: Ab sofort gibt es auf dem Marktplatz eine neue E-Ladesäule. Mit Mitteln aus dem Bundesprogramm zur Förderung von E-Ladesäulen finanziert soll die neue Stromtankstelle dabei helfen, die Bürgerinnen und Bürger von Bad Staffelstein mit dem Zukunftsthema „E-Mobilität“ vertraut zu machen. Die neue E-Ladesäule wird zudem in das bundesweite E.ON-Drive-Netzwerk integriert, das Fahrern von Elektroautos den Zugang zu mehr als 4.000 Ladepunkten in Deutschland ermöglicht.

Zweiter Bürgermeister Hans-Josef Stich und Bayernwerk-Kommunalbetreuer Burkhard Butz haben die neue Stromtankstelle offiziell in Betrieb genommen. „Wir sind überzeugt, dass der Elektromotor in Zukunft eine bedeutende Rolle bei der lokalen Verkehrsplanung spielen wird“, erklärte Bayernwerk-Kommunalbetreuer Butz. Für den Durchbruch der Elektromobilität sei jedoch auch eine flächendeckende Ladeinfrastruktur nötig, ergänzte der Kommunalbetreuer.

Einfaches und schnelles Laden

Die neue E-Ladesäule auf dem Marktplatz in Bad Staffelstein verfügt über zwei Ladepunkte mit einer Ladeleistung von je maximal 22 Kilowatt. „Die Ladesäule bietet jedem die Möglichkeit, ein Elektroauto barrierefrei zu laden“, erklärte Bayernwerk-Kommunalbetreuer Butz. Das heißt, dass die E-Ladesäule jederzeit öffentlich zugänglich ist und von jedem genutzt werden kann.

Die neue E-Ladesäule ist über ein übersichtliches Touchdisplay steuerbar. Autofahrer, die Energie für ihr E-Auto laden möchten, benötigen zur Verbindung ein Ladekabel mit Typ-II-Stecker.

Der vollständige Ladevorgang etwa eines Renault Zoés mit einer Reichweite von rund 140 Kilometern dauert bei 22 Kilowatt Ladeleistung rund 90 Minuten. Für technische Fragen oder bei Störungen ist eine Hotline täglich 24 Stunden lang zum Festnetz-Preis erreichbar.

Energieunternehmen rüstet Fuhrpark um

Auch das Bayernwerk selbst setzt voll auf Elektromobilität: Im Frühjahr vergangenen Jahres hat das Energieunternehmen beschlossen, bis 2025 seine rund 1.300 Firmen- und Servicefahrzeug voll-elektrisch und emissionsfrei umzurüsten. Jeder Unternehmensstandort des größten regionalen Netzbetreibers in Bayern verfügt bereits über mindestens ein Elektrofahrzeug. Ende des Jahres sollen bereits mehr als 70 voll- und teilelektrische Fahrzeuge zum Bayernwerk-Fuhrpark gehören.

Darüber hinaus installiert das Bayernwerk derzeit an seinen Bürogebäuden, Kundencentern und technischen Anlaufstellen E-Ladesäulen mit jeweils mehreren Ladepunkten. Bis 2025 sollen auf diese Weise fast 600 überwiegend öffentliche E-Ladepunk-

te in ganz Bayern entstehen. Das Bayernwerk ist somit einer der ersten Netzbetreiber in Deutschland, der sich vollumfänglich zur Zukunft der Elektromobilität bekennt.

Die nun in Bad Staffelstein offiziell in Betrieb genommene E-Ladesäule ist mit Mitteln aus dem Bundesprogramm zur Förderung von E-Ladesäulen teil-finanziert worden. Das Bayernwerk hatte allein am ersten Tag des Förderprogramms für kommunale Kunden und Partner im Netzgebiet Zuschüsse für rund 400 Ladepunkte beantragt. Hunderte weitere kamen in nachfolgenden Förderaufrufen hinzu. Die Förderung umfasst neben der Errichtung der Ladesäule auch den Netzanschluss. Ziel des Programms ist der Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur mit bundesweit mehr als 15.000 E-Ladesäulen.

So kann das Elektroauto an der neuen E-Ladesäule geladen werden:

An der E-Ladesäule wird jede Ladekarte eines Elektromobilitätsanbieters akzeptiert, der dem „HUBject“-Ladeverbund angehört. Die Abrechnung erfolgt entsprechend über den jeweiligen Elektromobilitätsanbieter. • Zudem besteht eine direkte Lademöglichkeit ohne separate Anmeldung (Ad-hoc-Laden) mit Hil-

fe eines Smartphones: Einfach den dargestellten QR-Code an der Ladesäule mit dem Smartphone scannen, den Ladepunkt auswählen und das Elektroauto aufladen. Vor dem Ladebeginn sehen Nutzer immer den gültigen Preis für den entsprechenden Ladevorgang. Die Abrechnung erfolgt über EC- oder Kreditkarte.

• Eine weitere Möglichkeit ist das Laden mit Hilfe der „E.ON-Drive“-App: Zunächst muss der Ladepunkt ausgewählt werden. Vor Beginn des Ladevorgangs wird wiederum der Preis angezeigt. Anschließend wird über die Eingabe der persönlichen Kreditkartendaten abgerechnet.

Weitere Bezahlmöglichkeiten sind derzeit in Vorbereitung.

„Die Zahl der elektrisch angetriebenen Fahrzeuge wird sich nur schwer erhöhen lassen, wenn die Menschen kein Vertrauen in das gesamte System haben. Und dieses Vertrauen hängt maßgeblich an einer guten Ladeinfrastruktur“, betonte Bayernwerk-Kommunalbetreuer Butz. „Für die technische Unterstützung ist das Kundencenter Kulmbach der Ansprechpartner der Marktgemeinde. Bei Notfällen stehen Bayernwerk-Service-Techniker jederzeit zur Vor-Ort-Hilfe bereit“, fügte Butz hinzu.



Freie Wähler Landtagsfraktion:

Ortstermin bei der Gfaller Mühle in Traunstein

Seit 1880 befindet sich die Mühle im Besitz der heutigen Betreiberfamilie Gfaller. Neben der Getreide-Mühle erzeugt das Unternehmen auch Strom aus umweltfreundlicher Wasserkraft und speist diesen in das öffentliche Netz ein. Zudem ist die Mühle Bestandteil eines funktionierenden Hochwasserschutzsystems für die im Trauntal gelegenen Wohn- und Gewerbegebiete, was der Besitzer Hans Gfaller, nebenbei Beirat der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V., eindrucksvoll darstellte.

„Wasserkraft ist eine wichtige Säule der Energiepolitik in Bayern, die kleinen Kraftwerke stabilisieren die lokalen Stromnetze“, erklärte Nikolaus Kraus, gastgebender Abgeordneter der Freien Wähler Landtagsfraktion. Allerdings könne die Wasserkraftwerke das gleiche Schicksal ereilen wie Windräder oder Biogasanlagen. Derzeit werde ein neuer Mindestwasserleitfadenerarbeitet. Der jetzige Entwurf werde dazu führen, dass der Betrieb für viele kleine Wasserkraftwerke, die oft seit Jahrhunderten in Betrieb sind, unrentabel

wird. „Wir Freie Wähler wollen, dass beim neuen Mindestwasserleitfadenerarbeiten neben den ökologischen auch die ökonomischen Aspekte berücksichtigt werden. Nur so können kleine Mühlen und Wasserkraftanlagen auch in Zukunft weiter bestehen“, so Kraus. Unser Bild zeigt v. l.: Stefan Pastötter, Vorstandsmitglied Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. und Vorstandsmitglied Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke e.V. sowie Hubert Aiwanger, Landesvorsitzender der Freien Wähler in Bayern.

Thüga Holding:

Zukunftssicher aufgestellt

Ausrichtung auf neue Anforderungen für Stadtwerke

Die Thüga Holding, Kern des deutschlandweit größten Verbundes aus kommunalen Energie- und Wasserversorgern, blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2017 zurück. Dies spiegelt sich im Beteiligungsergebnis, dem wichtigsten Leistungsindikator der Thüga Aktiengesellschaft wider. Einer Vielzahl der insgesamt rund 100 Partnerunternehmen im Thüga-Netzwerk ist es gelungen, die Ausschüttungen trotz intensiven Wettbewerbs und verschärfter Rahmenbedingungen mindestens stabil zu halten.

Hiervon hat auch das Ergebnis der Thüga Holding profitiert: Zwar verbuchte diese im Geschäftsjahr 2017 mit 276,3 Mio. Euro einen geringeren Bilanzgewinn als im Vorjahr (292,9 Mio. Euro), doch ist dies größtenteils auf den Wegfall positiver Einmal-Effekte bei einigen Beteiligungen im Jahr 2016 zurückzuführen. Aus dem Bilanzgewinn 2017 schüttet die Thüga Holding eine Barmdividende in Höhe von 26,26 Euro (Vorjahr: 27,36 Euro) je Stückaktie an ihre Anteilseigner aus.

„Die Partnerunternehmen der Thüga-Gruppe haben hervorragende Arbeit geleistet. Unterstützt durch die Beratungs- und Dienstleistungen der Thüga und ihrer Plattformen ist es den kommunalen Unternehmen gelungen, die enormen Herausforderungen des Energiemarktes zu meistern. Dank der kooperativen Zusammenarbeit im Thüga-Netzwerk konnten die Partnerunternehmen die Entwicklung neuer, zukunftssträchtiger Geschäftsfel-

der in ihren Kommunen und Regionen aktiv vorantreiben und eine Vielzahl innovativer Lösungen auf die Straße bringen“, erklärt Michael Riechel, Vorsitzender des Vorstands der Thüga.

Zukunftsprogramm „Thüga 2022“

Die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig verbessern, Ressourcen effizienter einsetzen und auf zukunftsfähige Themen fokussieren – das sind die wesentlichen Ziele des Zukunftsprogramms „Thüga 2022“, das Mitte vergangenen Jahres initiiert wurde und sich aktuell in der Umsetzung befindet. Planmäßig zum 1.1.2018 wurde eine neue Aufbauorganisation implementiert, die konsequent auf die unternehmensstrategischen Handlungsfelder der Thüga ausgerichtet ist. Mit der neuen Struktur wird insbesondere im Bereich Beratung die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Experten ge-

fördert, so dass Thüga den Partnerunternehmen vor allem bei aktuellen, übergreifenden Themen wie etwa Elektromobilität, Digitalisierung oder Smart City noch hochwertigere Beratungsangebote anbieten kann.

Durch den Abbau von Redundanzen, Fokussierung der Leistungen sowie durch eine noch stärker auf Effizienz zugeschnittene Arbeitsorganisation strebt Thüga bis zum Jahr 2022 substanzzielle Einsparungen von Personal und Sachkosten an.

Trotz intensiven Wettbewerbs blickt die Thüga auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2017 zurück.

Rund 90 Fach- und Beratungsexperten unterstützen die Thüga-Partnerunternehmen bei der Optimierung ihres Kerngeschäfts sowie der Entwicklung neuer Geschäftsfelder. Der Thüga-Leistungskatalog wurde überarbeitet und den sich verändernden Marktbedingungen und Anforderungen der Partnerunternehmen angepasst. Darüber hinaus greifen der Leistungskatalog der Beratung und die Dienstleistungsangebote der Thüga-Plattformen jetzt noch besser ineinander.

Tatkräftige Unterstützung kommunaler Unternehmen

Ein Resultat dieser Anstrengungen ist, dass Thüga insbesondere im Bereich neuer Geschäftsfelder kommunale Unternehmen tatkräftig unterstützen kann. So bietet Thüga im Bereich Elektromobilität einen vollumfänglichen „Werkzeugkoffer“ an, mit dem Stadtwerke und Kommunen die Voraussetzungen für eine lokal emissionsfreie und vernetzte Mobilität schaffen können. Das Spektrum der Tools in diesem „Werkzeugkoffer“ reicht von Muster- und Rahmenverträgen, über White-Label-Lösungen, Informationsportale, Standortanalysen für Ladesäuleninfrastruktur sowie Carsharing-Modelle bis hin zu ganzheitlichen Mobilitätskonzepten für Städte und Gemeinden.

Projekt „Kommune 2030“

Im Projekt „Kommune 2030“ hat Thüga gemeinsam mit Fachexperten aus Forschung und Industrie sowie mehreren Partnerunternehmen untersucht, wohin sich Städte und Kommunen in Zukunft entwickeln werden, welchen Herausforderungen sie sich stellen müssen und wie sich Stadtwerke in diesem Umfeld positionieren können. Die Studienergebnisse geben erste Handlungsempfehlungen und dienen zugleich als strategisches Leitbild für laufende und kommende Thüga-Projekte. Das gilt etwa für die Initiativen und Projekte im Bereich Smart City. Gemeinsam mit

dienste. Die Kosten dafür müssen von ihnen getragen werden.

Deutschland wies jedoch nach, dass die Großverbraucher und Abnehmer mit konstantem Verbrauch in den Jahren 2012 und 2013 aufgrund ihres konstanten und vorhersehbaren Verbrauchs geringere Kosten verursachten als andere Verbraucher. Dies rechtfertigt angesichts der vorherrschenden Marktbedingungen eine teilweise Verringerung der Netzentgelte für diese beiden Jahre.

Jetzt muss Deutschland nach der im Beschluss der Kommission festgelegten Methode für jeden Begünstigten der Befreiung die Höhe der von ihm in den Jahren 2012 und 2013 verursachten Nettokosten ermitteln. Dann muss die Bundesrepublik die illegalen Beihilfen von den einzelnen Begünstigten zurückfordern. □

Partnerunternehmen identifiziert Thüga aktuell rentable Anwendungsfälle und entwickelt White-Label-Angebote in verschiedene Ausbaustufen. In Pilotanwendungen sollen Erfahrungen gesammelt und darauf aufbauend Geschäftsmodelle erarbeitet werden.

Ausblick 2018

Die fundamentalen Umwälzungen in der Energiewirtschaft, die mit der im März angekündigten Neuorganisation der Geschäftsfelder von E.ON und RWE weiter an Dynamik gewinnt, stellen alle Marktteilnehmer vor große Herausforderungen. „Dennoch bin ich fest davon überzeugt, dass die kommunalen Unternehmen auch zukünftig gute Chancen im Wettbewerb mit den großen Konzernen haben, sofern sie ihre regionale Verankerung nutzen und kreativen Kräfte bündeln und sich schnell und flexibel auf sich verändernde Anforderungen von Kunden und Kommunen einstellen“, ist Michael Riechel überzeugt.

Gerade jetzt könne das Thüga-Modell seine Vorteile unter Beweis stellen: „Es leistet einen wichtigen Beitrag dafür, dass Stadtwerke auf Dauer in diesem harten Wettbewerbsumfeld bestehen und ihren wertschöpfenden sowie Arbeitsplätze sichernden Beitrag in den Kommunen und Regionen leisten können. Die Stadtwerke gestalten die Energiewelt von morgen vor Ort, machen durch ihre Bürgernähe die Energiewende positiv erlebbar. Sie sind damit Garant einer Kundenintegration in die Energiewende – dies sollte die Politik stärker nutzen, Stadtwerkekooperationen erleichtern und anreizen.“ □

N-ERGIE Aktiengesellschaft:

Gutes Ergebnis in turbulentem Branchenfeld

Im Geschäftsjahr 2017 erwirtschaftete die N-ERGIE Aktiengesellschaft einen Umsatz von 2.140,7 Mio. Euro (Vj.: 2.220,0 Mio. Euro). Mit einem Ergebnis der Geschäftstätigkeit von 209,9 Mio. Euro (Vj.: 132,9 Mio. Euro) blickt das Unternehmen auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr in einem turbulenten Branchenfeld zurück.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 72,1 Mio. Euro bzw. 3,7 Prozent. Insgesamt konnte eine Ergebnisabführung von 118,3 Mio. Euro realisiert werden. An die Städtische Werke Nürnberg GmbH (StWN) werden 61,8 Mio. Euro (Vj.: 70,2 Mio. Euro) ausgeschüttet. Die Thüga Aktiengesellschaft erhält als außenstehende Aktionärin aufgrund von einmaligen Sondereffekten eine Ausgleichszahlung in Höhe von 56,5 Mio. Euro (Vj.: 29,6 Mio. Euro).

Der weiterhin hohe Wettbewerbsdruck im Privat- und Geschäftskundenbereich führte 2017 zu einem Umsatzrückgang von 3,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auch 2017 entfiel mit 60,9 Prozent der bei Weitem größte Teil des Umsatzes auf Erlöse aus Stromlieferungen.

Der Stromabsatz der N-ERGIE sank im Berichtsjahr um 2,2 Prozent auf 14.295 Mio. Kilowattstunden (kWh). Der Erdgasabsatz sank im Vergleich zum Vorjahr um 3,7 Prozent auf 16.434 Mio. kWh. Der Fernwärmeabsatz blieb mit 1.129 Mio. kWh auf dem Niveau des Vorjahres. Auch der Absatz von Wasser blieb nahezu unverändert. 2017 gab die N-ERGIE 32,7 Mio. Kubikmeter Wasser ab.

Die Neuorganisation der Geschäftsfelder von E.ON und RWE macht die fundamentalen Umwälzungen in der Energiewirtschaft deutlich. In einem Umfeld, das von

starkem Wettbewerb – verschärft durch zunehmend branchenfremde Marktteilnehmer – und nach wie vor inkonsistenten Vorgaben auf der politischen Ebene geprägt ist, macht sich die N-ERGIE weiter für Klimaschutz und eine dezentral organisierte Energiewende stark.

Blickpunkt Klimaschutz

Ihr Heizkraftwerk in Nürnberg-Sandreuth wurde 2017 erfolgreich für die Bereitstellung von Sekundärregelleistung präqualifiziert und trägt damit zur Netzstabilität bei. Derzeit prüft die N-ERGIE auf ihrem Kraftwerksgelände die Errichtung einer zweiten Biomasse-Anlage, die den Einsatz fossiler Brennstoffe reduzieren und damit zur weiteren Dekarbonisierung beitragen soll.

2017 implementierte die N-ERGIE in einer Pilotphase das erste Mieterstrommodell in Nürnberg. Sie unterhält einen Fuhrpark mit 100 voll elektrischen Fahrzeugen sowie 120 Ladepunkten an ihren Standorten und unterstützt ihre Geschäftskunden dabei, deren Fahrzeugflotten auf Elektromobilität umzustellen. Bei der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle spielt für die N-ERGIE die Kopplung der Sektoren Energie, Gebäude und Mobilität eine wichtige Rolle.

Gegenüber 2017 rechnet die N-ERGIE für das laufende Geschäftsjahr mit einem deutlich geringeren Ergebnis der Geschäftstätigkeit. □

EU-Kommission:

Vollständige Befreiung von Netzentgelten illegal

Die Europäische Kommission hat entschieden, dass die Befreiung von Netzentgelten, die in Deutschland bestimmten großen Stromverbrauchern in den Jahren 2012 und 2013 gewährt worden war, gegen die EU-Beihilferegeln verstieß. Es gab keine Gründe dafür, diese Verbraucher von der Zahlung der Netzentgelte zu befreien. Deutschland muss die illegalen Beihilfen zurückfordern.

EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager erklärte hierzu: „Alle Stromverbraucher müssen die Netzbetreiber für die Dienste, die sie nutzen, bezahlen. Wenn bestimmte große Stromverbraucher von diesen Entgelten befreit werden, stellt dies eine unfaire Bevorteilung dar. Zudem wird die Last für die übrigen Verbraucher erhöht. Deswegen muss Deutschland nun die nicht gezahlten Entgelte von diesen Stromverbrauchern einfordern.“

Netzentgelte sind ein Teil der normalen Stromkosten, die alle an das Netz angeschlossenen Stromverbraucher entrichten müssen. Damit werden den Netzbetreibern die von ihnen zur Verfügung gestellten Netzdienste und die Instandhaltung des Netzes vergütet. Bei großen Stromverbrauchern mit konstantem Stromverbrauch können die Netzkosten – insbesondere aufgrund des vorhersehbaren Verbrauchs – geringer ausfallen.

In Deutschland waren zwischen 2011 und 2013 Stromverbraucher mit einem Jahresverbrauch von mehr als 10 Gigawattstunden und sehr konstantem Stromverbrauch nach § 19 Absatz 2 der Stromnetzentgeltverordnung von der Zahlung von Netzentgelten befreit. Dank dieser Bestimmungen ersparten sich die Nutzer 2012 Schätzungen zufolge 300 Mio. Euro an Netzentgelten. Diese wurden aus einer 2012 in Deutschland eingeführten Sonderabgabe, der sogenannten Paragraph-19-Umlage, gegenfinanziert, die die Stromendverbraucher entrichten mussten.

Nachdem eine Reihe von Beschwerden von Verbraucherorganisationen, Stromanbietern

sowie Bürgerinnen und Bürgern eingegangen war, leitete die Kommission im März 2013 eine eingehende Prüfung ein. Damit sollte festgestellt werden, ob diese Befreiung als staatliche Beihilfe anzusehen ist und ob sie nach den EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen zulässig ist.

Ergebnisse der Untersuchungen

Die Untersuchungen der Kommission ergaben Folgendes:

Einkünfte aus der Paragraph-19-Umlage sind staatliche Beihilfen, da die Stromverbraucher nach deutschem Recht verpflichtet sind, diese Umlage zu zahlen und der deutsche Staat die Kontrolle über die Mittel ausübt.

Das bedeutet, dass die in den Jahren 2012 und 2013 gewährte vollständige Befreiung eine staatliche Beihilfe für die befreiten Stromverbraucher darstellte, da die Kosten aus der Paragraph-19-Umlage – also aus staatlichen Mitteln – gedeckt wurden. Die Befreiung im Jahr 2011 ist hingegen nicht als staatliche Beihilfe anzusehen, weil die Kosten von den Netzbetreibern selbst getragen wurden. Die Befreiung wurde somit nicht vom Staat finanziert.

Nach den EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen gibt es – selbst bei konstantem Stromverbrauch – keine objektive Rechtfertigung für eine vollständige Befreiung von Stromverbrauchern von Netzentgelten. Alle Verbraucher sollten für die Kosten aufkommen, die sie dem Netz verursachen. Große Stromverbraucher mit konstanter Abnahme verursachen ebenfalls Nettokosten und nutzen Netz-

Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

BayWa



Kommunal- und Gewerbeteknik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie mit dem Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Anbaugeräten
- Anhängern

Ihr verlässlicher Partner für:

- Winterdiensttechnik
- Grünflächenpflege
- Kehren und Reinigen

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

www.baywa.de/kommunal

Kennen Sie schon unsere umfassenden Service-Leistungen?
www.baywa.de/service

Energieeffizienz-Netzwerk tagt auf der Kläranlage in Abensberg

Auf der Kläranlage in Abensberg wurden in den vergangenen sechs Jahren umfangreiche Maßnahmen zur Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz durchgeführt. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird u.a. dazu führen, dass der künftige Stromverbrauch der Anlage um mehr als 60 Prozent im Vergleich zum Anlagenzustand im Jahr 2008 gemindert wird.

Von stetig steigenden Kosten auf Kläranlagen ist nahezu jede Kommune betroffen. Aus diesem Grund haben sich die Teilnehmer des Energieeffizienznetzwerks dazu entschlossen, das 3. Netzwerktreffen auf der Kläranlage Abensberg durchzuführen und rund um das Thema „Energieeffizienzsteigerung auf Kläranlagen und Möglichkeiten der regionalen Klärschlamm-trocknung“ zu tagen.

Hans Schmid, Werkleiter der Stadtwerke Abensberg (SWA), begrüßte die 20 Teilnehmer und gab einen Überblick zur Stadt sowie den Stadtwerken Abensberg. Maximilian Conrad, Mitarbeiter des Instituts für Energietechnik an der OTH Amberg-Weiden, stellte die Agenda des Netzwerktreffens vor und betonte die bayernweit flächendeckende Problematik der Kläranlagen in Bezug auf steigende Kosten für Energie

und Klärschlamm Entsorgung. Michael Kastner, Mitarbeiter vom Institut für Energietechnik, zeigte im Anschluss auf, welche Möglichkeiten zur Reduzierung der Kosten für die Klärschlamm Entsorgung bestehen. Dies verdeutlichte er auf Basis des regionalen Energiekonzepts zur thermischen Klärschlammverwertung im Landkreis Bamberg, das im Jahr 2017 ausgearbeitet wurde.

Regionales Energiekonzept

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass mehrere potentielle Standorte zur zentralen und dezentralen thermischen Klärschlammverwertung mit Nutzung bestehender Abwärmepotenziale zur Verfügung stehen. Eine erste wirtschaftliche Grobprüfung bestätigt, dass diese Verwertungswege konkurrenzfähige Alternativen zur landwirt-

schaftlichen Entsorgung sind. Stoffliche Verwertungsmöglichkeiten bieten zudem die Chance, zukunftsweisende Technologien einzusetzen, mit Hilfe derer die Wirtschaftlichkeit der Klärschlammverwertung nochmals verbessert werden kann.

Was bisher geschah

Wolfgang Neumayer vom Ing. Büro Neumayer und Ing. Büro Ferstl, präsentierte im Anschluss konkret die während der letzten sechs Jahre umgesetzten Effizienzmaßnahmen auf der Kläranlage Abensberg. Diese Maßnahmen umfassten u.a. eine grundlegende Erneuerung der Belüftungstechnik, der Kompressoren, der Rührwerke sowie den Aufbau einer Schlamm-twasserung bzw. Eindickung zur Reduktion der Klärschlamm-menge.

Das Netzwerktreffen endete mit einer Führung durch Konrad Ettengruber, Betriebsleiter der Kläranlage Abensberg, bei welcher die umgesetzten Effizienzmaßnahmen vor Ort betrachtet werden konnten. Die Vielzahl an Fragen sowie der intensi-

ve Austausch der 20 Teilnehmer der Netzwerkkommunen verdeutlichten die stetig steigende Brisanz steigender Energie- und Klärschlamm Entsorgungskosten.

Effizienzmaßnahmen

Das Institut für Energietechnik schreibt: „Durch die Vielzahl an umgesetzten Effizienzmaßnahmen sowie den frühzeitigen Ausstieg aus der landwirtschaftlichen Ausbringung des Klärschlammes hat die Stadt Abensberg eine zukunftsweisende Ent-

scheidung getroffen und dient als Vorbild eines effizienten Kläranlagenbetriebs.“

Im September 2017 wurde das Energieeffizienznetzwerk mit Förderung durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) offiziell gegründet. Teilnehmende Kommunen sind die Gemeinde Biburg, die Gemeinde Train, die Gemeinde Wildenberg, die Stadt Abensberg, die Stadt Hersbruck, die Stadt Mainburg sowie die Stadt Marktredwitz. Netzwerktreger ist das Institut für Energietechnik an der Ost-

bayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden (IFE).

Die Kommunen versprechen sich aus dem dreijährigen Projekt zum einen konkrete, fachlich wichtige Impulse zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Steigerung der Energieeffizienz durch die technisch-wissenschaftliche Beratung des IFE. Zum anderen wollen die Partner voneinander lernen und sich über die realisierten Projekte austauschen.

Das nächste Netzwerktreffen ist für den 19. Juni 2018 angesetzt. □

Landkreis Starnberg:

Green City Energy realisiert erstes Mieterstromprojekt

Als ökologischer Komplettanbieter für Mieterstromprojekte ist die Green City Energy AG jetzt in Starnberg aktiv: Mit ihrem Knowhow entstand eine Photovoltaik-Anlage auf einem Mehrfamilienhaus mit einer Leistung von 18 kWp, die nun ihren Betrieb aufgenommen hat. Neben Planung, Bau und Betrieb der Anlage fungiert das Münchner Energie- und Verkehrswendeunternehmen ebenfalls als Stromlieferant für Mieter und Vermieter: Mit dem Tarif „GREEN CITY POWER MIETERSTROM“ können die Bewohner mit hauseigenem Solarstrom versorgt werden.

Mieterstromprojekte bringen die Energiewende in städtische Ballungsgebiete: Die Green City Energy AG unterstützt Immobilien-eigentümer und Vermieter dabei als Full-Service-Dienstleister für Mieterstromprojekte. Auf Dachflächen von Mehrfamilienhäusern plant, errichtet und betreibt der Projektierer Solaranlagen – auch in Kombination mit Speichern. Die Green City-Mieterstrommodelle kombinieren lokal erzeugten Direktstrom vom Solar-Dach mit grünem Netzstrom. Für Stromkunden ist das von Vorteil, denn beim Direktverbrauch entfallen außer der EEG-Umlage auch Netzentgelte und sonstige Abgaben. Die Mieter profitieren somit von günstigeren Strompreisen, Immobilienbesitzer von Wertsteigerung und

Zusatzeinnahmen. Argumente, die langsam überzeugen: Die Summe der Leistung eingetragener Photovoltaik-Mieterstromanlagen beläuft sich in Deutschland für den Zeitraum von Januar bis März 2018 auf 897 kWp. In Südbayern steckt das Thema „Mieterstrom“ noch in den Kinderschuhen: Im Regierungsbezirk Schwaben sind erst zwei Mieterstromprojekte gemeldet, in Oberbayern realisiert Green City Energy aktuell das sechste.

E-Mobilität und Stromerzeugung

Zur Rundumbetreuung des Solar-Projekts mit einer Leistung von 18 kWp im Herzen von Starnberg wurde Green City Energy ins Haus geholt und verantwortet Planung,

Bau und Betrieb der Mieterstromanlage, die nun in Betrieb gegangen ist. Damit folgt das Unternehmen ihrem Credo, dass Energie- und Verkehrswende ganzheitlich angegangen werden müssen: Voraussichtlich werden nicht nur alle sieben Parteien des Mehrfamilienhauses mit Direktstrom beliefert, sondern auch das Elektroauto vor der Tür, das für die Hausbewohner im Sharing-Modell betrieben wird.

Als Mieterstromlieferant setzt Green City Energy dabei auf digitale Messtechnik, um jeden Nutzer mit einem eigenen Mieterstromtarif inklusive hauseigenem Solarstrom zu versorgen. „Wer sich für grünen Eigenstrom entscheidet, ist sich bewusst darüber, dass Netzstrom nicht gleich Netzstrom ist. Nur Ökostromversorger, die wie Green City Strom in eigenen Kraftwerken produzieren können und den Zubau von regenerativen Anlagen vorantreiben, bewirken für die Umsetzung der Energiewende wirklich etwas“, konstatiert Rauno Andreas Fuchs, Geschäftsbereichsleiter Power. □

25. Deutscher Mühlentag:

Energie ohne Nebenwirkung

Am Pfingstmontag veranstaltete die Deutsche Gesellschaft für Mühlenkunde und Mühlenerhaltung (DGM) e.V. zusammen mit ihren Landes- und Regionalverbänden den 25. Deutschen Mühlentag. Rund 900 Wind-, Wasser-, Dampf- und Motormühlen öffneten bundesweit ihre Türen. Sie ließen die Flügel und Wasserräder drehen, setzten die Mahlgänge in Betrieb und luden die Gäste zu Führungen und kleinen Festen mit kulturellen Angeboten ein.

Neben der Windkraft ist die Wasserkraft das bedeutende Element zum Antrieb der Mühlen. Doch die Wasserkraft ist in Gefahr. Überzogene ökologische Auflagen, ausgelöst durch die Wasserrahmenrichtlinie, erschweren an den Wasserkraftanlagen den Weiterbetrieb der einst bedeutendsten Energieerzeugung. Viele kleine Mühlenstandorte und technische Kulturdenkmäler werden den Betrieb der Wasserräder und Turbinen aufgeben müssen, da durch erhöhte Wasserabgabemengen und Herstellung der geforderten Anlagen zur Durchgängigkeit der Gewässer und zum Fischschutz ein dauerhafter oder auch wirtschaftlicher Betrieb meist nicht mehr gewährleistet ist. Ohne Wasser ist die Nutzung der Wassermühlen-Standorte akut bedroht und kann damit verloren gehen.

Für bessere Förderung der Wasserkraftnutzung

Zur Jubiläumsveranstaltung präsentierten sich im Freistaat mehr als 40 historische Mühlen. Der Landesverband Bayern der Deutschen Gesellschaft für Mühlenkunde und Mühlenerhaltung hatte den diesjährigen Mühlentag mit Blick auf die Klimadebatte unter das Motto „Energie ohne Nebenwirkung“ gestellt und leistete damit einen Beitrag für eine bessere Förderung der Wasserkraftnutzung. Dabei wurden insbesondere Klein- und Kleinwasserkraftanlagen in den Mittelpunkt gerückt. Schließlich ist die Stromerzeugung für viele traditionelle Mühlenstandorte eine letzte und somit wichtige Einkommensquelle und damit ein wesentlicher Aspekt zur Erhaltung von Gebäuden und den dazugehörigen mühlentypischen, oftmals denkmalgeschützten Mühlenanlagen mit Wasserrädern, Wehren und Stauanlagen.

Während sich beim Mühlen-

tag in anderen Bundesländern meist Museumsmühlen oder von Vereinen getragene im Gemeinschaftsbesitz befindliche Mühlen präsentierten, nahm im Freistaat eine Vielzahl produzierender Mühlen teil - mit Erfolg. Die Bandbreite reichte dabei von der einfachen Rückschüttmühle bis zu Mühlen, die nach dem aktuellen Stand der Technik ausgestattet sind.

Freilandmuseum Fladungen

Im unterfränkischen Freilandmuseum Fladungen wurden historische Arbeitsabläufe und Techniken rund um das Thema „Mühle“ gezeigt. Traditionelles Handwerk präsentierte auch die Oedmühle (Kreis Amberg-Sulzbach), eine komplett erhaltene viergeschossige Kunstmühle der Nürnberger Mühlenbauanstalt Johann Wolfgang Arolt mit vier Walzenstühlen und stehendem Plansichter von 1929. Noch in Betrieb ist dagegen die Gailertsreuther Mühle in Floß (Kreis Neustadt/Waldnaab). Seit den 1990er Jahren wird dort nach den Demeter-Richtlinien gearbeitet. 2007 wurde die Mühle umgebaut, seit 2008 ist sie als reine Bio-Mühle anerkannt.

Die Rauberweihermühle im Freilandmuseum Neusath-Persechen (Kreis Schwandorf) wurde als Jagdhaus mit Mahlmühle 1711/1712 erbaut. 1977 hat sie der Bezirk erworben und im Freilandmuseum aufgebaut. Das Gebäude wird für Ausstellungen genutzt. Am Pfingstmontag war die Besichtigung bei laufender Mühle möglich. Ebenfalls geöffnet war die Getreidemühle beim Kulturschloss Theuern. Besucher konnten sie bei den Führungen in Aktion sehen, sich erklären lassen, wie das Müllern früher funktioniert hat und wie wichtig dieser Beruf einmal gewesen ist. Mühlen sind in der heutigen Zeit romantisch alttümliche Bauwerke - aber kaum jemand nimmt sie noch als eine der wichtigsten Entwicklungen in

unserer Kulturgeschichte wahr.

Die Obermühle in Mühlbach bei Dietfurt (Kreis Neumarkt) gilt als eines der wenigen noch erhaltenen Ensembles in der Jurahaus-Bauweise. Die Hauptgebäude wurden 1810 bis 1812 auf älteren Vorgängerbauten errichtet. Das Ensemble besteht aus vier Gebäuden: dem Wohn- und Mühlentrakt, dem Steinstadel, dem ehemaligen Sägemühlstadel und dem Badhaus. Weitere Bauwerke sind der Quellteich mit seinen vier Wehren und dem eisernen Wasserrad. Im Steinstadel und in einem Teil des Sägemühlstadels wurde die Ausstellung „Stein.Wasser.Höhle“ gezeigt. Außerdem präsentierten die Höhenforscher der Karstgruppe Mühlbach in den Gewölberäumen im Erdgeschoss des Steinstadels ihre Forschungsergebnisse aus der Mühlbachquellhöhle.

Industriemuseum Lauf

Eng verbunden mit der Wasserkraft ist die mittelfränkische Stadt Lauf. Einst existierten um die 50 Wasserräder an der kurzen Flussstrecke durch die Altstadt. Zum Deutschen Mühlentag setzte sich das altbewährte Mühlrad im Industriemuseum Lauf in Bewegung. Auch das Freilichtmuseum Scherzenmühle in Weidenberg (Kreis Bayreuth) beteiligte sich am Mühlentag. Die Altdeutsche Mühle präsentierte sich mit zwei ober-schlächtigen Wasserrädern und zwei funktionsfähigen Mahlgängen mit Beutelkasten.

Im oberbayerischen Neubauern konnte die Wachinger Mühle, eine historische, originale Wassermühle in Betrieb, begutachtet werden. Ebenfalls zum Besuch lud die Mühle Lonnerstadt in Mittelfranken ein, die das erste Mal 1440 urkundlich erwähnt wurde. Das jetzige Gebäude stammt aus dem Jahre 1861. Die Mühle wurde vom letzten Lonnerstadter Müller im Jahr 1980 stillgelegt. Der Maschinenpark aus den 1920er Jahren ist noch komplett vorhanden. Die Eheleute Bruckmann haben 2009 das Anwesen gekauft und zuerst ein Wasserrad zur Stromgewinnung angebaut sowie die Mühle zum Besichtigen wieder hergerichtet. DK

Landkreis Fürstentfeldbruck:

Zwischenbilanz zur Energiewende

Wie ist es um die Energiewende im Landkreis Fürstentfeldbruck bestellt? Dazu gibt es eine aktuelle Zwischenbilanz, die im Landratsamt Fürstentfeldbruck der Öffentlichkeit präsentiert worden ist. Die Energie- und CO2-Bilanz für den Landkreis Fürstentfeldbruck wurde 2017/2018 von Dipl.-Ing. Martin Zerta (Ludwig-Bölkow-Systemtechnik GmbH) als Fortschreibung der CO2-Bilanzierung im Rahmen des Klimaschutzkonzepts 2012 erstellt. Sie vergleicht die damaligen Datenbasis 2010 mit Verbrauchswerten bzw. statistischen Daten aus dem Jahr 2015 hinsichtlich eingesetzter Energieträger und Verbrauchter Energiemengen, unterteilt auf die Bereiche Haushalte, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen/Industrie und Verkehr.

Neben dem Landkreis haben sich an der Erstellung der CO2-Bilanz folgende 14 Kommunen sowohl finanziell als auch inhaltlich beteiligt: Alling, Althegnenberg, Eichenau, Grafath, Gröbenzell, Jesenwang, Maisach, Mammendorf, Mittelstetten, Moorenweis, Oberschweinbach, Olching, Puchheim und Schöngesing. Die restlichen Landkreiskommunen unterstützten das Projekt ebenfalls durch das Zurverfügungstellen von Daten. Darüber hinaus waren unter der Federführung des Klimaschutzmanagements als lokale Akteure die Stabsstelle ÖPNV und die Kreisentwicklung des Landratsamtes, dazu die jeweiligen Energieversorger sowie der Verein Ziel 21 e.V. mit seinem Arbeitskreis Kommunale Energiewende in den Prozess eingebunden.

Im Ergebnis liefert die CO2-Bilanz auf Datenbasis 2015 folgende Kernaussagen: Die spezifischen CO2-Emissionen blieben mit 6,9 Tonnen CO2 pro Einwohner auf dem Niveau des Jahres 2010. Die absoluten CO2-Emissionen stiegen gegenüber dem Vergleichsjahr 2010 um +4,7% auf knapp 1,5 Mio. Tonnen CO2. Im Jahr 2015 wurde mit ca. 170 GWh um ca. 90 GWh mehr Strom aus erneuerbaren Energien bereitgestellt als im Jahr 2010 (ca. 80 GWh). Der größte Anteil entfiel auf Photovoltaikanlagen (PV). Sowohl bei der Stro-

merzeugung aus PV als auch aus Biogas, konnte die Stromerzeugung in den fünf Jahren mehr als verdoppelt werden. Aus Erneuerbaren-Energien-Anlagen im Landkreis Fürstentfeldbruck (PV, Windkraft, Wasserkraft) konnten somit bilanziell ca. 20 % des Strombedarfs gedeckt werden. Unter Berücksichtigung der Stromerzeugung von Biogas konnten sogar ca. 30 % des regionalen Stromverbrauchs gedeckt werden.

CO2-Bilanz

Die Ursachen für den ausgebliebenen CO2-Rückgang sind vor allem im erheblichen Bevölkerungszuwachs und dem damit einhergehenden erhöhten Verkehrsaufkommen der letzten Jahre zu sehen. Die Bemühungen, CO2-Emissionen erfolgreich zu reduzieren, hängen aber auch entscheidend von überregionalen Rahmenbedingungen wie gesetzlichen Hemmnissen oder fehlenden Förderkulissen ab.

Wie bereits am Ergebnis der CO2-Bilanz 2010 ablesbar, zeigen auch die aktuellen Auswertungen und Trendfortschreibungen, dass das ambitionierte Ziel der Energieresolution 2000, die Energieversorgung des Landkreises bis 2030 auf 100 % erneuerbare Energien umzustellen, kaum zu erreichen ist. Gleiches gilt auch

für das Klimaschutzziel des Bundes, die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland bis 2030 gegenüber 1990 um 55% zu senken. Bezogen auf den Landkreis Fürstentfeldbruck müssten demnach bis 2030 die spezifischen CO2-Emissionen um durchschnittlich mindestens 40% reduziert werden. Dies entspräche einer Minderung des Landkreisdurchschnitts von 6,9 t CO2 pro Einwohner (2015) auf unter 4,1 Tonnen (2030).

In der weiteren Diskussion sollte auch die Langfriststrategie der Bundesregierung, bis 2050 in Deutschland 95 % der Treibhausgas-Emissionen zu mindern (sog. Klimaschutzplan 2050), berücksichtigt werden.

In den kommenden Jahren müssen daher folgende Handlungsfelder im Fokus stehen:

- Strategische/kommunale Planung (u. a. Weiterentwicklung des Nahverkehrsplans und Prüfung des Modal Split, Stärkung interkommunaler Kooperationen beim Ausbau der Infrastruktur und alternativer Mobilitätskonzepte)
 - Mobilität (u. a. klimaeffiziente Stärkung/Beschleunigung des ÖPNV, Sicherung attraktiver S-Bahn-Verbindungen, Integration von Car-Sharing/Bike-Sharing)
 - Wärme (u. a. Wärmebedarfsplanung, Nachverdichtung Fernwärme, Ausbau der Kraftwärmekopplung (KWK), Nachverdichtung und Ausbau Gasnetz)
 - Strom (u. a. Stärkung der EE-Potentiale Wind, Sonne und Geothermie, KWK-Ausbau)
 - Weitere Klimaschutzmaßnahmen (u. a. Förderung von Verhaltensänderungen, dem sparsamen Umgang mit Ressourcen, regionalen Kreisläufen etc.)
- Weitere Infos finden sich auf der Homepage des Landratsamtes unter www.lra-ffb.de. □



Vordere Reihe von links: Dr. Franziska Sperling, Koordinatorin für Entwicklungszusammenarbeit, Landrat Stefan Rößle und Firmenchef Erwin Taglieber. Dahinter (v.l.): Stefan Taglieber, Franziska Taglieber, Gabi Taglieber, Christine Taglieber, Beate Güthner (Firma Bohner), Jonas Güthner (Firma Bohner), Marina Betz (Firma Betz), Martin Leberle (Firma Leberle), Ingrid Leberle (Firma Leberle), Alfred Taglieber, Christoph Schmidt, Martin Mangold, Alfred Schneller und Rainer Allwißner.

Bild: Taglieber Holzbau GmbH, Lisa Förch

Taglieber Holzbau baut zusammen mit Partnerfirmen eine Schule in Afrika:

Beitrag zu einer modernen Friedens- und Sicherheitspolitik

„Kinder haben es nicht in der Hand, in welche Lebensumstände sie hineingeboren werden.“ Diese Aussage von Peter Maffay beschreibt die Lebenssituation von vielen Kindern in den Entwicklungsländern der Dritten Welt so treffend. Initiiert von Landrat Stefan Rößle, der im vergangenen Jahr das Ziel ausgerufen hat, bis zum Jahr 2020 allein aus Spendengeldern von Privatpersonen und Firmen im Landkreis Donau-Ries zehn Schulen in Afrika zu bauen, hat sich auch Unternehmer Erwin Taglieber beteiligt, wie er sich an diesem Projekt beteiligen kann.

„Mir war es wichtig, mich nicht nur in unserer Region sozial zu engagieren sondern auch in den Ländern, von denen viele Menschen wegen Bürgerkriegen, Terrorismus, Korruption, Hunger und Armut die Flucht ergreifen. Wir müssen die Probleme und Fluchtursachen dort bekämpfen, wo Sie entstehen und den Menschen Hilfe zur Selbsthilfe bieten. Durch eine gute Schulbildung können wir den Kindern ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben ermöglichen, ihre Lebenssituation in der Heimat verbessern und Perspektiven für ein zukünftiges Leben schaffen, in dem sie sich etwas aufbauen können“, so Erwin Taglieber.

Begeisterte Unterstützung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie einige Partnerfirmen waren von der Idee sofort begeistert und sagten ihre Unterstützung zu. „Diese Hilfsbereitschaft ist einfach unglaublich!“, erklärt Geschäftsführer Erwin Taglieber.

Auch die Partnerfirmen (Baugeschäft Failer, Bissingen-Görlingen, Betz Fensterbau GmbH, Auhausen, Hans Bohner GmbH & Co KG, Oettingen, Gerüstbau Leberle, Birkhausen, Gerüstbau Strobel, Holzkirchen, Ladenburger GmbH, Bopfinger-Auhausen, Lissmann GmbH, Oettingen, Schurrer Putz UG, Nördlingen-Holheim) haben durch Ihre großzügigen Spen-

den zur Realisierung der „Taglieber und Partnerfirmen“-Schule in Manjoro/Sierra Leone beigetragen.

Marshallplan mit Afrika

Bei der Vorstellung des jüngsten Schulprojekts für Afrika durch den Landkreis Donau-Ries zeigte sich Landrat Stefan Rößle einmal mehr hoch erfreut über die vielfältige Bereitschaft, Entwicklungshilfenminister Dr. Gerd Müller in seinen Aktivitäten eines „Marshallplans mit Afrika“ zu unterstützen. In Gesprächen mit dem Minister sei ihm klar geworden, dass die beste Entwicklungshilfe diejenige ist, die die Menschen dazu befähigt, sich selbst zu helfen. Deshalb hat sich der Herausgeber der Bayerischen Gemeindezeitung, gemeinsam mit vielen Landkreisbürgern, dafür entschieden, vor allem Schulprojekte zu fördern.

„Mit ist klar, dass wir von hier aus nicht die ganze Welt retten können“, sagte der Landrat. Aber wenn jeder sein Scherflein beisteuere, dann werde das Leben auf unserem Globus für viele Menschen besser. Dass Erwin Taglieber so viele Mitkämpfer fand, freute ihn besonders.

Das Schulbauprojekt der Firma Taglieber in Manjoro in Sierra Leone ist eingebettet in das Konzept der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit des Landkreises Donau-Ries, dessen Koordinatorin, Dr. Franziska Sperling, erläuterte.

Finanziert wird ihre Stelle durch das BMZ / Servicestelle Kommunen in der einen Welt. Ihre Aufgaben sind Aufbau und Begleitung von Projekten, Bildungsarbeit und Entwicklungszusammenarbeit mit lokalen Wirtschaftsunternehmen und Öffentlichkeitsarbeit.

Hintergrund ist der dramatische Bevölkerungsdruck. Allein in Afrika wird die Einwohnerzahl von derzeit 1,2 Mrd. Menschen bis 2050 auf 2,5 Mrd. ansteigen. Jährlich kommen 80 Mio. dazu – also einmal Deutschland. 2.000 Millionenstädte wird es dann geben; denn 2/3 der Menschen werden in Städten leben. Sie werden Hunger, Armut, Klimawandel, Ressourcenausbeutung und Arbeitslosigkeit nicht mehr hinnehmen.

Es liegt in unserem ureigenen Interesse

Dass die Aufnahme von Millionen von Flüchtlingen in Europa auf die Dauer wenig sinnvoll ist, zeigen schon jetzt zahllose Probleme. Es gelte deshalb, die Lebenschancen und Perspektiven der Menschen in ihrer jeweiligen Heimat zu verbessern. „Wir haben das Wissen, die Innovationen und die Möglichkeiten; wir haben die Verantwortung und darüberhinaus: Es liegt in unserem ureigenen Interesse“, so Sperling. Ernährungssicherheit, Zugang zu Energie und Wasser sowie Klimaschutz seien die Überlebensfragen der Menschheit. Nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung sei nicht nur Krisenprävention, sondern moderne Friedens- und Sicherheitspolitik. Ziel der Landkreis-Initiativen sei die Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort und die Verbesserung der Lebenssituation. □

Dialektpreis Bayern 2018 verliehen

Söder, Kiechle und Füracker würdigen herausragende Verdienste im Bereich Dialektpflege und Dialektologie

„Unsere Sprache und unsere Dialekte sind identitätsstiftend und Fundament und Ausdruck unserer Werte und Traditionen“, stellte Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Rahmen der Verleihung des Dialektpreises Bayern 2018 fest. „Bayerns Dialekte sind Sinnbild für Verbundenheit, vermitteln Heimatgefühl und sind verbales Aushängeschild der bayerischen Regionen. Die Preisträger tragen maßgeblich dazu bei, die regionale Vielfalt der heimischen Dialekte zu pflegen und für die kommenden Generationen zu erhalten“, so der Ministerpräsident weiter. Insgesamt zehn Personen und Projekte erhielten die Auszeichnung für herausragende Verdienste um den Bereich Dialektpflege und Dialektologie aus den Händen des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, Kunstministerin Prof. Dr. Marion Kiechle und Heimatminister Albert Füracker.

Kunstministerin Kiechle betonte: „Mit ihrem künstlerischen Schaffen, ihrer wissenschaftlichen Arbeit und in ihren Projekten pflegen die Preisträger aktiv den Dialekt in seinen regionalen Ausprägungen und tragen erheblich zum positiven Image der Heimatsprache bei. Mundart ist gelebte Heimatverbundenheit und bereichert die Kulturlandschaft in unserem Freistaat. Ich danke den Preisträgern für ihr unschätzbare Engagement und gratuliere sehr herzlich zur Auszeichnung mit dem Dialektpreis Bayern.“

Verknüpfung von Tradition mit der Moderne

Heimatminister Füracker:

Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen:

Neues Umweltmagazin

Rechtzeitig zum Start des Frühlings und der Gartensaison erschien auch in diesem Jahr das Umweltmagazin. Herausgegeben wurde es vom Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen. Das Magazin, das sich ganz der Natur und Umwelt in Altmühlfranken widmet, wurde mit der Wochenzeitung an alle Haushalte im Landkreis verteilt.

In der diesjährigen Ausgabe werden einzigartige Bereiche der Naturlandschaft in Altmühlfranken, wie etwa das Möhrenbachtal oder die Pflanzen- und Tierwelt in ehemaligen Steinbrüchen, vorgestellt. Es enthält hilfreiche Informationen über insektenfreundliche Gärten, zum Gewässerschutz und zur Schutzimpfung für den Wald sowie zahlreiche Tipps zur Abfallvermeidung und für Ausflugsziele in der Region. Wie in den vergangenen Jahren sind der bewährte „Altmühlfränkische Obstkurier“ und Veranstaltungshinweise im Magazin zu finden.

„Mit dem Umweltmagazin wollen wir die Menschen dazu bewegen, mit offenen Augen durch die Region Altmühlfranken zu gehen, aktiv zu werden und umweltfreundlich zu leben“, freut sich Landrat Gerhard Wägemann über das besondere Magazin.

Das Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen dankt allen Mitwirkenden und Textgebern. Denn auch heuer haben wieder zahlreiche Verbände, Vereine und Institutionen mit ihren Beiträgen das 27-seitige Werk bereichert. Insbesondere werden hier der Landschaftspflegeverband Mittelfranken e.V., die Umweltstation und die Kreisgruppe des Landesbundes für Vogelschutz, der Müßighof von Regens Wagner in Absberg, der Imkerverein Mönchwald, das Amt für Ernährung Landwirt-



Das Umweltmagazin 2018 wurde über die Wochenzeitung an alle Haushalte im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen verteilt. Sonja Alberter vom Sachgebiet „Umwelt und Naturschutzrecht“ und Landrat Gerhard Wägemann präsentierten im Kreislehrgarten des Landkreises das 27-seitige Werk. Bild: Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen

Folgende Preisträger wurden mit dem „Dialektpreis Bayern 2018“ ausgezeichnet:

- Sonderpreis des Ministerpräsidenten: Monika Gruber
- Sonderpreis Staatsministerin Prof. Dr. Marion Kiechle und Staatsminister Albert Füracker: Die Couplet-Arterhaltungs-Gesellschaft (Couplet-AG)
- Allgäu: A'(lb) Traumpaar
- Oberpfalz: BBou
- Oberbayern: Doctor Döblingers geschmackvolles Kasperltheater
- Mittelfranken: Prof. Dr. Alfred Klepsch
- Niederbayern: LSK Theater Mainburg e.V.
- Unterfranken: Cäcilia „Cilli“ Pigor
- Oberfranken: Bertram Popp
- Nord- und Mittelschwaben: Alois Sailer.

*

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Cube als erster fertiger Baustein:

Wirtschaftsdialog schnuppert ZDI-Luft

Auf dem Areal der Landesgartenschau zog dieser Neubau nun schon einige Wochen viele neugierige Blicke auf sich. Jetzt erfolgte mit der feierlichen Eröffnung des Gründerlabors des Zentrums für Digitale Innovationen (ZDI) Mainfranken ein für die gesamte Wirtschaftsregion wichtiger Impuls. Elf Monate nach dem Spatenstich ist der sogenannte Cube nun quadratisch, praktisch und bezugsfertig.

Geplant wurde das würfelförmliche Gebäude, das im Inneren Platz für Prototypwerkstätten, Start-Up-Büros, Coworking-Bereiche und Aufenthalts- sowie Kommunikationsräume bietet, von Prof. Anett-Maud Joppien vom Fachbereich Architektur der TU Darmstadt in Zusammenarbeit mit der Henne Schönau Architekten GmbH in Frankfurt. Das Büro Hofmann Keicher Ring Architekten aus Würzburg übernahm die rekordverdächtig schnelle Umsetzung.

Die Außenhülle ist mit einer Bastelanleitung für einen Papierflieger verziert – dies wiederum eine Idee der Stadtgrafikerin Choon-Hee Bae. „Unweit der früheren Start- und Landebahn am Hubland sollen gute Ideen nun Flügel bekommen. Das Tempo indem wir diese helfende Infrastruktur aufgebaut haben ist absolut bemerkenswert“, freut sich Projektleiter Klaus Walther vom Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Standortmarketing der Stadt Würzburg.

Förderprogramm „Gründerland Bayern“

So konnte ein Jahr nach der Übergabe des Förderbescheids für das ZDI durch Wirtschaftsministerin Ilse Aigner beim 2. Würzburger Wirtschaftsdialog bereits beim 3. Wirtschaftsdialog mit ihrem Nachfolger im Amt Franz Josef Pschierer der Einzug in eine von insgesamt drei ZDI-Immobilien gefeiert werden. Minister Pschierer erläuterte am Hubland das För-

derprogramm „Gründerland Bayern“.

derprogramm „Gründerland Bayern“. In ganz Bayern soll die Herausforderung der Digitalisierung mit neuen Gründerzentren angegangen werden. Für die zentrale Anlaufstelle in Mainfranken stehen rund 6 Millionen Euro Förderung zur Verfügung. Der Cube kostete mitsamt Innenausstattung wie veranschlagt 2,9 Millionen Euro. Die staatliche Förderquote wird bei rund 75 % liegen.

Digitale Player als Partner

Auch wenn nun die Stadt Würzburg zu der Doppelveranstaltung aus ZDI-Eröffnung und Wirtschaftsdialog einlud, die Projektpartner sind die digitalen Player der gesamten Region: die Würzburger Universität, die Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt, die IHK Würzburg-Schweinfurt, das Rhön-Saale Gründer- und Innovationszentrum, das Gründer-, Innovations- und Beratungszentrum Schweinfurt, das Technologie- und Gründerzentrum Würzburg, die Region Mainfranken GmbH sowie das Innovations- und Gründerzentrum Würzburg.

Dreistufiges Konzept

Räumlich ist das ZDI aufgeteilt in drei Gebäude. Neben dem Cube am Hublandplatz 1 beherbergt der Tower künftig das Ideenlabor. Der Bau des dritten wichtigen Bausteins, des Inkubators, wird im Sommer beginnen.

Das Konzept möchte junge Start-Ups bei der Hand neh-

men und guten Ideen und Innovationen ideale Rahmenbedingungen bieten: vom kritischen Überprüfen und Nachjustieren einer ersten Idee, über den inspirierenden Austausch mit anderen Gründern und Coaches bis zur Bewährungsprobe im Markt. Oberbürgermeister Christian Schuchardt setzt aus verschiedenen Gründen auf dieses dreistufige Konzept: „Wie schön wäre es, wenn im Cube auch Lösungen heranwachsen, die uns auf dem Weg zur ‚Smart City Würzburg‘ helfen.“

Gleichzeitig appellierte er an die über 300 Teilnehmer des 3. Würzburger Wirtschaftsdialogs: „So wie die Stadt Würzburg große Hoffnungen auf den zukünftigen Brain Pool des ZDI Mainfranken setzt, kann ich alle etablierten Unternehmerinnen und Unternehmer nur dazu ermuntern, sich Gedanken darüber zu machen, wie sich mit diesem Pfund wuchern lässt. Nutzen Sie dieses Netzwerk und seine Innovationskraft – beispielsweise um ihre Produkte zu optimieren, Ihr Innovationsmanagement zu verbessern oder auch um wertvolle Arbeitskräfte zu gewinnen.“

Der Wirtschaftsdialog, der weltweit des Cubes in der LGS-Blumenhalle stattfand, hatte sich bei seiner dritten Auflage ganz der Idee von einer „Smart City“ verschrieben. Wer mit diesem Schlagwort bis dato noch nicht viel anfangen konnte, erfährt von zahlreichen spannenden Ideen und Konzepten, die alle darauf abzielen, durch geschickte Datenverarbeitungen und neue Technologien das Stadtleben via Smartphone oder PC ein Stück komfortabler und cleverer zu machen. Dies könnte beispielsweise durch Sensoren geschehen, die jeden freien Parkplatz in Echtzeit auf dem Handy anzeigen. Auch eine intelligente Straßenbeleuchtung könnte direkt auf Menschen oder Bewegungsdaten reagieren und sich nicht nur an der Tageszeit orientieren.

Manches ist noch Zukunftsmusik, anderes bereits zum Greifen nah. So werden nun beispielsweise im Bereich Tourismus bei der Stadt Würzburg Chatbots auf Webseiten zum Einsatz kommen. Bei diesem Service chatten Benutzer nicht direkt mit einem Menschen, sondern sie stellen ihre Fragen einer umfangreichen Datenbank, die dann mit Hilfe einer guten Verschlagwortung hilfreiche Tipps und Links in die Antwort packt.

Zahlreiche Aussteller

Daneben warben zahlreiche Aussteller für energiesparende Baustoffe, Solarfahrzeuge oder das Fahrrad. Das Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen war mit verschiedenen Infoständen zu allen Umwelt- und Energiethemen vertreten und die Landfrauen des Bayerischen Bauernverbandes informierten über die verschiedenen Pflanzmethoden für Gemüse- und Obstpflanzen.

Das Energiesparfestival wurde vom Landesamt für Umwelt und vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie unterstützt. In den Jahren 2018 und 2019 finden in Bayern 18 Veranstaltungen dieser Art statt. Im Jahr 2018 gibt es derzeit drei feste Veranstaltungstermine. Treuchtlingen bildete den Auftakt. **DK**

ern und Tschechien stark verbessert. Mit der ARGE könne man das Gespräch mit dem Nachbarn suchen und auch finden, stellte Ivana Straska, Kreishauptfrau von Südböhmen, fest. Ihre Botschaft: „Wir müssen einfach mehr miteinander reden.“ **DK**

Bewusstes Leben

Muss ich Dinge gleich wegwerfen oder macht es Sinn, damit ein RepairCafe aufzusuchen? Kann ich Dinge, die ich nicht mehr benötige, vielleicht anderweitig nutzen – also „upcyclen“? Aus alten Obstkisten Regale bauen? Doch wie mach ich das? Und ist es nicht besser – für Umwelt, Mensch und die Region – wenn ich bei meinem Einkaufsverhalten regionale Produkte in den Fokus rücke? Auf solche Fragen wurden während des Energiesparfestivals Antworten gegeben und Umsetzungsbeispiele präsentiert.

Aus alt mach neu

Im Repair Café wurden defekte Geräte gemeinsam repariert. Die Besucher konnten zum Bei-



Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer (Bildmitte), Oberbürgermeister Christian Schuchardt (vordere Reihe, Vierter von links), Projektleiter Klaus Walther (Dritter von rechts), Innenstaatssekretär Gerhard Eck (Fünfter von rechts) und weitere Festgäste beim feierlichen Durchschneiden des Bandes vor dem Gründerlabor am Hubland.

Bild: Georg Wagenbrenner

Jubiläumsfeier in Freyung:

50 Jahre ARGE Unterer Bayerischer Wald

Auf ein halbes Jahrhundert erfolgreiche Arbeit zurückblicken kann die ARGE Unterer Bayerischer Wald. Schon früh hat sie sich mit Tschechien vernetzt und schon weit vor dem Fall des Eisernen Vorhangs mit den Partnern jenseits des Grenzzaunes Kontakte gepflegt. Bei einem Festakt im Europahaus in Freyung wurden die Verdienste der überparteilich arbeitenden Arbeitsgemeinschaft in Erinnerung gerufen.

Von Beginn an war es das Ziel der im April 1967 gegründeten ARGE, der Region mehr Gewicht zu geben und die zahlreichen strukturellen Probleme zu beseitigen, betonte der Passauer Landrat Franz Meyer, der bis zur Jubiläumsfeier den ARGE-Vorsitz innehatte. Sein Nachfolger ist Passaus Oberbürgermeister Jürgen Dupper.

Intensivierte Beziehungen

Wie Meyer rückblickend feststellte, habe man nicht nur mit fehlender Infrastruktur und hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen gehabt; anfänglich habe der Eisernen Vorhang ein erhebliches Entwicklungshindernis dargestellt. Die nach mehrjährigen Verhandlungen mit den tschechoslowakischen Behörden erfolgte Grenzöffnung in Philippsreut im Jahre 1971 sei ein Meilenstein gewesen. Von nun an habe der Waren- und Personenverkehr wieder eingeschränkt funktioniert und auch die Beziehungen zum Nachbarn hätten sich im Laufe der Zeit immer mehr intensiviert.

Boomende Region

Den Bau der Autobahnen von Regensburg nach Passau und von München bis Deggendorf, die Umsetzung des gewünschten Nationalparks im Bayerischen Wald, die Eröffnung der „Grenzlanduniversität“ in Passau und den verstärkten sozialen Wohnungsbau bezeichnete Meyer als weitere Errungenschaften der ARGE. „Ob Infrastruktur, Arbeitsmarkt, Energieversorgung oder wissenschaftlicher Austausch – in all diesen Bereichen wirkte die Arbeitsgemeinschaft im Sinne eines gestärkten Unteren Bayerischen Waldes, und zwar immer für die Region und nie nur aus Parteipolitik“, unterstrich der Vorsitzende. Heute befinde man sich in der Mitte Europas und in einer boomenden Region.

Wünsche des Landrats

Auf Augenhöhe mit den europäischen Metropolregionen wahrgenommen zu werden, ist ein Wunsch des Landrats für die Zukunft. Zudem hat er ein noch leistungsfähigeres Verkehrs- und Datennetz, ein ge-

meinsames Standortmarketing mit dem Nachbarn und den Ausbau des wirtschaftlichen Netzwerkes im Blick.

Meilensteine der ARGE

Karl-Heinz Lambert, Präsident des Ausschusses der Regionen in Brüssel, hob die Bedeutung einer fortgesetzten Regional- und Strukturförderung auch im neuen Förderzeitraum in der EU von 2021 bis 2027 hervor, während Staatsminister a. D. Helmut Brunner die Leistungsfähigkeit der kleinen Organisation lobend erwähnte. Die ARGE Unterer Bayerischer Wald sei auch ein Zusammenschluss des Friedens, der der jungen Generation vermitteln solle, dass es nichts Wichtigeres gibt als Frieden und Freiheit.

Als Meilensteine in der Geschichte der ARGE nannte Brunner die Eröffnung des Europahauses sowie die Errichtung der Polizeiakademie in Freyung. Die Vitalität der ländlichen Räume sei das wichtigste Mittel gegen Landflucht, erklärte der ehemalige Landwirtschaftsminister.

Verkehrsprojekte

Was die im Bundesverkehrswegeplan verankerten Projekte betrifft, sei Ostbayern Schwerpunktregion, wusste Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer zu berichten. Damit wolle man auch die im Koalitionsvertrag verankerte Gleichheit der Lebensumstände von Stadt und Land umsetzen. Als Meilensteine bezeichnete der Minister in diesem Zusammenhang den Spatenstich zum Ausbau der A3 zwischen Rosenhof und Regensburg mit Kosten in Höhe von 270 Millionen Euro sowie den Bau der A94. Auch in puncto schnelles Internet und Mobilfunk wünscht sich Scheuer eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Periode der Wertschätzung

„Nicht zuletzt dank der Bemühungen von Horst Seehofer ist eine Periode der Freundschaft und Wertschätzung entstanden“, machte Kristina Larischová, Generalkonsulin der Tschechischen Republik, deutlich. Gerade in den vergangenen Jahren hätten sich die Beziehungen zwischen Bay-

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefim vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungsweise- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bürgerstiftung Abensberg vergibt Förderstipendien

Seit dem Sommersemester 2017 vergibt die Bürgerstiftung Abensberg Förderstipendien an herausragende Studierende des berufsbegleitenden Bachelorstudiengangs Soziale Arbeit am Lernstandort Abensberg. Vor kurzem wurden insgesamt 6.000 Euro an drei Studierende übergeben.

Die OTH Regensburg, Fakultät Angewandte Sozial- und Gesundheitswissenschaften, bietet in Kooperation mit den dezentralen Lernorten Abensberg, Cham und Tirschenreuth den berufsbegleitenden Bachelorstudiengang Soziale Arbeit an, der erstmalig im Wintersemester 2016/17 startete. Ziel des dezentral angelegten Studiengangs ist es, ein akademisches Weiterbildungsangebot im Bereich Soziale Arbeit für die ausgebildeten Erzieher, Heilberufspfleger und Heilpädagogen zu schaffen. Dabei folgt das

elfsemestrige – bei erfolgreicher Anrechnung sogar nur neunsemestrige – Studium einem besonderen Konzept: Die Lehrveranstaltungen finden sowohl in Regensburg als auch an den dezentralen Lernorten statt.

Förderpreis: 6.000 Euro

Da die Studierenden ihr Studium in der Regel neben Beruf und Familie aufnehmen, stellt der Studiengang eine besondere Herausforderung dar. Um diese Leistung zu honorieren, lobte die Bürgerstiftung Abensberg

einen mit insgesamt 6.000 Euro jährlich dotierten Förderpreis aus, der vor kurzem zum ersten Mal an die leistungsstärksten Studierenden vergeben wurde. Die Bewertungskriterien sind u.a. die Qualität der Studienleistungen und das soziale Engagement.

Nach diesen Kriterien wurden nun am Lernort Abensberg drei Studierende ausgewählt, an die der Förderpreis in den Räumlichkeiten des Kultur- und Bildungszentrums Aventinum in Abensberg feierlich übergeben wurde. Zum Auftakt der Veranstaltung wurden die Preisträgerin Martina Gruber-Paul, der Preisträger Hubert Zeilbeck sowie Gäste aus Regensburg und Abensberg durch den 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl begrüßt. In der anschließenden Ansprache würdigte der Präsident der OTH Regensburg Professor Dr. Wolfgang Baier die Kooperation zwischen OTH und Stadt Abensberg. „Die Zusammenarbeit ist immer fruchtbar“, so Baier anerkennend. Zum gedeihlichen Lernstandort Abensberg trägt die Katholische Jugendfürsorge mit ihrer starken Präsenz in Abensberg bei, und auch die Zusammenarbeit mit Museumsleiter Dr. Tobias Hammerl, in vielen Fragen erster Ansprechpartner der OTH, wurde allseits gelobt.

Nach der Vorstellung des dezentralen berufsbegleitenden Studiengangs Soziale Arbeit durch den Dekan der Fakultät Angewandte Sozial- und Gesundheitswissenschaften Professor Dr. Wolfram Backert wurden die Urkunden an die Preisträgerin und den Preisträger durch den 1. Bürgermeister Dr. Brandl, den Präsidenten der OTH Regensburg Professor Dr. Baier und den Dekan der Fakultät Soziale Arbeit Prof. Dr. Backert überreicht. Die dritte Preisträgerin Kerstin Stich konnte den Förderpreis an diesem Tag leider nicht persönlich entgegennehmen.

Im Anschluss an die feierliche Übergabe fand ein zwangloser Empfang statt, der allen Beteiligten Gelegenheit gab, miteinander ins Gespräch zu kommen und über die zukünftigen Herausforderungen der Kommunen im Bereich Sozialer Arbeit zu diskutieren.

Landkreis Fürstentumbruck:

Arbeitskreis Flüchtlinge an der Berufsschule

Drimal im Jahr tagt der Arbeitskreis „Flüchtlinge an der Berufsschule“ im Landratsamt Fürstentumbruck unter Federführung der Bildungskordinatorinnen Carmen Harrieder und Gerda Kistler. Alle, die an der Beschulung der Geflüchteten beteiligt sind - Lehrer der Berufsschule, Sozialarbeiter ebenso wie verschiedene Abteilungen des Landratsamtes und Kräfte aus Wirtschaft und Handwerk - nehmen daran teil und diskutieren über Beschulungsangebote sowie berufliche Perspektiven der Geflüchteten.

Ziel ist es, die relevanten Akteure zusammen zu bringen und Informationen auszutauschen. Teilnehmer sind u.a. Michael Steinbauer und Gerhard Kohlfürst vom IHK Regionalausschuss, die davon berichteten, dass die Zielgruppe meist praktisch sehr gut veranlagt sei, jedoch die Abschlussprüfungen oft nicht schaffen würden.

Auch Detlef Köhler von der Bürgerstiftung für den Landkreis Fürstentumbruck teilte diese Meinung. Er leitet das Projekt „Praktikumsbörse“ und begleitet u. a. die Betriebsbesichtigungen, bei denen die jungen Geflüchteten mal einem Friseur, einem Mechaniker im Autohaus oder einem Techniker über die Schulter schauen dürfen. Dabei wird schnell deutlich, dass ein Friseur nicht nur das Handwerk der Haarpflege be-

herrschen, sondern auch mit den Kunden kommunizieren können muss. Diese Besichtigungen sind wichtig, weil sich Vorstellung und Realität des Berufsalltags doch oft unterscheiden.

Vor Ort wird in den Betrieben deutlich, welche Leistungen und Stärken der Schüler die Ausbildung erfordert. So werden gute Kontakte für Praktika etc. geknüpft und auch von den Firmen kommen positive Rückmeldungen.

Das nächste Mal tagt der Arbeitskreis im Sommer. Themen sind dann u.a. mit wie viel neuen Schülern die Berufsschule ab September in den Berufsintegrationsklassen starten wird und wie viele Schüler eine Ausbildung oder eine Arbeit aufgenommen haben werden.

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„So, jetzt geb ich hier mal den Wutbürger. Was soll dieses dauernde Italien-Bashing seit den letzten Wahlen? Gefahr, Gefahr, Gefahr! Statt über mögliche Gefahren für den Euro oder die EU zu spekulieren, sollten wir uns lieber mal Gedanken machen, warum man im Sehnsuchtsland der Deutschen so kritisch gegenüber uns eingestellt ist.“ Mein Chef, der Bürgermeister, der sich seit jeher stark für die Verständigung mit unseren Nachbarn auf kommunaler Ebene einsetzt, platzte der Krone.

Es ist doch tatsächlich so: Kaum macht ein südliches Land mal politisch Radau, sei es vor ein paar Jahren Griechenland, sei es jetzt Italien, da läuft die Empörungsmaschine zuverlässig an. Presse, einschlägig bekannte Ökono-

dann kann man das zur inneren Angelegenheit erklären (Vogel-Strauß-Politik) oder man nimmt solche Warnzeichen ernst und versucht, hier zu helfen. Vor allem, wenn wir in Deutschland unter dem gegenteiligen Phänomen leiden, nämlich zu wenigen jungen Leuten, die in Ausbildung wollen.

Das Resultat haben wir jetzt: Starke populistische und systemverachtende Parteien, die sogar so stark sind, eine Regierung zu bilden. Mir gefällt diese Regierung nicht, mir hat aber auch nicht jede deutsche Regierung gefallen. Mir gefallen auch populistische Parteien nicht, aber diese Abneigung ist buchstäblich grenzenlos, da ja kaum ein europäisches Land von populistischen Strömungen verschont geblieben ist, auch Deutschland nicht.

Die Bundeskanzlerin hat Recht, wir müssen mit jeder Regierung in der EU zusammenarbeiten. Für uns Kommunen, die wir Partnerschaften mit italienischen Städten, Gemeinden oder Regionen haben, bleibt aber noch eine andere Aufgabe: Sich mehr zu bemühen, den Partner kennen zu lernen. Wir sind Austausch- und Reiseweltmeister, gerade auch mit Italien. Wir sollten dabei weniger Pizza mit Chianti runterspülen oder am Strand faulenzern, sondern uns mehr mit den Leuten und ihren Problemen beschäftigen. Lernen wir Italien wirklich kennen und träumen wir nicht nur unseren Traum von dolce vita!

Das sind schließlich unsere (fast) unmittelbaren Nachbarn, da müsste es doch mit einem guten Willen möglich sein, sich zu verstehen, die jeweils andere Seite zu respektieren, blödsinnige Vorurteile von dominierenden Deutschen oder faulen Italienern über Bord zu werfen und zum gegenseitigen Nutzen zusammenzuarbeiten.

Mein Chef, der Bürgermeister, packt es auf seine Weise an und hat dem sindaco unserer Partnerstadt ein E-Mail geschrieben, um die ein bisschen eingeschlafenen Beziehungen zu aktivieren. Gut so. Er muss bloß aufpassen, dass er den Austausch verstetigt, denn schon Arthur Schopenhauer wusste: „Mit Italien lebt man wie mit einer Geliebten, heute im heftigen Zank, morgen in Anbetung, mit Deutschland wie mit einer Hausfrau, ohne großen Zorn und ohne große Liebe.“

ihre Sabriul

men und dann leider auch Politiker greifen tief in die Vorurteilstüte, wonach die südlichen EU-Länder nicht zu uns und unserer Stabilitätskultur passen. Wie vertrocknete Gouvernanten gibt es dann die Ratschläge, den Euro zu verlassen, eine Parallelwährung einzuführen und gefälligst wie früher abzuwerten, aber bitte uns schön mit den Problemen des Landes in Frieden lassen.

Dabei wäre es wahrscheinlich im Interesse Europas, aber auch in unserem eigenen Interesse sinnvoller gewesen, wir hätten uns früher für die Schwierigkeiten unserer südlichen Nachbarn interessiert und zusammen mit ihnen nach Lösungen gesucht. Beispiel Migration. Es gibt wohl niemanden, der nicht zugibt, dass es ein Fehler der Nordeuropäer war, jahrelang zuzusehen, wie Italien, Griechenland, aber auch Spanien mit Flüchtlingen und illegalen Wirtschaftsmigranten geradezu vollliefen, bis der Druck so groß war, dass die Welle zu uns überschwappte.

Wir haben versagt, als es vielleicht noch gelungen wäre, durch besseren Schutz der Mittelmeergrenzen die Situation zu beruhigen und diese Länder nicht dem Instabilitätsrisiko der ungehemmten Einwanderung auszusetzen.

Beispiel Jugendarbeitslosigkeit. Wenn in einem Land ein Viertel bis zur Hälfte der jungen arbeitsfähigen Menschen keine Anstellung oder kein Ausbildungsverhältnis hat,



Bürgerinformation als wichtige Aufgabe

Kommunen und Landratsamt Pfaffenhofen wollen noch enger zusammenarbeiten

Die Verantwortlichen für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in den Kommunen des Landkreises Pfaffenhofen haben sich kürzlich auf Einladung der Pressestelle des Landratsamtes zu einer Arbeitstagung getroffen. Landrat Martin Wolf konnte 20 Teilnehmer aus 16 Kommunen des Landkreises begrüßen. „Ich freue mich über das große Interesse. Kommunen und Landratsamt haben in der täglichen Arbeit und damit auch bei der Information der Bevölkerung eine Vielzahl von Berührungspunkten. Darüber hinaus stehen die Behörden in der Verantwortung, der Öffentlichkeit Projekte und Entscheidungsprozesse zu erläutern und das Handeln der Verwaltung transparent zu machen. „Der Informationsfluss zwischen Landratsamt und Kommunen stärkt die tägliche Arbeit“ so Landrat Martin Wolf. „Wegen des offenen Austauschs und der wertvollen Diskussionsbeiträge war es ein gewinnbringender Vormittag mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Rathäusern“, so Karl Huber, Pressesprecher des Landratsamtes. „Die Zusammenarbeit in dieser Runde wird auch fortgeführt. Wir haben beispielsweise vereinbart, ein gemeinsames Fortbildungsangebot im Landkreis zu organisieren.“ Neben dem Erfahrungsaustausch wurden Möglichkeiten der Zusammenarbeit besprochen, besondere Anforderungen in der Krisenkommunikation erörtert, die Chancen sozialer Medien diskutiert und eine ganze Reihe von Detailfragen geklärt. Unser Bild zeigt die Verantwortlichen für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in den Kommunen, die sich im Landratsamt zum Erfahrungsaustausch trafen.

Bild: Wohlsperger



Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler mit dem Vorsitzenden des Fränkischen Theatersommers, Dr. Bernd Matthes, bei der Unterzeichnung der Schenkungsurkunde.

Fränkischer Theatersommer zieht in Gutshof ein

Der Fränkische Theatersommer schlägt seine Zelte neben Hollfeld, welches Sitz des Theatersommers bleibt, nun auch im Landkreis Lichtenfels auf. Möglich macht dies die Schenkung des ehemaligen Gutshofes des Bezirksklinikums Obermain in Kutzenberg (Gemeinde Ebnethausen) durch den Bezirk Oberfranken. Das denkmalgeschützte Ensemble bietet der Landesbühne Oberfranken beste Voraussetzungen sowohl für die Probenarbeit als auch für die Lagerung der umfangreichen Requisiten.

„Wir freuen uns, dem Fränkischen Theatersommer mit der Schenkung des ehemaligen Gutshofes in Kutzenberg ein neues Domizil bieten zu können. Das großzügige Areal bietet nach einer Sanierung Möglichkeiten für Lagerstätten, Proberäume sowie Gebäude für Künstler und Verwaltung. Damit nimmt der Bezirk Oberfranken seine Aufgaben im Bereich der Kultur- und Heimatpflege wahr und unterstützt eine hochklassige kulturelle Einrichtung für ganz Oberfranken“, unterstreicht Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler die Bedeutung der Unterzeichnung der Schenkungsurkunde.

Der Betrieb des Gutshofes, der ehemals zur Versorgung des Bezirksklinikums diente, wurde im Jahr 2006 eingestellt. Das rund 60 Meter lange Hauptgebäude samt Scheune, Mittelgebäude und ehemaligem Pferdestall stehen unter Denkmalschutz und werden nun einer sinnvollen Nachfolgenutzung zugeführt. Frühere Versuche des Bezirkes, das Gebäude zu veräußern, brachten nicht den gewünschten Erfolg. Mit der schenkungsweisen Übertragung einher geht die provisorische Instandsetzung des Mittelgebäudes durch den Bezirk.

„Wir sind dem Bezirk Oberfranken und Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler dankbar für dieses großzügige Geschenk. Das Areal eignet sich auf ideale Weise für unsere Vorhaben“, freut sich Dr. Bernd Matthes, Vorstand des Theatersommers. Nun gelte es, die neue Bleibe in den kommenden Jahren mit Leben zu erfüllen. Erste Requisiten sind be-

Unesco-Welterbetag 2018:

Buntes Programm in bayerischen Kommunen

Unter dem Motto „Unesco-Welterbe verbindet“ haben die 42 deutschen Weltkultur- und Weltnaturerbestätten den Welterbetag gefeiert. Vom Wattenmeer bis zum Bodensee konnten Besucher bei Führungen, Konzerten oder Ausstellungen geschichtsträchtige Bauwerke und Landschaften erleben. Die zentrale Veranstaltung fand in diesem Jahr in Aachen statt. Auch die sieben bayerischen Welterbestätten waren dabei.

Das Markgräfliche Opernhaus in Bayreuth bot zum Welterbetag zwei Sonderführungen an. Dabei wurden Türen geöffnet, die normalerweise geschlossen sind. Zu sehen waren beispielsweise die hochtechnischen Anlagen in den Kellerräumen, vom Notstromaggregat bis hin zur Heizungs- und Klimazentrale, aber auch die Künstlergarderoben. Zudem waren die rekonstruierten historischen Kulissen und die moderne Bühnentechnik Thema der Sonderführungen.

Bamberg

Mit einem umfangreichen Welterbe-Wochenende feierte Bamberg zusätzlich 25 Jahre UNESCO-Welterbetitel. Gemeinsam mit dem Lions Club Bamberg fand ein Fest mit einem abwechslungsreichen Familienprogramm statt. Außerdem standen 25 Themenführungen, die an unterschiedlichen Punkten starteten und verschiedene Aspekte der Welterbestadt thematisierten, auf dem Programm. Danach fanden sich die 25 Gruppen zum Bamberger Abend bei frän-

kischem Buffet, Bamberger Bier und Musik.

Würzburg

Im Rahmen eines nachmittäglichen Teekonzerts im Gartensaal der Residenz Würzburg nahmen zwei Wiener Klassiker einen Vertreter der 2. Wiener Schule in ihre Mitte: Ganz spätromantisch schmelgerisch zeigte sich Anton Webern in seinem Langsamen Satz für Streichquartett aus dem Jahr 1905, dargeboten von Quatuor Arod, einem jungen Streichquartett, das derzeit die internationalen Kammermusikpodien stürmt. Die Veranstaltung wurde organisiert von der Bayerischen Schlösserverwaltung.

Augsburg

Augsburg lud zu den „Wasertagen“ ein. Besucher konnten unter anderem die Wassertürme des Wasserwerks am Roten Tor besichtigen. Die Wieskirche bei Steingaden feierte den Welterbetag ihrerseits mit einer gesungenen Messe mit

dem Kemptener Kammerchor.

Landkreis Miltenberg

Im Landkreis Miltenberg fand ein Aktionstag an allen Limesorten von Niedernberg bis Reichartshausen statt. Im Maintal wird ersichtlich, wie die Römer in der Antike die Ressourcen der Region – Holz und Stein – nutzten. Der Main stellte hier mehr als nur eine Grenze dar, er war auch ein viel befahrener Verkehrsweg, der eine lebendige antike Kultur an seinem Ufer begünstigte. Am UNESCO-Welterbetag präsentierten nun Museen, Vereine und Ehrenamtliche die römischen Denkmäler ihrer Heimatorte mit Aktionen, Führungen und Sonderveranstaltungen.



Die neue Regensburger Fachakademie für Sozialpädagogik, die zum Schuljahr 2017/18 ihren Betrieb aufgenommen hatte, ist bereits jetzt ein Erfolgsprojekt. Wie in der letzten Sitzung des Schulausschusses berichtet wurde, werden im ersten Jahrgang aktuell 26 Studierende unterrichtet. Der theoretische Unterricht erfolgt an zwei Tagen pro Woche am Beruflichen Schulzentrum Regensburger Land in Regensburg; der fachpraktische Unterricht findet an drei Tagen pro Woche in den Räumlichkeiten der ehemaligen Grundschule in Pielenhofen statt. Hierfür wurden mit der Gemeinde Pielenhofen ein zweijähriger Mietvertrag und eine Vereinbarung zur Nutzung der gemeindlichen Sporthalle für den Sportunterricht der Studierenden abgeschlossen. Ab dem Schuljahr 2018/19 wird eine zweite Klasse eingerichtet. Zu diesem Zweck ist es notwendig, einen weiteren Raum im Untergeschoss in Pielenhofen anzumieten, um Gruppenarbeiten sinnvoll durchführen zu können. Landrätin Tanja Schweiger (Mitte) und Pielenhofens 2. Bürgermeister Jürgen Ebkemeier statteten den Schülern zu Beginn des Schuljahres einen Besuch ab. □

Regensburg

Regensburg feiert den Welterbetag erst am 10. Juni. Die Steinerne Brücke, eines der bekanntesten Wahrzeichen von Regensburg, setzt dabei den thematischen Schwerpunkt. Die Besucher haben unter anderem die Gelegenheit, das Welterbe vom Wasser aus zu betrachten, eine inspirierende Führung über die Brücke zu erleben oder sich einfach nur über das restaurierte, stadtbekanntes Bruckmandl zu freuen.

Tags zuvor lädt das Museum der Bayerischen Geschichte zum ersten großen Museumsfest. Anlässlich der Fertigstellung des Museumsgebäudes erleben alle Besucher die bayerische Geschichte im Rahmen einer beeindruckenden Panoramashow.

Weitere Welterbestätten in Bayern sind die Pfahlbauten im Starnberger See, Bodensee, in Pestenacker und Unfriedshausen. **DK**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Dokumentation zum Wohnungsbaupolitischen Dialog sowie die Einladung zum 11. Bayerischen EnergieForum der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Libanesischen Kommunen:

Auf Austauschbesuch im Westallgäu

Finanziert über das Schnellstartpaket I im Rahmen der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ fand jüngst ein Besuch von Vertretern aus sechs libanesischen Kommunen in Heimenkirch, Amtzell, Gestratz, Hergatz und Opfenbach im Westallgäu statt. Es handelte sich um den Gegenbesuch der libanesischen Delegation, nachdem im November 2017 die deutschen Kommunen bereits den Libanon besucht und erste Kontakte geknüpft hatten.

Die 18 libanesischen Gäste, darunter Bürgermeister, Entwicklungskordinatoren, Fachexperten und ehrenamtliche Helfer aus den Kommunen Ghazzée, Bwarej, Bar Elias, Rasha'ine, Al Mohammara und der Union von Minnieh hatten ein umfangreiches Programm. Ein Höhepunkt war gleich am ersten Tag die Teilnahme von Bundesminister Dr. Gerd Müller an einem Mittagessen in Amtzell. Er zeigte sich beeindruckt von der großen Leistung der libanesischen Kommunen, in denen teilweise die Zahl der syrischen Geflüchteten die Zahl der lokalen Bevölkerung um ein Vielfaches übersteigt.

Müller bezeichnete den Wissensaustausch zwischen den sechs libanesischen Kommunen und den fünf Kommunen aus dem Westallgäu als Modellprojekt, für das er sich weiter einsetzen wird. Über den Tag hinausgehende Partnerschaften würden aufgebaut und Verbesserungen für die Situation von Geflüchteten und lokaler Bevölkerung könnten gemeinsam geplant und umgesetzt werden. Das Programm solle weiter gestärkt werden.

Während ihres Aufenthaltes im Westallgäu besuchten die libanesischen Gäste vor allem Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge, unter anderem eine Abfallvergasungsanlage und eine Biogasanlage in Amtzell, den Ab-

wasserverband Obere Laiblach – zu dem sich die Kommunen Hergatz, Heimenkirch und Opfenbach zusammengeschlossen haben – eine Schilfkläranlage in Kißleg, die Fernwasserversorgung Oberes Allgäu sowie den Zweckverband für Abfallwirtschaft Kempten.

Ein weiterer Schwerpunkt des Austauschs mit praktischen Beispielen waren unterschiedliche Projekte der lokalen Wirtschaftsförderung und des Umweltschutzes. Dabei erhielten die Gäste auch die Gelegenheit, die alpine Landschaft und die Naturpark Nagefluhkette kennenzulernen und bei einer Ortsbegehung Turnhalle, Dorfladen, Gemeindehaus und Feuerwehr zu besichtigen.

In Zusammenarbeit mit der Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL) in Thierhaupten fand eine eintägige Austauschveranstaltung statt, auf der die kommunalen Strukturen der Selbstverwaltung im Libanon und in Süddeutschland verglichen wurden. Die Handlungsmöglichkeiten für die Umsetzung gemeinsamer Projekte mit den libanesischen Kommunen wurden diskutiert und definiert.

Neben den konkreten Projekten, die in naher Zukunft umgesetzt werden sollen, wurde die Bedeutung des kulturellen Austauschs unterstrichen, der in dieser gemeinsamen Woche zu wichtigen Annäherungen geführt hat. □

Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 21. Juni 2018 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunikationstechnologie · Breitband · Mobilfunk
- Bürger- und Verwaltungsinformationssysteme
- Wasserversorgung · Wasserentsorgung
- Gewässerschutz
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge Dienstfahrzeuge

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL

Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

AVA-Software



ORCA
orca-software.com

Energiedienstleistung



erdgas schwaben

Fahnenmaste + Fahnen



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



Nutzfahrzeuge



www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de/kommunen-und-behoerden

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk GmbH & Co. KG · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18
professional@hailo.de · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Straßenbeleuchtung

LEDiKIT® Streetlight

Digital LED-Upgrade
bestehender Straßenleuchten
mit Verstand und Verantwortung.



Weitere Informationen:
T 0861 90992040 www.laternix.de



V.l.n.r.: Robert Niedergesäß, Landrat Ebersberg, Dr. Christoph Maier, Geschäftsführer baucultur project und Norbert Seidl, 1. Bürgermeister Stadt Puchheim bei der Diskussion.

Wohnen darf kein Luxus sein

1. Wohnungsbaupolitische Dialog in München diskutiert Strategien für bezahlbaren Wohnraum in der Region München

Die Region München wächst weiter ungebrems: Schätzungen zufolge beträgt das Bevölkerungswachstum in München bis 2030 14 %. Die Nachbarlandkreise erwarten ein ähnliches Wachstum.

Gleichzeitig steigen die Mieten unaufhaltsam: Über 20 € pro m² im Erstbezug sind heute Standard. Die Leidtragenden sind insbesondere Senioren, Alleinerziehende und junge Familien. Diese Mitte der Gesellschaft kann sich Wohnraum in München und im Münchner Umland nicht mehr leisten. Auch die Kommunen stehen damit vor der Herausforderung, das Problem vor Ort anzugehen und bezahlbares Wohnen zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund veranstaltete baucultur project in Kooperation mit der Bayerischen GemeindeZeitung am 04. Mai 2018 den 1. Wohnungsbaupolitischen Dialog in München. Unter dem Motto „Ist bezahlbarer Wohnraum in der Region München möglich?“ wurden im forum baucultur im skygarden vor rund 50 Gästen praxisnahe Lösungsansätze für die Kommunen diskutiert.

Referenten waren u.a. Robert Niedergesäß, Landrat von Ebersberg, Norbert Seidl, 1. Bürgermeister der Stadt Puchheim, Dr. Karin Zauner-Lohmeyer von Wiener Wohnen sowie die Geschäftsführer von baucultur project Dr. Christoph Maier und Markus Oster-

mair. In zwei Podiumsdiskussionen konnten sich die Gäste direkt mit den Referenten austauschen.

Dr. Maier eröffnete die Veranstaltung, indem er darauf aufmerksam machte, wie sich der Mietpreis zusammensetzt, da sich nur hieraus auch die Potentiale für bezahlbares Wohnen ableiten lassen. Demnach betragen die Anteile für das Grundstück sowie Planen und Bauen jeweils rund 30 %. Weitere 10 % gehen an Projektentwickler und Bau-träger. 10 % müssen für die Instandhaltung und die nicht direkt auf den Mieter umlegbare Verwaltung bezahlt werden, während der restliche Anteil von ca. 20 % als Gewinn beim Vermieter bleibt.



Robert Niedergesäß, Landrat Ebersberg, in seiner Keynote über kommunale Wohnungsbaugesellschaften und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Ein Ziel – viele Wege

„Es wird insgesamt zu wenig gebaut und das was gebaut wird, ist zu teuer!“, so Landrat Niedergesäß in seiner Keynote. Bei einem jährlichen Zuwachs von 2.000 Menschen alleine im Landkreis Ebersberg führt das zu einer Verdrängung von Gering- und Normalverdienern.

Hierauf reagierte der Landkreis mit der Gründung einer Wohnbaugesellschaft im Dezember 2016. Die WBEgKU (WohnBaugesellschaft Ebersberg gemeinsames Kommunalunternehmen) fördert bezahlbaren Wohnraum nicht mit der Ausschüttung von unmittelbaren Fördergeldern, sondern durch die Bereitstellung von Verwaltungskapazitäten zur Unterstützung der Bauämter und Haushalte in den Gemeinden. Auch auf kommunaler Ebene ist Wohnen ein brisantes Thema. Das Modell, sich aus der Mitte der Gesellschaft heraus selbst bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, funktioniert aktuell nicht mehr.

Als Bürgermeister der Stadt Puchheim hat Norbert Seidl daher klare Vorstel-

lungen für die Zukunft: „Unsere Strategie besteht im Wesentlichen aus drei Säulen. Wir wollen erstens den vorhandenen Wohnbestand der Kommune sichern, zweitens eine Verdichtung zulassen, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen und drittens Neubaugebiete erwerben und bebauen.“

Wer ist die Mitte der Gesellschaft?

„Man geht davon aus, dass nicht mehr als ein Drittel des monatlichen Gesamtbudgets für Wohnen ausgegeben werden soll. Senioren haben beispielsweise eine Durchschnittsrente von 1.400 € und hätten bei dieser Kalkulation rund 466 € Wohnbudget zur Verfügung. Die Realität weicht davon deutlich ab. Senioren müssen bei einem typischen Grundriss und der aktuellen Marktmiete mit 880 € rechnen. Eine analoge Rechnung gilt für Alleinstehende und junge Familien“, erklärt Markus Ostermair. Norbert Seidl führt hierzu aus: „Die Gefahr einer sozialen Ausdifferenzierung sollte

man genau im Auge haben. Es kommen immer mehr Leute in unsere Kommune, aber es kommen nicht die Leute, die wir für einen ausgewogenen sozialen Mix brauchen. Genau hier sehe ich die Verantwortung bei der Politik. Wenn ich Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger bei mir in der Kommune haben möchte, dann muss ich die Voraussetzungen dafür schaffen.“ Auch Niedergesäß spürt die Auswirkungen vor Ort: „Wir bekommen kein Personal mehr, wenn wir nicht gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum anbieten. Zu mir kommen junge Polizisten und Feuerwehrleute, die sich hier nichts mehr leisten können und deshalb raus in einen anderen Landkreis ziehen müssen.“

Wohnbaupolitik ist Sozialpolitik: Wien als Leitbild

Dass es auch anders geht, zeigt die Stadt Wien. 25 % der Wiener Stadtbevölkerung wohnt in den städtischen Immobilien von Wiener Wohnen. Weitere 25 % der Wiener wohnen in von

der Stadt geförderten Wohnungen sozialer Bauträger. Wiener Wohnen ist die größte kommunale Hausverwaltung Europas und verfügt über mehr als 100 Jahre Erfahrung im kommunalen Wohnungsbau.

Ähnlich wie in München wächst auch Wien mit einer hohen Geschwindigkeit. Der Wohnungsmarkt in der Bundeshauptstadt ist traditionell überwiegend ein Mietwohnungsmarkt. Daher sind das Mietmodell sowie der städtische und der geförderte Wohnbau in Wien gesetzt: „Wir sehen Wohnen nicht als Herausforderung, sondern als unseren Job, unsere Aufgabe als Stadtverwaltung an. Das ist genauso wichtig wie eine Schule, ein Krankenhaus oder die Müllabfuhr. Aktuell verwalten wir Wohnraum für rund 500.000 Menschen“, betonte Dr. Zauner-Lohmeyer.

Durch den kommunalen und den geförderten Wohnbau (Durchschnittsmiete dort ca. 6 € pro m²) erfährt auch der private Wohnungsmarkt eine erhebliche Preisdämpfung: 10 € beträgt die aktuelle netto Durchschnittsmiete in Wien. Wien hat zudem nie einen Ausverkauf seiner Immobilien betrieben. In den 1970er Jahren haben viele Kommunen ihre Grundstücke veräußert, um kurzfristig an Geld zu kommen, Wien nicht. Heute profitiert

die Stadt doppelt von diesem Erbe, denn jeder Euro, der in Wohnbauförderung gesteckt wird, kommt 1,7-fach in Form von Steuern und Sozialausgaben wieder zurück. Das hat ein Wirtschaftsforschungsinstitut im Auftrag von Wiener Wohnen berechnet. Investitionen in die Wohnbauförderung bringen demzufolge langfristig sowohl sozial als auch ökonomisch einen Ertrag. Zauner-Lohmeyer erklärt: „Wohnbaupolitik ist Sozialpolitik. Die Vergangenheit hat deutlich gezeigt, dass der Markt das alleine nicht regeln kann.“

Zusammen sind wir stark: Der Landkreis Ebersberg macht's vor

Der Landkreis Ebersberg unterstützt mit seinem Konzept auf freiwilliger Basis die Kommunen. Für Brigitte Keller, Vorstand der WohnBaugesellschaft Ebersberg ist das selbstverständlich. Im Rahmen der Podiumsdiskussion erklärte sie: „Wir stellen die Logistik und das Management zur Verfügung und die Gemeinde behält die Steuerung in ihrer eigenen Hand. Wir möchten als Problemlöser fungieren und aus gemeinnützigen Gründen neuen Wohnraum schaffen.“ Die Idee hinter der WBEGKU basiert auf mehreren Bausteinen: Die Kommune gibt ein

Stammkapital von 10.000 € in das gKU ein, welches daraufhin den Zuschuss nach dem Wohnbauförderprogramm des Freistaates beantragt. Nach erfolgreicher Genehmigung wird der Zuschuss über einen Betrauungsakt an die WBE weitergeleitet. Das Grundstück der Kommune wird der Wohnungsbaugesellschaft zwar zur Verfügung gestellt, bleibt aber weiterhin im Eigentum der Kommune. Die WBE baut letztendlich das Gebäude über einen Generalübernehmer und kümmert sich um eine private Hausvermietung und die Finanzen. Das Belegungsrecht liegt bei der Kommune. Über die steuerfreien Mieten werden Gelder für Sanierungen angesammelt und nach rund 25 Jahren fällt das Gebäude an die Gemeinde zurück. Es kann dann entweder mit dem Restwert abgelöst werden oder die Kommune verlängert den Vertrag.

Auf diese Weise hat die WBEGKU bereits ihr erstes Gebäude in Grafing realisiert. „Das Haus in Grafing wird nach 25 Jahren inklusive Instandhaltungskosten komplett abgeschrieben sein. Ab dem 26. Jahr eröffnet das der Gemeinde die Chance, mit den Miteinnahmen weiteres Wohneigentum zu schaffen. Wir können den nachfolgenden Generationen damit nachhaltig und aus der Vermietung heraus bezahlbaren Wohnraum schaffen“, so



Keller bei der Podiumsdiskussion. Auch die Politik bringt neue Hoffnungen: „Das Förderprogramm für kommunalen Mietwohnungsbau war zunächst auf 2019 beschränkt, jetzt höre ich aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Söder, dass es bis 2025 verlängert wird. Das ist ein Bewusstseinswandel, der da stattfindet“, so Landrat Niedergesäß, der neben Keller im Aufsichtsrat der WBEgKU sitzt. Das bekräftigt auch Dr. Lore Mühlbauer, Sachgebiet Wohnungswesen bei der Regierung von Oberbayern: „Das kommunale Förderprogramm läuft bei uns momentan so gut, dass im Jahr 2018 die Bewilligungssumme schon so hoch ist wie im ganzen Vorjahr 2017.“

baucultur project als Partner der Kommunen

baucultur project steht als Partner der Kommunen bereit, bezahlbaren und zum Wohnbudget von Senioren, Alleinerziehenden und jungen Familien passenden Wohnraum zu schaffen. Ziel ist es, Wohnraum für die Mitte der Gesellschaft, die sich die vom Markt angebotenen Luxusimmobilien nicht leisten kann, bereitzustellen.

Auch aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen werden in ihrem Konzept mit aufgefangen. Durch den demographischen Wandel kommt es zu einer zunehmenden Vereinzelung älterer Menschen. Hausgemeinschaften mit einer generationsübergreifenden Idee bilden eine Antwort hierauf: gemeinsame Grünflächen und Gemeinschaftsräume, auch für Nachbarn und lokale Vereine, bringen die Menschen unterschiedlicher Altersklassen und Herkunft wieder zusammen.

Um zu einer bezahlbaren Miete zu kommen, müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein: „Wir brauchen kostengünstiges Bauen ohne Schnickschnack und intelligente, weil kompakte Grundrisse. Die Alleinerziehende Mama ist froh, wenn jedes Kind ein Zimmer hat, ob die Wohnung 54 oder 74 m² groß ist interessiert nur ihren Geldbeutel. Daneben brauchen wir

einen umfassenden Verzicht auf Gewinnmaximierung bei allen Beteiligten. So gibt es bei uns keinen Bauträgergewinn. Wir suchen soziale Träger für unsere Immobilien, die mit einer sozialen Rendite zufrieden sind, am besten die Kommunen selbst. Schließlich müssen die Kommunen den Baugrund zu vergleichsweise günstigen Preisen in die Projekte einbringen“, erläutert Ostermair. Mit diesen Ansätzen lässt sich die Miete um ca. 35 % senken. „Wenn wir dann noch die intelligenten Grundrisse ins Spiel bringen, erreichen wir für die alleinerziehende Mama einen Sprung von ca. 1.200 € für eine marktübliche Dreizimmerwohnung auf ca. 650 € Miete, das passt dann zu ihrem Wohnbudget und es bleibt mehr Geld für Essen und Bildung.“

Als Partner der Kommunen unterstützt baucultur project auf verschiedenen Wegen: Einmal in der Funktion eines Generalübernehmers für Planen und Bauen, oder als langfristiger Partner in der Erbbaulösung. Das setzt einen Erbbaupvertrag voraus und hat für die Kommunen zwei Vorteile: sie behalten ihre Objekte weiterhin im Bestand und können, auch durch Belegrechte, Kontrolle über ihre Nutzung ausüben. Nach der Vertragslaufzeit fällt das Grundstück wieder an die Kommune als Erbbaugeber zurück. Als dritte Möglichkeit erwirbt baucultur project auch selbst Grundstücke von Kommunen.

Schließlich begleitet und unterstützt baucultur project als Dienstleister auch Kommunen bei der Initiierung und Umsetzung von kommunalen Wohnbauprojekten, die nach dem kommunalen Wohnbauförderprogramm (KommWFP) oder nach der Einkommensorientierten Förderung (EOF) von der Regierung gefördert werden. In diesem Zusammenhang wird baucultur project in Kooperation mit der Regierung von Oberbayern, der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt und den Landkreisen Freising und Erding zwei Folgeveranstaltungen mit dem Titel „Dialog Wohnen“ durchführen. Dabei werden die breiten Fördermöglichkeiten von Regierung und BayernLaBo und realisierte Projekte von kommunalen Ver-

tretern und Bewohnern vorgestellt. In Diskussionsforen können die Teilnehmer konkrete Umsetzungsmöglichkeiten für ihre Kommunen mit den Referenten besprechen. Der „Dialog Wohnen im Landkreis Freising“ findet am 13.07.2018 ab 09.00 Uhr in Moosburg a.d. Isar, der „Dialog Wohnen im Landkreis Erding“ am 20.07.2018 ab 09.00 Uhr in Wartenberg (Anmeldung: mail@baucultur.de) statt.

Wohnen ist Daseinsvorsorge

Wohnen darf kein Luxus sein, denn Wohnen ist wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge. Über dieses politische Selbstverständnis waren sich alle Teilnehmenden des 1. Wohnungsbaupolitischen Dialogs einig. Die Veranstaltung hat deutlich gezeigt, dass es viele Ansätze und Wege gibt mit dem Thema bezahlbares Wohnen in der Region München umzugehen. Die kommunalen Verantwortungsträger sollten sich daher überlegen, wie sie sich in Zukunft positionieren möchten. Wichtig ist dabei eine nachhaltige Strategie, um auch nachfolgenden Generationen den Verbleib in ihren Heimatgemeinden zu ermöglichen.

Neben dem sozialen Effekt bringt der kommunale Wohnungsbau mittel- und langfristig mit einem Payback-Faktor von 1,7 auch ökonomisch Rendite und schafft gleichzeitig die Basis für weitere Investitionen.

Sonderdruck der
Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 11/2018

Redaktion: baucultur project
Gestaltung: Britta Eriskat
Bildrechte: Jessica Kassner

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: creo Druck und
Medienservice GmbH
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg

Veranstaltungsort

Historische Gaszählerwerkstatt
auf dem Gelände der SWM - Stadtwerke München
Agnes-Pockels-Bogen 6, 80992 München

Termin

Donnerstag, 28. Juni 2018, 10:00 - 17:00 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr
Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller
www.bayerisches-energieforum.de

Veranstalter

Bayerische Gemeindezeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

So erreichen Sie das 11. Bayerische EnergieForum

Unter www.bayerisches-energieforum.de →
Veranstaltung 2018 → Veranstaltungsort können Sie
direkt Ihre Route planen.

→ ÖPNV: der U-Bahnhof Westfriedhof (U1/U7)
ist etwa 750m entfernt.

→ PKW: Die Parksituation vor Ort ist schwierig.
Sie können die Parkplätze in der Parkharfe des
Olympiastadions nutzen, Fußweg ca. 15 Min.

Tagungsbeitrag

- Für Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen ist nach vorheriger Registrierung die Teilnahme am 11. Bayerischen EnergieForum kostenfrei.
- Für Wirtschaftsvertreter beträgt der Tagungsbeitrag 95,- €.
- Abonnenten der Bayerischen Gemeindezeitung berechnen wir einen reduzierten Tagungsbeitrag von 55,- € pro Person.

Verköstigung

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung

Bayerische Gemeindezeitung

eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Internet: www.bayerisches-energieforum.de



11. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

Donnerstag, 28. Juni 2018
Einlass 9:00 Uhr
Historische Gaszählerwerkstatt
Agnes-Pockels-Bogen 6, 80992 München
www.bayerisches-energieforum.de

Vortragsprogramm

Da die Vortragszeiten noch nicht endgültig bestätigt sind, erhalten Sie hier die erste Themenübersicht. Weitere Vorträge folgen. Den aktuellen Zeitplan finden Sie sobald wie möglich auf unserer Veranstaltungshomepage www.bayerisches-energieforum.de

ab 09:00 Eintreffen | Anmeldung der Gäste

10:00 Begrüßung

Theresa von Hassel | Bayerische Gemeindezeitung

Grußworte

Dr. Florian Bieberbach | SWM - Stadtwerke München GmbH

Elektromobilität - Motorspaß ohne Motorraum

Detlef Fischer | VBEW e.V.

C/sells – Herausforderungen & Lösungskonzepte für die digitale Energiewende

Andreas Weigand | Stadtwerke München GmbH

CNG-Mobilität im ÖPNV in Augsburg

Dr. Walter Casazza | Landesinitiativkreis „Erdgasmobilität Bayern“ im VBEW e.V., Stadtwerke Augsburg Holding GmbH

Nachhaltige Investitionen

Michael Schilling | SEW GmbH

Hygieneinspektion an Raumluftechnischen Anlagen

Franz und Andreas Sedlmeier | LüftungsReinigungsService LRS

Erneuerbarer Strom und Lärmschutz - eine ideale Symbiose

Pascal Lang | EnergieGenossenschaft Inn-Salzach eG

Energie in der Bauleitplanung

Andreas Huber | Coplan AG

Strombewegung

Thomas Oppelt | Bayernwerk AG

Vorbildfunktion der öffentlichen Hand - zukunftsfähige Energieversorgung dank Contracting

Christian Stettner | Südwärme AG

KWK- und Wärmespeicheroptimierung – Den Betrieb bestehender Heizkraftwerke wirtschaftlich optimieren

Dr. Johannes Jungwirth | VK Energie GmbH

Bauen und Modernisieren im Bestand - EnEV und Regeln der Technik

Dipl.-Ing. (FH) Klaus-Jürgen Edelhäuser | Bayerische Ingenieurekammer-Bau

Die Stadtwerke Aschaffenburg als Betreiber des Digitalen Gründerzentrums in der Region Bayerischer Untermain

Stephanie Aulbach | Stadtwerke Aschaffenburg

Digital & smart - so gelingt kommunales Energiemanagement

Frank Vogel | LGA Landesgewerbeanstalt Bayern Körperschaft des öffentlichen Rechts

Energieversorgung gemeinsam gestalten - Gemeindewerke in PPP als Modell für den ländlichen Raum

Felix Schwahn | GP Joule GmbH

100% CO2-Neutrale Wärme sind machbar

Dipl.-Ing. Bertram Kölsch | BayWa Energiedienstleistungs GmbH

Verabschiedung, Austausch und Ausklang

ca. 17:15 Ende der Veranstaltung

Unsere Partner

Bayerischer Städtetag • Bayerischer Gemeindetag • Bayerischer Landkreistag

Bayerische Ingenieurekammer-Bau • BayernLabo • Bayernwerk AG • BayWa Energiedienstleistungs GmbH • Coplan AG • Deutsche Kreditbank AG • EDER GmbH • Energie Südbayern GmbH • EnergieGenossenschaft Inn-Salzach eG • Enerpipe GmbH • gibgas consulting im Auftrag von erdgas schwaben GmbH • GP Joule GmbH • Landesgewerbeanstalt Bayern (LGA) KDÖR • Landesinitiativkreis „Erdgasmobilität Bayern“ im VBEW e.V. • LandSchafttEnergie • Lfa Förderbank Bayern • Lüftungs-Reinigungs-Service | Franz Sedlmeier GmbH • LXP Group GmbH • Performance in Lighting GmbH • Philips Lighting GmbH • PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG • ratioplan GmbH • REHAU AG + Co • SEW GmbH • Sparkassenverband Bayern • Südwärme AG • SWM - Stadtwerke München GmbH • Team für Technik GmbH • VBEW e.V. • VK Energie GmbH • VKU Landesgruppe Bayern

Anmeldung

Bitte melden Sie sich bis zum 15. Juni 2018 an. Danke.

Fax 08171 / 93 07-22

eMail veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Ja, ich nehme am 28. Juni 2017 am 11. Bayerischen EnergieForum teil.

Name

Behörde | Abteilung | Firma | Funktion |

Dienstanschrift

Telefonnummer

eMail



Tagungsbeitrag

Ihre Anmeldung als

Kommunalvertreter
kostenfrei

GZ-Abonnent
55,-€
Kd.Nr.: _____

Wirtschaftsvertreter
95,-€